

21.

Bundesparteitag

Bonn 1973

12. Juni

CDU

21. BUNDESPARTEITAG DER CDU

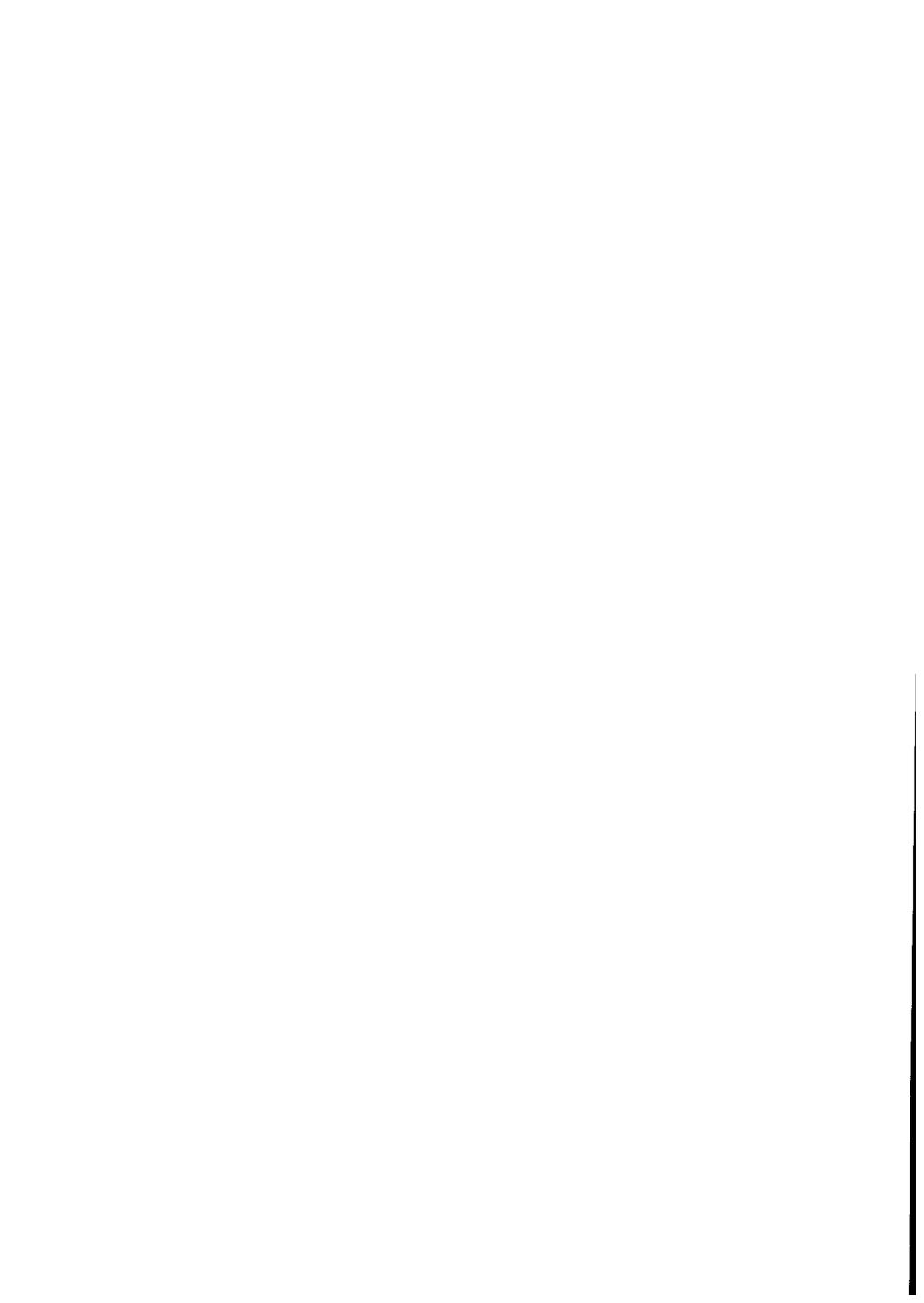
**Herausgeber: Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus**

Verlag: Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelander Straße

21. Bundesparteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands

Niederschrift

Bonn, 12. Juni 1973



21. CDU-Bundesparteitag

Bonn

Beethovenhalle

Dienstag, 12. Juni 1973

Beginn: 10 Uhr

Dr. Rainer Barzel, Vorsitzender der CDU: Verehrte Gäste! Meine lieben Parteifreunde! Mit einem herzlichen Willkommen an Sie alle eröffne ich den 21. Parteitag der Christlich Demokratischen Union.

(Lebhafter Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich der Parteifreunde gedenken, die seit dem letzten Parteitag in Wiesbaden gestorben sind.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen)

Stellvertretend für alle, die von uns geschieden sind, denken wir an Helmut Bulle, Johanna Bastuck, Manfred Ritterbach, Alois Zimmer, Hermann Eplée, Walter von Keudell, Georg Grosse, Heinz Bus, Helmut Kumpf. Sie waren uns treue Freunde. Wir werden ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren. Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein)

Meine Freunde, der Bundesvorstand schlägt Ihnen vor, entsprechend unserer Satzung ein Tagungspräsidium zu wählen. Er schlägt unseren Freund Heinrich Köppler, den Vorsitzenden des gastgebenden Landesverbandes Rheinland, als Präsidenten vor. Als Beisitzer werden die Parteifreunde Hans Daniels, Siegfried Dübel, Heinrich Geissler, Wilfried Hasselmann, Heinrich Lummer, Hanna Walz und Matthias Wissmann vorgeschlagen. Ursprünglich war auch Frau Beckmann vom Bundesvorstand vorgeschlagen worden. Sie hat uns wissen lassen, daß sie an diesem Parteitag leider nicht teilnehmen kann. Meine Damen und Herren, wenn Sie mit diesem Vorschlag des Vorstandes einverstanden sind, geben Sie bitte das Stimmzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme ist es so beschlossen. Ich bitte Herrn Köppler und unsere Freunde, ihres Amtes zu walten.

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Die Mitglieder des Tagungspräsidiums danken Ihnen für das Vertrauen, das Sie uns entgegengebracht haben. Wir wollen Ihnen versprechen, diesen Parteitag nach besten Kräften zügig und fair zu leiten, und wir bitten um Ihrer aller Mithilfe.

Ich heiße Sie auch als Vorsitzender des gastgebenden Landesverbandes Rheinland in unserer Bundeshauptstadt noch einmal herzlich willkommen. Da Sie alle nicht zum erstenmal in Bonn sind, brauche ich über die gastgebende Stadt und über das Rheinland sicher kein Wort mehr zu verlieren.

Meine Damen und Herren, und hier spreche ich nicht nur die Delegierten, sondern auch die anwesenden Journalisten und Techniker an, Sie haben sicher Verständnis dafür, daß wir angesichts der Enge in dieser Halle bei diesem Parteitag darauf verzichten mußten, wie üblich Vertreter befreundeter Parteien und Organisationen und Gäste einzuladen. Wir hoffen, daß wir trotz der nicht optimalen Bedingungen auf diesem Parteitag eine gute Arbeit leisten werden. Wir werden also heute nicht in der Lage sein, Grußworte von Gästen entgegenzunehmen, und wir können auch wegen der geschilderten räumlichen Verhältnisse keine Gäste begrüßen, allerdings mit einer Ausnahme: Ich möchte sehr herzlich in unserer Mitte die Vertreter unserer Schwesterpartei, Herrn Dr. Dollinger, den stellvertretenden Vorsitzenden der CSU,

(Beifall)

Herrn Tandler, den Generalsekretär der CSU,

(Beifall)

und Herrn Harlander, den stellvertretenden Generalsekretär der CSU, begrüßen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Vorschlag einer Tagesordnung für diesen 21. Bundesparteitag ist Ihnen mit den Tagungsunterlagen zugegangen. Wenn Sie mit dieser vorgeschlagenen Tagesordnung einverstanden sind, dann bitte ich Sie um Ihr Handzeichen mit der Stimmkarte. — Ich danke Ihnen. Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Dann ist die Tagesordnung so wie vorgeschlagen beschlossen.

Ich rufe dann Punkt 4 dieser Tagesordnung auf: Beschlußfassung über die Verfahrensordnung. Meine Damen und Herren, der Bundesvorstand hat Ihnen entsprechend der Übung bei früheren Bundespar-

teitagen eine Verfahrensordnung, die die Geschäftsordnung der Parteitage ergänzen soll, vorgeschlagen. Der Entwurf liegt in Ihrer Tagungsmappe. Darf ich fragen, ob Widerspruch gegen diese vorgeschlagene Verfahrensordnung erhoben wird. — Ich höre keinen Widerspruch. Dann darf ich über diesen Vorschlag zur Abstimmung kommen. Wer der Verfahrensordnung zustimmt, den bitte ich um das Zeichen. — Ich danke Ihnen. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Bei 3 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung so beschlossen.

Dann rufe ich Punkt 5 der Tagesordnung auf: Wahl der Mandatsprüfungskommission. Sie finden in Ihrer Tagungsmappe dazu einen Vorschlag des Bundesvorstandes, und zwar sind die Parteifreunde Dieter Haaßengier, Martin Schiestl und Günter Meyer vorgeschlagen. Werden andere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, um das Zeichen mit der Stimmkarte. — Ich bedanke mich. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung: Wahl der Stimmzählkommission.

Meine Damen und Herren, auch dazu und entsprechend unserer soeben genehmigten Verfahrensordnung wird die Auszählung der Stimmen von einer Kommission vorgenommen, die vom Parteitag gewählt werden muß. Sie haben mit Ihren Unterlagen einen Vorschlag für die Zusammensetzung dieser Stimmzählerkommission erhalten. Werden andere Vorschläge gemacht? — Das scheint nicht der Fall zu sein.

Ich bitte diejenigen Delegierten, die mit der Wahl der vorgeschlagenen Stimmzählerkommission einverstanden sind, um ihr Zeichen. — Ich danke Ihnen. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Es ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen dann zu Punkt 7 der Tagesordnung: Bericht des Bundesvorstandes.

Unter diesem Tagesordnungspunkt werden der Parteivorsitzende, unser Freund Dr. Rainer Barzel, und der Generalsekretär, Dr. Konrad Kraske, zu uns sprechen. Ich darf nun Dr. Rainer Barzel das Wort erteilen.

Dr. Rainer Barzel, Vorsitzender der CDU (mit anhaltendem lebhaftem Beifall begrüßt): Vielen Dank!

Herr Präsident! Verehrte Gäste! Liebe Parteifreunde! Wenn ich die Jahre überdenke, in denen ich meinen Beitrag zur deutschen Politik

leisten durfte, so ist mein Blick dabei weder verklärt noch verklemmt. Nicht alles war gut, nicht alles war schlecht. Und alles und jedes soll so in Erinnerung bleiben, wie es wirklich war: nichts beschönigt, nichts verteufelt.

Wir haben miteinander Richtiges und Falsches gedacht und getan, Erfolg und Mißerfolg gehabt. Blicken wir auch in dieser Stunde miteinander nach vorn! Denn es geht um keinen von uns, sondern allein darum, daß wir miteinander die anwachsenden Herausforderungen an die deutsche Politik sehen, ihnen gewachsen sind und konsequent handeln.

Unsere Verantwortung gilt vor unserer Partei dem Staat, dem Gemeinwohl, dem Interesse aller Bürger.

Als einem Demokraten, der Unfreiheit erlebt hat, macht mir manches am Zustand unseres Gemeinwesens ernste Sorge:

(Beifall)

Das Abnehmen der Zivilcourage, der ersten und unverzichtbaren Bürgertugend des Demokraten; die um sich greifende Zaghaftigkeit, den Feinden der Freiheit entgegenzutreten und Unrecht beim Namen zu nennen;

(lebhafter Beifall)

die nicht überall ausreichende Pflege der geistigen und sittlichen Fundamente unserer freiheitlichen und sozialen Ordnung, der innere Zustand einiger unerläßlicher demokratischer Institutionen sowie die anwachsende Entfernung politischer Entscheidungen von den Geboten verantwortlicher Führung, notwendiger Konsequenz und sachgerechter Politik.

Demokratie ist — ebenso wie soziale Marktwirtschaft und soziale Partnerschaft — kein Problem technischer Abläufe, sondern ganz zuerst eine Frage nach den geistigen Werten und nach der Gesinnung.

Meine Freunde, Sie alle wissen, daß ich mich immer zur Mitte und zum Fortschritt bekannt und entsprechend gehandelt habe. Vor diesem Hintergrund muß ich uns allen dies sagen: Wir befinden uns mit anderen im Wettbewerb um die Mitte. Dieser Wettbewerb findet statt, auch wenn wir etwa davor die Augen verschließen oder ihn gar verschließen. Und diesen vorhandenen Wettbewerb können wir nicht gewinnen — ich wiederhole die Worte vom Berliner Parteitag — durch rechtshaberisches Beharren, sondern nur durch besonnenen Fortschritt, also durch überlegte Schritte nach vorn, dorthin, wo unser Ziel ist.

Der Ruf nach Einheit der Partei und der nach Einstimmigkeit der Fraktion wird nun wieder stärker werden. Wer verstünde das nicht? Nur, meine Freunde: dies wird nichts fruchten, wenn etwa nur der kleinste gemeinsame Nenner als ausreichende Basis für eine einheitlich getragene Politik genügen soll.

(Beifall)

Und ich füge hinzu: Wir müssen darauf achten, daß Fortschritt, Bewegung und Erneuerung nicht dadurch ins Hintertreffen geraten, daß sich etwa hinter der Einstimmigkeitsformel das Diktat einer Minderheit verbirgt.

(Erneuter Beifall)

Meine Freunde, Einstimmigkeit und Einheit — ja! Aber immer muß klar sein, wann und wozu. Denn diesen wichtigen Forderungen kommt für die notwendige Konzeption der zweiten Phase dieser Volkspartei — diese Phase ist unerläßlich für die Union — eine dienende Funktion zu.

Uns fehlt — und deshalb sage ich dies insbesondere — die Mehrheit der jungen Generation. An dieser Ecke kann man sich zur Stunde noch vorbeidrücken und sich's bequem machen, wenn man will. Freilich, länger als bis zur nächsten Landtagswahl wird das nicht gehen. Wer wieder regieren will — ob allein oder mit anderen, ob im Bund oder in den Ländern —, der muß in die junge Generation einbrechen.

Wer das will, muß diese Union als reformerische Partei — so ist sie angetreten — ausweisen, durch die Tat bekunden können, daß diese Partei eine Partei mit lebendiger, sichtbarer Diskussion ist, mit Konsequenz von Wort und Tat, mit Unabhängigkeit gegenüber Interessen, mit einem überzeugenden sozialen Programm.

Meine Freunde, uns tut not, was Deutschland not tut: Nicht ein Pferdewechsel, eine neue Schaufensterdekoration oder gar Ersatz der einen Phrase durch eine andere, sondern ganz zuerst die Besinnung auf unsere Prinzipien und die Konsequenz durch entsprechendes Handeln. Nicht nach der Verpackung, nach dem Inhalt unserer Politik ist gefragt, nach ihren Zielen, Wegen, Personen, nach unseren Idealen und nach unserer aller Leidenschaft.

Von Erneuerung der Union reden nun alle. Gemeint muß damit sein die Erneuerung aus der Substanz, also — ich sage das Wort — die Erneuerung aus der Radikalität unserer Prinzipien, nicht die durch Anpassung.

(Beifall)

Das aber ist keine Sache von Überschriften, von Vorsätzen, von Sonntagsreden, Bekenntnissen, Leerformeln, verbalen Beteuerungen oder oratorischen Kraftakten, gar von grundsätzlichem Ja, aber gleichzeitig leisem Nein in der Praxis, wenn es um die Konsequenzen geht.

Wir sind kein kurzatmiger Wahlverein, keine Erfolgs- oder Interessenkoalition, wir sind nicht nur Partei, sondern auch historische und politische Grundsatzbewegung. Unser Feld sind nicht nur die Amtsstuben. Unser Feld ist die Gesellschaft!

Was wir als die Sinngebung unseres Lebens betrachten, das hat uns zusammengeführt und das hält uns zusammen. Es bestimmt die Substanz unserer Politik, und steht für mich nicht zur Disposition, zur Disposition an irgendeinen Zeitgeist, an irgendeine Opportunität. Das „C“ bleibt also — oder wir verlieren die Kontinuität unserer selbst und beenden damit unseren geschichtlichen Auftrag.

(Lebhafter Beifall)

Unsere Ziele sind die Freiheit des einzelnen, der sich der Gemeinschaft verpflichtet weiß, der Frieden im Innern und nach außen, soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit für jedermann, die Solidarität der Bürger. Wir wollen die Demokratie als eine dynamische politische Ordnung fortentwickeln. Wir wollen durch und mit dieser Ordnung die Mitwirkung der Bürger gewährleisten und ihre Freiheit durch Verteilung und Kontrolle der Macht sichern. Wir wollen das Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes, ein politisch geeintes Europa und eine Völkergemeinschaft, die den Frieden in der Welt sichert und dem Wohl und der Entwicklung aller Völker dient.

Konrad Adenauer hat einmal gesagt, daß unsere — die christliche — Weltanschauung davon ausgehe, daß jeder einzelne Mensch von Gott stammende, im Naturrecht begründete Rechte gegenüber jedem, auch gegenüber seinem Staat und seinem Volk, hat.

Lassen Sie mich dies noch einmal zitieren:

„Wir sind des Glaubens, daß die Würde und die Freiheit des einzelnen Menschen geachtet werden müssen und von niemandem verletzt werden dürfen. Nach unserer Überzeugung dürfen Freiheit und Würde eines Volkes durch kein anderes Volk ange tastet werden. Daraus leiten wir unabdingbare Rechte der Selbstbestimmung für jedes Volk ab . . . Wenn man das Bestehen solcher Normen nicht anerkennt, dann gleitet ein Volk abwärts in Diktatur und in Gewalt. In einer Zeit wie der unsrigen, die Veränderungen und Entwicklungen jeder Art zum Guten

und zum Schlechten in rasendem Tempo bringt, braucht jeder einzelne eine feste, unabdingbare Norm für sein Leben, damit er Herr seiner selbst bleibt und nicht abgleitet.“

Soweit Konrad Adenauer.

Also, wir haben — gestützt auf diese verbindlichen Prinzipien und Ziele — zu fragen: Welche konkreten Wirklichkeiten drinnen und draußen, welche geistigen Entwicklungen, welche Schwächen der Union stehen unseren Zielen zur Zeit und für die absehbare Zukunft im Wege? Wie, wann und durch wen können wir das überwinden?

Auf diesem Wege, also durch systematische, kritische und nach vorn gerichtete Bemühung, kamen wir früher zur Einsetzung der Grundsatzkommission und nach den Wahlen zu den bekannten zehn Bereichen — und ebenso, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, zu den zunächst oft belächelten zehn Kommissionen zur Bearbeitung dieser Themen. Das Lächeln über diese, wie ich meine, einzig rationale und demokratische Methode, um den Fortschritt der Partei zu bewirken, hat aufgehört, seit der Partei die Empfehlungen einiger Kommissionen vorliegen, so die zum Bodenrecht, zur Gewinnbeteiligung und zur beruflichen Bildung. Das Gerede, diese Kommissionen verbergen in Wirklichkeit mangelnde Führungsklarheit oder gar mangelnde Führungskraft, ist nun auch verstummt, nachdem es nicht mehr möglich ist, diese Bemühungen zu diskreditieren. Und es sollte deshalb, so meine ich, in der innerparteilichen Diskussion — und da meine ich die hinter der vorgehaltenen Hand — auch das Gerede aufhören, das Ganze sei schlechterdings „Sozialismus“ oder „Anpassung“.

Meine Freunde, ich bekenne mich zu diesen Vorlagen. Eine gute Saat ist gesät, richtige Pflöcke sind eingehauen. Wenn wir in Hamburg konsequent bleiben, wird die Partei durch diese Beschlüsse sowie durch eine Entscheidung für mehr Mitbestimmung auf der Basis des Gleichgewichts der Partner und auf der Basis der Beteiligung am Gewinn, die Bundestagsfraktion instand gesetzt werden, das konkrete Alternativprogramm im Deutschen Bundestag rechtzeitig und entsprechend unserer Planung vorzulegen.

(Beifall)

Dann, wenn die anderen Kommissionen entsprechend arbeiten werden, wird die Partei auch in der Sache die Führung haben. So setzt die Union, unterwegs nach Hamburg, gesellschaftspolitisch die richtigen Zeichen, um im Wettbewerb um die Mitte zu siegen. Und ich wiederhole: da, allein da liegt unsere Chance.

Meine Freunde, niemand darf diese Union an sozialer Gesinnung übertreffen. Soziale Marktwirtschaft und soziale Partnerschaft gehören zusammen. Sie sind beide dynamisch auf Fortschritt, auf Veränderung angelegt. Wer sich verbal hinter diesen Zielen versteckt, um zu verweilen oder gar um Verkrustetes zu bewahren, der mißbraucht diese Prinzipien.

(Beifall)

Wir wollen mehr Freiheit, mehr persönliche Freiheit, Freiheit nicht auf dem Papier, nicht für wenige, sondern wirksam im Alltag, für alle.

Mehr Freiheit aber gibt es nur durch mehr soziale Gerechtigkeit, und dazu gehört heute unter anderem mehr Wettbewerb, mehr Mitbestimmung, bessere berufliche Bildung, Partnerschaft auch beim Gewinn, Aufstieg durch Bildung und ohne Privilegien, die eigenständige soziale Sicherung der Frau, bessere soziale Dienste, eine moderne Jugendpolitik sowie eine fortschrittliche Familien- und Gesundheitspolitik.

Meine Freunde, weil wir Soziale Marktwirtschaft auch morgen wollen, weil wir mit dieser Forderung angreifen wollen, mit dem Blick nach vorn angreifen müssen, gerade deshalb sind wir aufgerufen, ohne falsche Rücksicht soziale Ungerechtigkeiten, wo es sie gibt, zu beseitigen — alles zu beseitigen, was der vollen Verwirklichung der realen Freiheit und der sozialen Partnerschaft entgegensteht. Meine Freunde, zur Analyse und zum Aufspüren dieser Tatbestände brauchen wir keine Anleihe bei Karl Marx. Wir brauchen nur unser an der Liebe zum Nächsten orientiertes christliches Gewissen kritisch zu befragen.

(Lebhafter Beifall)

Zur Lösung der so analysierten Probleme brauchen wir keine Anleihe bei irgendwelchen Ideologen. Wir brauchen nur den Mut zur Konsequenz aus unseren Prinzipien. Meine Freunde, ich habe in meiner Rede vor dem Bundesvorstand am 12. Mai 1973, die Ihnen vorliegt, — und in einer Rede vom 27. Mai 1973 mehr dazu gesagt. Ich beziehe mich darauf.

Nichts kann darüber hinwegtäuschen, daß die Fortschritte der modernen Welt, die wir bejahen und fördern, auch die Gefahr in sich bergen, einen Verlust an Menschlichkeit zu bewirken. Soll unsere Gesellschaft humaner werden, so bedarf es freilich der Anstrengung aller, so bedarf es eines zähen und sachgerechten Handelns. Sicher — ich wiederhole diesen Satz — hat der Mensch Wert und Würde auch ohne Leistung. Ein ausschließliches Leistungsdenken ist in sich

selbst inhuman. Dennoch gilt: Ohne Leistung werden wir weder die Freiheit des Menschen noch eine humane Gesellschaft verwirklichen können, und Leistung, die im Dienst der humanen Gesellschaft steht, müssen wir fordern, auch morgen fordern.

(Beifall)

Meine Freunde, der Vorrang, den wir der Gesellschaftspolitik geben — der Mensch ist wichtiger als die Sache! —, ist die Konsequenz aus unseren Prinzipien und aus unseren Zielen. Nie aber darf das dazu führen, etwa die außenpolitischen Bedingungen der Freiheit und des Fortschritts im Innern zu mißachten, die Welt um uns nicht genügend aus unserem Geist zu beeinflussen, die Unfreiheit unserer Landsleute in der DDR zu vergessen oder unsere daraus entspringenden Pflichten zu vernachlässigen — einschließlich derer zum Unbequemsein.

(Beifall)

Meine Freunde, Bruderkuß nach Osten bei Nasenrümpfen nach Westen, Ostpolitik auf Kosten der Westpolitik, Antiamerikanismus pflegen und Antikommunismus verdammern, außenpolitische Öffnung nach Osten Hand in Hand mit innenpolitischer Öffnung für den Marxismus — das ist nicht unsere Politik. Neutralismus ist Lauheit gegenüber den Wertvorstellungen, die uns verpflichten.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Wir müssen dabei bleiben, durch gesicherte Freiheit in einem zu erneuernden Bündnis und durch Vereinigung des freien Europa zu besseren politischen Wirklichkeiten, durch mehr Austausch zwischen den Menschen und Staaten in Deutschland, durch mehr Austausch zwischen den Menschen und Staaten in Europa zu mehr Freizügigkeit, durch mehr Freizügigkeit zu mehr Selbstbestimmung, durch mehr Selbstbestimmung zu einer dauerhaften Ordnung des Friedens auch für die Deutschen zu kommen. Wer das will, muß die neue politische Landschaft dafür nutzen und das veränderte internationale Gefüge, sichtbar auch in der UNO, in den Konferenzen von Wien und von Helsinki, in den Dienst unserer Ziele stellen. Aus dem Abseits geht das nicht.

(Beifall)

Meine Freunde, diese grob skizzierte Politik steht im Einklang mit der Politik des Bündnisses wie mit der der Europäischen Gemeinschaft. Sie ist auch der Sowjetunion gegenüber rechtlich und politisch abgesichert durch das völkerrechtlich relevante Dokument der Bundes-

republik Deutschland, zu der die rechtzeitig und gehörig übergebene Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972 geworden ist. Unsere schwierige und erfolgreiche Bemühung, die darin ihren Ausdruck gefunden hat, wird inzwischen immer gerechter gewürdigt.

Ich habe nochmals die Unterlagen aus diesen Tagen durchgesehen. Guten Gewissens habe ich sie weggelegt. Unsere Bemühung hatte und hat zur Folge, daß eine Deutschlandpolitik nach dem Grundgesetz und nach unserem Programm möglich bleibt. Ich füge hinzu, wäre man damals dem Rat, den ich gab, ganz gefolgt, sähe es auch in anderen Fragen, so in der Koalitionspolitik, anders aus.

In diesem Zusammenhang müssen zwei weitere Tatsachen festgehalten werden. Das konstruktive Mißtrauensvotum vom 27. April 1972, mit Bedacht von den zuständigen Gremien beschlossen, war, wie nun jeder sehen kann, nach bestem Wissen — und mehr hat keiner — abgesichert. Nach der Wahl des neuen Kanzlers hätte sich eine größere Mehrheit ergeben.

Und das andere: Schon vor der ersten Lesung des Gesetzentwurfes über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen gab es selbstverständlich in Partei und Fraktion interne Beratungen über unsere Haltung dazu. Mit 22 gegen 4 Stimmen empfahl die Ostkommission der Fraktion, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen. Das war am 12. Februar 1973. Auch die Ministerpräsidenten von CDU und CSU haben so votiert. Ich selbst habe von Anfang an den UNO-Beitritt zu einer wichtigen Frage für unseren politischen Kurs insgesamt erklärt und keinen Zweifel daran gelassen, daß wir hierzu positiv votieren müssen.

Meine Freunde, zum Schluß ein persönliches Wort. Ich danke sehr herzlich all denen, die mich bei meiner nur 19monatigen Zeit und Arbeit als Parteivorsitzender in besonderer Weise unterstützt haben, allen voran Konrad Kraske und Ottfried Hennig. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

Ich wünsche denen, die nun und am Schluß dieses Tages mehr Verantwortung tragen als andere und die eben dadurch mehr ihren Pflichten werden entsprechen müssen, als daß sie ihre Rechte werden wahrnehmen dürfen, ich wünsche allen eine glückliche Hand. Ich wünsche ihnen Mut, Festigkeit und Kraft; ich wünsche ihnen Glück, ich wünsche ihnen Gelassenheit, wenn sie persönliche Ungerechtigkei-

ten mit Rücksicht auf das Ganze erdulden müssen, und vor allem wünschte ich — das sage ich an unsere Adresse, meine Freunde — jene unverzichtbare Solidarität und Kameradschaft, ohne die es keinen politischen Erfolg gibt.

(Lebhafter Beifall)

Wer führt, steht im Streit, wenn er etwas taugt. Und wer im Streit steht, wird bestritten. Wer für andere ganz vorn im Streit steht, der muß nicht nur den Kopf und den Rücken frei, sondern hinter sich nichts als kraftvolle Unterstützung haben. Dies ist die allerwichtigste Reform, die wir miteinander brauchen, meine Freunde.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Wenn mein Dienst und mein Signal heute und morgen so verstanden werden, so in der Sache, von der ich sprach, und so in der Haltung, dann werden wir alle Glück und Erfolg haben. Das wünsche ich der neuen Führung und unserer Union — nicht für uns, sondern für Deutschland, für Europa und für unseren Auftrag: durch Werke des Friedens, der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit den Menschen zu dienen.

(Langanhaltender starker Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Herr Dr. Barzel, der Parteitag dankt Ihnen für diese Rede. Sie war mehr als ein Bericht. Sie hat uns die Richtung für unsere Arbeit in der Zukunft gewiesen. Dieser Parteitag dankt Ihnen auch für die Führung der Partei in härtester Zeit, für den Einsatz, die Klugheit und die Kraft, mit der Sie den Auftrag von Saarbrücken für diese Partei erfüllt haben.

(Lebhafter Beifall)

Ich glaube, es ist hier auch der rechte Ort, Ihnen noch einmal als Parteitag der Union für ein Jahrzehnt kraftvoller und kluger Führung unserer Bundestagsfraktion zu danken.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Herr Dr. Barzel, wir wissen alle, daß wir heute von Ihnen in der Führung der Union nicht Abschied zu nehmen brauchen. Wir wissen, daß Rainer Barzel in der Führung dieser Union bleiben wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das Präsidium ist übereingekommen, Ihnen vorzuschlagen, die Tagesordnungspunkte 7 und 8 zusammen-

zufassen und erst nach den Berichten in die Aussprache einzutreten. Wenn Sie damit einverstanden sind — ich sehe keinen Widerspruch —, darf ich jetzt zunächst unserem Generalsekretär, Herrn Dr. Konrad Kraske, das Wort zu seinem Bericht erteilen.

Dr. Konrad Kraske, Generalsekretär der CDU (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine sehr verehrten Freunde! Die Wahlperiode unserer Partei, die in Saarbrücken begann und die wir heute beenden, stand im Zeichen der Bundestagswahl. Über die Arbeit des ersten Jahres habe ich einen ausführlichen Bericht auf dem Parteitag in Wiesbaden erstattet. Es läge nun nahe, in den Mittelpunkt dieses heutigen Berichts eine eingehende Wahlanalyse zu stellen. Aber ich würde damit Ihre Geduld überfordern. Keine Wahl zuvor ist je Gegenstand so vieler und so gründlicher Analysen gewesen wie die Bundestagswahl vom 19. November. Ihre Ergebnisse sind überall in der Partei recht eingehend diskutiert worden. Ich brauche deshalb nur auf das vorliegende Material, auch auf meinen Bericht vor dem Bundesvorstand, zu verweisen.

Gewiß kann man in jeder Situation des Guten zuviel tun. Das mag auch für manche Analysen der letzten Monate gegolten haben. Aber geschadet hat uns die Selbstkritik, die darin zum Ausdruck kam, ganz gewiß nicht. Vielleicht war sie gerade deshalb so nötig, weil wir es uns nach den Bundestagswahlen der sechziger Jahre manchmal allzu leicht gemacht haben, weil wir zu unkritisch, zu selbstgewiß, manchmal wohl auch zu routiniert in den alten Gleisen weitergefahren sind, obwohl sich schon damals der gefährliche Trend erkennen ließ, der uns jetzt in die Minderheit versetzt hat.

Am Ende der Wahlperiode des Bundesvorstands geht es mir heute allein um die Frage, ob wir aus unseren Analysen die notwendigen Konsequenzen gezogen haben und ob wir mit unserer Arbeit auf dem richtigen Wege sind. In den letzten Monaten hat es nicht an Stimmen gefehlt, die der Union ihr „Godesberg“ aufreden wollten, die ihr also empfahlen, ihren prinzipiellen politischen Ansatz aufzugeben und einen radikalen Kurswechsel vorzunehmen. Aber gerade darum kann es nicht gehen. Die Diskussion in unseren eigenen Reihen hat darüber zu einer erfreulich breiten und spontanen Übereinstimmung geführt.

Wir haben nicht Abschied zu nehmen von unseren Prinzipien, wir haben uns im Gegenteil neu auf sie zu besinnen. Dazu werden wir manche Leerformeln und Gemeinplätze beiseite räumen müssen, die sich im Laufe der Zeit durch Selbstgefälligkeit und Gedankenlosigkeit angesammelt haben. Die Grundsatzkommission hat dazu mit ihrem

Wiesbadener Bericht einen ersten maßgeblichen Beitrag geleistet. Sie hat inzwischen auf dieser Grundlage weitergearbeitet, und wir werden noch im Laufe des Sommers die Thesen erwarten können, die sie dem Hamburger Herbstparteitag vorlegen will.

Das große Thema, um das es dabei geht, heißt „Politische Verantwortung im Spannungsfeld zwischen Freiheit und sozialer Gerechtigkeit“. Freiheit und soziale Gerechtigkeit, meine Freunde, das waren seit jeher die großen, verpflichtenden Ziele christlich-demokratischer Politik. Aber wir haben manchmal zu unbefangen, zu naiv, zu unreflektiert geglaubt, daß sich beides ohne weiteres miteinander verbinden ließe.

Die Entwicklung unserer Gesellschaft, aber auch die Auseinandersetzung mit den kollektivistischen Heilslehren der Marxisten haben unseren Blick inzwischen wohl geschärft. Wir wissen, daß sich Freiheit und soziale Gerechtigkeit zwar wechselseitig bedingen, daß sie sich aber auch wechselseitig gefährden können. Es gibt mehr als ein aktuelles Thema, an dem sich das erweist, vom Bodenrecht über die Mitbestimmung bis zur Vermögensbildung.

Es ist deshalb sicher kein Zufall, daß die Union bei der kritischen Frage, ob denn ihr aktuelles und konkretes politisches Programm in allen Punkten dem hohen Anspruch ihrer grundsätzlichen Orientierung standhalten könne, vor allem auf den Bereich der Gesellschaftspolitik gestoßen ist. Die 10 ad-hoc-Kommissionen, deren Einsetzung von Dr. Barzel vorgeschlagen und von Fraktion und Partei übereinstimmend beschlossen wurde, haben hier ihre Schwerpunkte. Aber in der Gesellschaftspolitik stellt sich eben auch am eindringlichsten die Frage, ob wir in unserem Konzept auf die bestmögliche Weise personale Freiheit und soziale Gerechtigkeit verwirklichen.

Die in den Kommissionen und nun auch in der ganzen Breite der Partei aufgenommene Diskussion hat mancherorts zu der besorgten Frage geführt, ob die Union auf Anpassungskurs gehen oder ihr Heil in progressiven Modetrends suchen wolle. Das eine wäre so schlimm wie das andere. Wer dem Zeitgeist nachläuft, wird ihn nie einholen.

Aber ebenso sicher gilt, meine Freunde, daß die Union nur dann in ihre Führungsrolle zurückfindet, wenn sie sich erneut als eine moderne Partei bewährt, wie sie dies in den 50er Jahren so überzeugend getan hat.

Was uns die Wahlanalysen über den rückläufigen Stimmenanteil in der Arbeiterschaft und bei den Frauen gesagt haben, ist besorgniserregend; was sie über das Wahlverhalten der Jungwähler gesagt

haben, ist alarmierend. Wir können uns nicht damit trösten, daß wir mit unserem Gesamtstimmenanteil nur drei bis fünf Prozent unter der absoluten Mehrheit liegen. Wenn es uns nicht gelingt, in der Jugend neues Vertrauen zu finden, werden wir keine Gewinnchance mehr haben. Wohl gemerkt, auch dies kann uns nicht dazu verleiten, uns den jungen Menschen durch modische Ticks oder Tricks anzubiedern. Wir würden damit gar nichts erreichen. Aber wir müssen mit unserem Programm und mit unserer Politik glaubwürdige und überzeugende Antworten auf die Fragen, Sorgen und Probleme auch der jungen Menschen, auf die Fragen von morgen und von übermorgen geben.

Wir waren mit Recht auf die Leistungen des Berliner und des Düsseldorfer Parteitages stolz. Aber, meine Freunde, die ersten Ergebnisse unserer Diskussionen zur Mitbestimmung, zum Bodenrecht und zur Vermögensbildung zeigen eben schon, wie schnell sich Frage- und Problemstellungen entwickeln und verändern. Die besten Antworten von gestern können unzulängliche Antworten für heute und schlechte Antworten für morgen sein. Deswegen wäre es ganz falsch, wenn wir mit dem Hinweis auf Berlin, Düsseldorf oder Wiesbaden glaubten, wir hätten nun genug über Programme diskutiert. Die Bürger unseres Landes fragen uns heute nach unserer Politik für morgen, und daran haben wir unsere Arbeit zu orientieren.

Das gilt nun allerdings nicht nur für die Gesellschaftspolitik, für die Wirtschafts- und Finanzpolitik, für die Innenpolitik im weitesten Sinne. Es gilt natürlich auch für die Außen- und Deutschlandpolitik.

Wir haben drei Jahre lang davor gewarnt, unter dem Stichwort „Entspannung“ eine Politik der Frontbegradigung und der billigen Preise zu machen. Wir haben dagegen angekämpft, daß jedesmal von neuem — ob in Moskau, in Warschau oder beim Grundvertrag — unser Thema, die Sache der Menschlichkeit, bestenfalls in unverbindlichen Nebenabreden zum Ausdruck kam, während in den Verträgen selbst nur die Interessen des Ostens bestätigt wurden.

Wer den Geist und den Stil dieser Politik studieren will, braucht nur die Reden Willy Brandts während des Breschnew-Besuches mit der Erklärung zu vergleichen, die Konrad Adenauer zur Eröffnung der Moskauer Verhandlungen 1955 abgab. Konrad Adenauer hat damals — nur zehn Jahre nach dem Krieg! — sehr viel deutlicher gesagt, was uns an der Politik des Ostens beschwert, als man sich dies heute zu sagen getraut, wo der Krieg fast dreißig Jahre zurückliegt.

Das ist der gleiche Geist, mit dem man zu Breschnews Ehren die roten Fahnen wehen ließ, aber gegen Freiheitsparolen die Polizei auf-

bot. Das ist der gleiche Geist, mit dem man ausgerechnet heute nichts mehr vom 17. Juni wissen will. Aber gegen diese Art von Leisetreterei, gegen diese Appeasement-Politik, die einer wirklichen Entspannung am wenigsten dient, werden wir uns auch künftig mit aller Entschiedenheit zur Wehr zu setzen haben.

(Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, die Verträge sind in Kraft getreten. Die Aufgabe, die sich daraus für uns ergibt, ist schwieriger, als nur zu sagen: Pacta sunt servanda. Die Verträge haben neue Realitäten geschaffen, und an ihnen haben wir unsere künftige Politik zu orientieren. Je mehr Zeit dahingeht, desto weniger wird es noch irgend jemanden interessieren, von uns zu hören, was die Regierung 1969 oder 1970 falsch gemacht hat.

(Vereinzelter Beifall)

Wir müssen uns mit ihrer Politik von heute und morgen auseinandersetzen.

Meine Freunde, wenn das für die Regierung gilt, sollte es allemal für uns selbst gelten. Der Streit, was wir am 17. Mai 1972 und in den Tagen davor anders oder besser hätten machen können, ist nicht nur unergiebig; er belastet die innere Solidarität unserer Partei.

(Vereinzelter Beifall)

Wer heute nicht mehr wahrhaben will, das er damals in einer Ausnahmesituation des parlamentarischen Patts selbst für richtig hielt, der sollte seine Vergangenheitsbewältigung jedenfalls nicht auf Kosten seiner eigenen Freunde betreiben!

(Beifall)

Realistische Außenpolitik heißt auch für uns, davon auszugehen, daß es in Deutschland zwei Staaten gibt und auf lange Zeit geben wird. Meine Freunde, werden wir dadurch etwa zu Bundesrepublikanern? Soll unser Patriotismus deshalb nur noch bis Helmstedt oder bestenfalls bis West-Berlin reichen? Keiner von uns wird das im Ernst akzeptieren.

(Vereinzelter Beifall)

Aber hüten wir uns davor, das Feld allein den anderen zu überlassen. Wenn wir den Geist der Zeit wieder prägen und bestimmen wol-

len, müssen wir mehr sein als eine Traditionskompanie zur Pflege von Erwartungen, Wünschen und Hoffnungen, über die die Geschichte unbarmherzig hinweggegangen ist.

Was wir vorzuleben haben, ist ein demokratischer Patriotismus, der denen verpflichtet bleibt, die nun schon 40 Jahre lang ihres Selbstbestimmungsrechts beraubt sind, aber der von Illusionen frei ist. Was wir vorzuleben haben, ist die Synthese von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. Denn je überzeugender es uns gelingt, diese Synthese bei uns zu verwirklichen, desto stärker wird die Faszinationskraft der Bundesrepublik für das ganze Deutschland sein.

Die Außenpolitische Kommission unserer Partei hat damit begonnen, die vielen Fragen aufzunehmen, die sich aus der veränderten Situation ergeben. Ihre Arbeit sollte Denkanstöße für die ganze Partei geben. Denn auch wenn bis zum Hamburger Herbstparteitag gesellschaftspolitische Fragen im Vordergrund stehen, auf die Dauer kann sich die Diskussion der Partei darauf nicht beschränken.

Auf die Dauer wird sich diese Diskussion übrigens auch nicht auf Fragen der Bundespolitik beschränken dürfen. Die Bundespartei hat sicher eine besondere Verpflichtung, Anstöße für die ganze Partei zu geben. Demokratische Willensbildung ist aber nicht zu verwirklichen, wenn über die Bundespolitik an der Basis diskutiert wird, wenn unsere Mitglieder über die großen Fragen der Innen- und Außenpolitik mitreden, aber womöglich die Landespolitik den Landtagsfraktionen und die Kommunalpolitik den Kreisvorständen vorbehalten bliebe.

Diese Diskussion, die nun in aller Breite wieder beginnt, unterscheidet sich von der Vorbereitung des Berliner und des Düsseldorfer Parteitags nicht nur in der Thematik und in den Akzenten. Sie unterscheidet sich auch dadurch, daß an ihr hunderttausend neue Mitglieder teilnehmen, die erst in den letzten anderthalb Jahren zu uns gekommen sind.

(Beifall)

Jeder, der mit diesen neuen Mitgliedern gesprochen hat, weiß, wie engagiert und wie selbstbewußt sie sind. Sie sind nicht in die CDU eingetreten, um nur Beiträge zu zahlen und ein solidarisches Bekenntnis zu unserer Politik abzulegen. Sie wollen mitarbeiten und mitbestimmen. In den nächsten Monaten können wir beweisen, daß unsere Mitglieder tatsächlich in dem Maße mitbestimmen, in dem sie mitarbeiten.

Dabei sollten wir die Diskussion zur Vorbereitung des Hamburger Parteitags allerdings nicht allein auf unsere Mitglieder begrenzen. Ge-

wiß, zu entscheiden haben sie allein. Aber je mehr wir interessierte und sachverständige Bürger an unseren Überlegungen beteiligen, desto eher werden wir auch sie als Mitglieder gewinnen können. Je einsichtiger und durchsichtiger wir den Meinungsbildungsprozeß in der Union machen, desto mehr werden wir auch junge Menschen für unsere Arbeit interessieren. Deswegen haben wir allen Anlaß und beachtliche Chancen, gerade in den kommenden Monaten unsere Mitgliederwerbung mit unverminderter Intensität fortzusetzen. Als ich nach Saarbrücken als Ziel für unsere Arbeit im Jahre 1972 die Zahl 400 000 nannte, hat das mancher für reichlich optimistisch gehalten. Inzwischen haben wir fast die 450 000 erreicht, und es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, daß wir in die wichtigen Wahlentscheidungen der nächsten Jahre mit einer halben Million Mitglieder hineingehen.

(Beifall)

Aber unsere Mitglieder sollen nicht nur diskutieren. Gerade die Neuen unter ihnen wollen mehr tun, und die Partei ist dringend darauf angewiesen, daß sie es auch tun können. Das Vertrauen der Bürger wächst den Parteien nicht nur wegen ihres Programms, wegen ihrer Politik, wegen ihrer Arbeit in den Parlamenten zu. Das Vorstellungsbild einer Partei, an dem sich die Wähler orientieren, entsteht auch und gerade da, wo man ihr im Alltag und vor Ort begegnet. Da ist dann jedes einzelne Mitglied ein Kronzeuge für das, was an Gesinnung und Haltung hinter dem Programm und der Politik einer Partei steht.

Meine Freunde, wenn die CDU als die freiheitliche soziale Volkspartei unseres Landes mehrheitsfähig bleiben will, dann muß sie sich als eine politische Gemeinschaft darstellen und bewähren, die überall im Alltag für Freiheit und soziale Gerechtigkeit eintritt.

(Beifall)

Das bedeutet, daß wir bei aller Bejahung dieses unseres Staates mehr als bisher ein kritisches Wächteramt gegenüber allen Mißständen übernehmen müssen, die es auch in diesem Staat, in seiner Gesellschaft, in seiner öffentlichen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung gibt. Das bedeutet, daß sich CDU-Mitglieder aus Bürgerinitiativen nicht heraushalten, sondern, daß sie sich — wenn es das Ziel rechtfertigt — sichtbar und führend an ihnen beteiligen, auch wenn sie womöglich für unsere eigenen Freunde in den kommunalen Parlamenten und Verwaltungen unbequem sind. Das bedeutet, daß wir nicht nur an den Staat, an die Kirchen, an die Gesellschaft appellieren, mehr für die Randgruppen in unserem Lande zu tun, sondern, daß wir als Mitglieder der Union selbst die Initiative ergreifen. Was ich hier sage, ist bei-

leibe nichts Neues. Schon heute gibt es hervorragende Beispiele für solche Aktivitäten: Da haben Mitglieder der Jungen Union einen Sonntagskindergarten eingerichtet und betreut; da hat eine Frauenvereinigung dafür gesorgt, daß Kinder berufstätiger Mütter und auch Gastarbeiterkinder unter Aufsicht und Anleitung ihre Schularbeiten machen können; da hat ein Ortsverband Aktionen für den Umweltschutz durchgeführt. Kurzum, an Beispielen fehlt es gewiß nicht. Aber sie müssen zur Selbstverständlichkeit werden, bis sie das Rollenverständnis unserer Mitglieder ebenso sehr prägen wie das Bild, das sich die Öffentlichkeit von der Union macht.

Meine Freunde, je mehr Mitglieder die Union gewinnt, desto drängender stellt sich die Frage nach der Kommunikation zwischen Mitgliedern und Vorständen, zwischen Bundespartei, Landesverbänden und Kreisverbänden. Ausbau und Verbesserung von Organisation, Information und Öffentlichkeitsarbeit sind deshalb zu den wichtigsten und vordringlichsten Aufgaben zu zählen. Der Bundesvorstand hat nach dem Parteitag in Saarbrücken eine Organisationskommission berufen, die sich eingehend mit grundsätzlichen Strukturproblemen der Partei beschäftigt hat. Der vorgezogene Wahlkampf im vergangenen Jahr und dieser vorgezogene Parteitag haben die Führungsgremien daran gehindert, sich so eingehend mit den Vorlagen der Kommission zu befassen, wie sie dies verdienen. Die Kommission hat mit einem vorläufigen Abschlußbericht ihr Mandat in die Hände des Bundesvorstands zurückgelegt. Auch wenn sie aus den dargestellten Gründen nicht in allen Punkten zum Abschluß kommen konnte, empfehle ich schon jetzt allen Verbänden eine sorgfältige Prüfung ihrer Vorschläge.

Die Bundesgeschäftsstelle hat seit Beginn des Jahres 1972 erste Modelle für eine laufende und wahlkampfunabhängige Öffentlichkeitsarbeit entwickelt. Sie hat in den letzten Monaten an diese Erfahrungen angeknüpft. Die finanziellen Möglichkeiten der Bundespartei werden einer quantitativen Ausweitung dieser Arbeit zwar auch in Zukunft Grenzen setzen, aber es kommt nicht so sehr darauf an, daß die Bundesgeschäftsstelle unsere Kreisverbände mit Informations- und Werbematerial in Riesenaufgaben versorgt. Wichtiger ist ein laufendes qualifiziertes Angebot an Mustern, Vorlagen und Entwürfen, über das die Kreisverbände dann nach Bedarf und eigenen Möglichkeiten selbst entscheiden können. Jedenfalls hat das letzte Jahr noch einmal drastisch bewiesen, daß in Wahlkämpfen eher zuviel, zwischen den Wahlkämpfen aber immer viel zu wenig geredet, informiert und geworben wird.

(Beifall)

Daraus müssen für die langfristige Arbeit im Blick auf 1976 alle nur möglichen Konsequenzen gezogen werden.

Das innerparteiliche Informationssystem ist in den letzten Monaten durch den Ausbau von „Union in Deutschland“ insbesondere für unsere aktiven Mitarbeiter wesentlich verbessert worden. Die Pläne für eine Umstellung des „Deutschen Monatsblattes“ in ein noch informativeres und ansprechenderes Mitglie­dermagazin sind vom Bundesvorstand und Bundesausschuß gutgeheißen, werden sich aber erst im kommenden Jahr verwirklichen lassen. Ähnliches gilt für eine Reihe von Spezialdiensten, deren Planung abgeschlossen ist, über die aber erst die neue Parteiführung endgültig wird entscheiden können.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, auch am Ende der Wahlperiode des Vorstands kann dies beim besten Willen kein Abschlußbericht sein. Das Jahr 1972 stand so eindeutig und so einseitig im Zeichen der Bundestagswahl und der Entwicklung, die zu ihrer Vorverlegung führte, die letzten Monate waren so sehr von der Auseinandersetzung über Ursachen und Folgen des Wahlergebnisses beherrscht, daß vieles — ich sage das ganz offen —, was wir uns vorgenommen hatten, unfertig und erst in Umrissen erkennbar ist. Eine wirklich kontinuierliche Arbeit war vom Herbst 1971 bis heute schwer möglich, und das hat diejenigen — glauben Sie mir das — am wenigsten befriedigt, die am unmittelbarsten mit der Arbeit verbunden waren. Meine Freunde, dennoch meine ich, daß der neue Vorstand und das neue Präsidium eine brauchbare Grundlage vorfinden. Wenn die Partei mit ihrer heutigen Entscheidung zugleich einen Schlußstrich unter die Auseinandersetzungen über die letzte Bundestagswahl zieht, wenn sie den personellen Streit beendet, wenn sie zu der Solidarität und der Loyalität zurückfindet, auf die jede Parteiführung Anspruch hat, dann sind auch für die Sachaufgaben die Weichen richtig gestellt.

Die Diskussion zur Vorbereitung des Hamburger Parteitags und seiner Entscheidungen hat dank der Arbeit der Grundsatzkommission und der ad-hoc-Kommissionen eine vorzügliche Grundlage. Die Reorganisation der Partei hat mit der Zunahme um 100 000 neue Mitglieder einen verheißungsvollen und verpflichtenden Anfang genommen. Das weitere Arbeitsprogramm der Bundesgeschäftsstelle zur Verbesserung der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit ist bereits im Bundesausschuß erörtert worden. Auch wenn es das Recht und die Pflicht jeder neuen Parteiführung ist, ihre besonderen Akzente zu setzen, so kann die Arbeit der Partei doch in vielen Bereichen ohne Bruch und mit neuer Energie weitergeführt werden.

Meine Damen und Herren, mit den heutigen Entscheidungen beginnt praktisch die Vorbereitung der Bundestagswahl 1976. Dieser Hinweis allein mag zeigen, wieviel von der Arbeit des neuen Vorstands, des neuen Vorsitzenden, des neuen Generalsekretärs abhängt. Um so größer, um so entschlossener, um so vorbehaltloser muß unser aller Unterstützung für diese Arbeit sein! Ich habe bereits zu Beginn dieses Jahres erklärt, daß ich nicht vorhätte, von der vierjährigen Amtsfrist Gebrauch zu machen, die unser Statut formell für den Generalsekretär vorsieht. Ich habe meine Berufung in Saarbrücken immer als einen Auftrag für den damals anstehenden Wahlkampf verstanden. Es war der sechste, an dessen Vorbereitung und Durchführung ich seit 1953 unmittelbar beteiligt war, und schon dies allein wäre Grund genug, beim nächsten Mal einem anderen den Vortritt zu lassen.

Der neue Generalsekretär sollte seine Arbeit aber heute und nicht erst im Herbst 1975 aufnehmen können, denn ich weiß selbst zu gut, daß ein einziges Jahr der Vorbereitung zu kurz ist.

So lege ich mein Amt heute aus freien Stücken in die Hände der Partei zurück. Ich danke allen, die mich in meiner Arbeit unterstützt haben, unserem scheidenden Vorsitzenden Rainer Barzel,

(Beifall)

den Kollegen im Präsidium, dem Vorstand, allen Freunden in den Landes- und Kreisverbänden, dem Bundesgeschäftsführer Ottfried Hennig und allen Mitarbeitern der Geschäftsstelle.

Mir ist zu allen Zeiten die Sache der Union wichtiger gewesen als die Frage nach Ämtern und Positionen.

(Beifall)

Deswegen werden Sie auch in Zukunft auf mich zählen können, wo immer die Erfahrung von 20 Jahren noch etwas nützen kann.

(Beifall)

In diesem Sinne trete ich als rheinischer Delegierter, der ich immer gewesen bin, in Ihre Reihen zurück, in diesem Sinne wünsche ich dem Mann, den Sie heute zu meinem Nachfolger wählen, dem neuen Präsidium und dem neuen Parteivorsitzenden aus vollem Herzen Glück und Erfolg.

(Anhaltender Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Lieber Konrad Kraske, dieser Parteitag dankt Ihnen für den Bericht, aber mehr noch für das Enga-

gement rund um die Uhr über Jahre und zuletzt in den letzten beiden harten Jahren im verantwortungsvollen Amt des Generalsekretärs. Wir wissen, daß Sie immer alles für diese Partei gegeben haben, und wir wissen, daß Sie auch in Zukunft zur Verfügung stehen.

Aufrichtigen Dank für Ihren Dienst!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ehe ich das Wort wieder erteile, möchte ich Sie alle noch einmal auf die Verfahrensordnung hinweisen, die wir vorhin beschlossen haben. In dieser Verfahrensordnung sind zeitliche Termine für die Nominierung von Kandidaten gesetzt. Es ist jetzt kurz vor halb zwölf. Wir haben in der Verfahrensordnung beschlossen, daß Nominierungen für die stellvertretenden Vorsitzenden bis 12 Uhr beim Tagungspräsidium abgegeben werden müssen.

Sie erlauben mir auch schon den weiteren Hinweis, daß Nominierungen von Kandidaten für ein Mandat im Bundesvorstand bis 14 Uhr beim Tagungspräsidium eingereicht sein müssen.

Entsprechend dem vorhin gefaßten Beschluß, zunächst die Berichte zu den Punkten 7 und 8 der Tagesordnung nacheinander zu hören und erst dann in die Aussprache einzutreten, erteile ich jetzt unserem Schatzmeister, unserem Freund Walter Leisler Kiep, das Wort zu seinem Bericht.

(Beifall)

Walter Leisler Kiep: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Krise der Finanzen unserer Partei im Herbst 1971 hatte fünf Ursachen:

1. Das Konrad-Adenauer-Haus, das damals kurz vor der Fertigstellung stand, war nicht finanziert.

2. Die Bundespartei war hoch verschuldet.

3. Weder für die Finanzierung des Haushaltes 1972 noch für eine Erweiterung unserer politischen Arbeit und schon gar nicht für einen Bundestagswahlkampf standen finanzielle Reserven zur Verfügung.

4. Die Ertragskraft der Wirtschaftsbetriebe war so sehr zurückgegangen, daß die Bilanzen für die Jahre 1970 und 1971 mit erheblichen Verlusten abschlossen.

5. Von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen den Gliederungen und Vereinigungen mit der Bundespartei zur Lösung dieser

im Herbst 1971 ja nicht neuen Finanzierungsaufgaben konnte keine Rede sein.

Meine Damen und Herren, alle diese Probleme konnten nicht nacheinander, sondern mußten sofort und gleichzeitig gelöst werden, und dies zusammen mit der weiteren, noch viel größeren Aufgabe, nämlich die Finanzierung eines vorgezogenen Bundestagswahlkampfes sicherzustellen.

Meine Freunde, die Finanzen unserer Partei sind heute kein Diskussionsthema mehr, denn folgendes ist gelungen:

1. Das Konrad-Adenauer-Haus ist finanziert. Ein fundamentales Ungleichgewicht in der Einnahmen-Ausgaben-Rechnung, das die Finanzierung in Frage zu stellen drohte, konnte beseitigt werden.

(Beifall)

2. Der Bundestagswahlkampf 1972 ist finanziert. Die Wahlkampfkosten sind im Rahmen der Planansätze geblieben.

(Beifall)

3. Die Verschuldung der Partei wurde aus eigenen Mitteln und durch interne Maßnahmen um ein Drittel reduziert und wird im Rahmen unserer mittelfristigen Finanzplanung weiter abgebaut werden.

(Beifall)

4. Die Ertragskraft unserer Wirtschaftsbetriebe konnte erheblich verbessert werden; das Jahr 1972 schloß bereits wieder mit einem ansehnlichen Gewinn ab.

(Beifall)

Dies alles, meine Freunde, wäre nicht möglich gewesen ohne die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit vor allem mit den Landesverbänden, aber auch mit den Kreisverbänden und den Vereinigungen. Es wäre auch nicht ohne die so tatkräftige Hilfe unserer Mitglieder und Freunde aus allen Kreisen unserer Bevölkerung möglich gewesen. Ihnen allen, ganz besonders aber meinen Kollegen aus den Landesverbänden, danke ich herzlich dafür, daß die Finanzprobleme unserer Partei als gemeinsame Aufgabe verstanden und in gemeinsamer Arbeit angepackt wurden.

Grundlage unserer Arbeit und Zusammenarbeit wird auch weiterhin das bewährte Konzept sein, nach dem wir gemeinsam die Finanzierung des Bundestagswahlkampfes betrieben haben und mit dem in

Zukunft insbesondere auch eine bessere und engere Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden angestrebt werden soll. Für uns ist dies eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß wir auch in Zukunft die finanzielle Basis für eine erfolgreiche politische Arbeit schaffen und sichern können.

Angesichts der ohnehin schwierigen Bedingungen unserer Partei in der Opposition darf ich als Bilanz meiner bisherigen Tätigkeit als Schatzmeister feststellen, daß wir mit der Finanzierung unserer Parteiarbeit auf dem richtigen Wege sind. Wenn wir weiter so gut innerhalb der Partei und mit unseren Freunden außerhalb der Partei zusammenarbeiten, werden wir die notwendigen Mittel für die politische Arbeit einer konstruktiven und angriffsfreudigen Opposition haben. — Ich danke Ihnen!

(Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Auch Ihnen, Herr Kiep, herzlichen Dank für diesen Bericht und vor allen Dingen für die Leistung, die in diesem Bericht zum Ausdruck gekommen ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ehe wir in die Aussprache eintreten, möchte ich die Delegierten, die in der Aussprache reden wollen, an die Verfahrensordnung erinnern, daß sie ihre Wortmeldung schriftlich beim Tagungspräsidium abgeben.

Aber erlauben Sie mir vorher noch einen Hinweis: In unserer Tagesordnung haben Sie vielleicht den Punkt vermißt, der normalerweise und nach dem Statut Gegenstand einer Tagesordnung des Bundesparteitages sein muß, nämlich den Bericht der Bundestagsfraktion. Dieser Bericht ist auf dem Parteitag in Wiesbaden erstattet worden und wird selbstverständlich auch auf dem Hamburger Parteitag ausführlich erstattet werden. Er steht heute nicht auf der Tagesordnung. Ich glaube aber, wir sind alle dankbar, wenn der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, unser Freund Karl Carstens, jetzt anschließend noch zu uns spricht, ehe wir in die Aussprache eintreten.

(Beifall)

Darf ich Ihnen, Herr Carstens, das Wort erteilen.

Karl Carstens: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich überbringe dem 21. Parteitag der CDU die herzlichen Grüße der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages.

(Beifall)

Natürlich fühlte ich mich versucht, jetzt einige Worte über das Verhältnis zwischen Partei und Fraktion zu sagen; aber die fortgeschrittene Zeit und auch die außerordentliche Hitze, die hier im Saale herrscht, halten mich davon ab, dieser Versuchung zu folgen.

Ich möchte nur eines sagen. Je mehr es uns gelingt, Partei und Fraktion oder, richtiger gesagt, Parteien und Fraktionen — ich beziehe in diesem Zusammenhang die CSU in meine Überlegungen ein —, je mehr es uns also gelingt, die Union und die Fraktion auf einen gemeinsamen politischen Nenner zu bringen, desto größer sind unsere Chancen, daß wir unser gemeinsames politisches Ziel erreichen.

(Beifall)

Dieses Ziel kann nur heißen, eine personelle und sachliche Alternative für die gegenwärtige Regierungskoalition zu stellen. Das ist das natürliche Ziel jeder Opposition in jedem demokratischen Staat.

Aber ich meine doch, daß es zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland um mehr geht als um Alternativen zu einigen wichtigen Einzelfragen. Ich meine, es geht um Alternativen zu grundsätzlichen Positionen, zu grundsätzlichen Fragen unserer gesamten staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung.

(Beifall)

Es ist heute so viel von Wandel, Fortschritt, Mündigkeit der Bürger, menschlichen Erleichterungen, Entspannung und vielen Dingen mehr die Rede, die ich alle voll und ganz bejahe. Aber ich glaube, wir dürfen dabei nicht übersehen, daß es in einer freiheitlichen Gesellschaft, wie wir es sind, unwandelbare Grundsätze gibt, und ich meine, es ist nötig, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken,

(Beifall)

denn sie drohen hier und da in Vergessenheit zu geraten.

Die Einheit der Nation in Freiheit ist ein Wort, welches eine Leerformel zu werden droht, die man bei passenden Gelegenheiten hervorholt, um sie dann anschließend wieder zu den verstaubten Symbolen der Vergangenheit abzustellen. Dies ist ein Weg, den wir nicht gehen können.

(Beifall)

Meine verehrten Freunde, die jüngste Skandalaffäre, die unser Land zu Recht erregt, ist nicht nur deswegen so beunruhigend, weil sich

herausstellt, daß Korruption, daß ausländische Nachrichtendienste und enge politische Freunde des Bundeskanzlers,

(lebhaftes Zurufe: Hört! Hört! Unerhört!)

in ungewolltem Zusammenwirken dazu beigetragen haben, daß die Abstimmung vom April vorigen Jahres so geendet hat, wie sie geendet hat.

(Beifall)

Aber nicht allein das, meine lieben Freunde, ist das Beunruhigende an dieser Situation, sondern für mich ist weit beunruhigender die Tatsache, daß jetzt seitens der Regierungskoalition der Versuch gemacht wird, die damaligen Vorgänge zu verschleiern und sich einer Aufdeckung entgegenzustellen.

(Anhaltender starker Beifall und vereinzelte Pfiffe)

Aber das ist nicht alles. Wir erleben auf breiter Front Angriffe gegen die marktwirtschaftliche Ordnung, von der wir alle überzeugt sind, daß sie die Grundlage unserer freiheitlichen Gesellschaft ist, und wir stehen einer Inflation gegenüber, deren verheerende Folgen von Tag zu Tag deutlicher sichtbar werden, Folgen nicht nur für den Sparer und den Rentner, sondern genauso für den Lohnempfänger, dessen Lohnsteigerungen durch die Inflationsrate und die progressiven Steuern aufgezehrt werden, verheerende Folgen für staatliche Reformen, verheerende Folgen für alle unsere gesellschaftspolitischen Ziele.

In dieser Situation muß die CDU/CSU-Fraktion des Bundestages der derzeitigen Regierungskoalition eine klare Alternative gegenüberstellen. Diese Alternative, meine Freunde, kann nur lauten, erstens: Sicherung der freiheitlichen Ordnung nach außen durch Stärkung des Bündnisses und vor allem durch Eintreten für die weitere Integration Europas,

(Beifall)

zweitens: eine Entspannungspolitik, bei der die einzelnen Schritte in sich ausgewogen sind und Leistungen und Gegenleistungen in einem vernünftigen Verhältnis einander gegenüberstehen,

(Beifall)

drittens: die Bewahrung der Einheit der Nation in Freiheit

(Beifall)

und das Eintreten für die Menschenrechte dort, wo sie auf deutschem Boden weiterhin täglich verletzt werden,

(Beifall)

viertens: die enge Verklammerung West-Berlins mit der Bundesrepublik Deutschland

(Beifall)

und schließlich, fünftens: Sicherung der freiheitlichen Ordnung im Innern. Wir müssen den Schleier pseudowissenschaftlicher Thesen zerreißen,

(lebhafter Beifall)

die in unserem Lande mit dem Ziel verbreitet werden, unser freiheitliches System zu beseitigen, und wir müssen der Unterwanderung unserer freiheitlichen Institutionen durch solche entgegenreten, die es sich zum Ziel gesetzt haben, die Freiheit in unserem Lande zu beseitigen.

(Beifall)

Auf dieser Grundlage, meine Freunde, müssen wir die großen Reformen in Angriff nehmen, die in der Tat das Gebot der Stunde sind. Wir müssen zu neuen Formen der Zusammenarbeit in den Betrieben, an den Universitäten, aber auch in den Behörden — das möchte ich ausdrücklich hinzufügen — kommen.

(Beifall)

Wir müssen die hierarchischen Strukturen durch Formen der Zusammenarbeit ersetzen, bei der alle Partner einander in voller Freiheit und als gleichgeachtete Glieder gegenüberstehen.

(Beifall)

Wir müssen im Bildungswesen Chancengleichheit verwirklichen, und wir müssen für eine breitere Streuung von Vermögen und Eigentum eintreten. Aber, meine verehrten Damen und Herren, meine lieben Freunde, bevor wir dies alles realisieren können — die großen Reformziele, die uns vorschweben —, brauchen wir eine Regierung, die mit soliden Mitteln Politik macht,

(Beifall)

die statt verschleiender, nebelhafter, zweideutiger und suggestiver Formeln klare Aussagen über die Richtung macht, in die die Politik gehen soll. Das schließt nicht aus, daß man da, wo man behutsam

sprechen muß, behutsam spricht, aber Klarheit über das, was man anstrebt, schuldet eine Regierung dem Volke.

(Beifall)

Eine solche Regierung hat unser Land zur Zeit nicht. Die einzige politische Kraft, die eine solche Regierung stellen kann, ist die Union. Deswegen lassen Sie uns alle unsere Kräfte, alle unsere Anstrengungen zusammenfassen, um dieses Ziel zu erreichen. — Ich danke Ihnen.

(Starker lang anhaltender Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Herr Carstens, Sie haben es gehört, ich brauche es nicht zu interpretieren: Dieser Parteitag dankt Ihnen für das Wort, das Sie an ihn gerichtet haben.

(Beifall)

Wir alle wünschen Ihnen und der gesamten Bundestagsfraktion der CDU/CSU Glückauf für die Arbeit in der Zukunft.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Aussprache ein. Ehe ich dem ersten Redner das Wort erteile, erlauben Sie mir noch zwei technische Hinweise:

Erstens: Zu den Eigentümlichkeiten oder Vorzügen dieser Beethovenhalle gehört eine ausgezeichnete Akustik. Sie hat nur den Nachteil, daß Sprechen, verständliche Erörterungen im Saal, außerordentlich stören können. Ich würde also darum bitten, daß man, wenn man hier noch Verabredungen zu treffen hat — wofür jedermann Verständnis hat —, solche Gespräche nach Möglichkeit vor die Tür des Saales verlegt.

(Beifall)

Zweitens: Wir hatten vorgesehen, ohne Mittagspause zu tagen. Das bedingt, daß Sie selber entscheiden, wann Sie sich draußen bei den vorbereiteten Erfrischungsstellen oder im Restaurant eine Stärkung besorgen. Ich würde Sie aber alle bitten — ich glaube, die Verhandlungen werden hier aus der Halle auch in die Restauranträume übertragen —, sich so einzurichten, daß Sie dann wieder zur Stelle sein können, wenn hier wichtige Entscheidungen gefällt werden müssen.

Nun darf ich als erstem Diskussionsredner Herrn Neumann, Landesverband Bremen, das Wort erteilen. Ihm folgt Jürgen Echternach, Landesverband Hamburg.

Bernd Neumann, Bremen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich als Vertreter der Jungen Union besonders einem Aspekt in der Rede von Dr. Barzel widmen, nämlich dem Aspekt, in dem zum Ausdruck kam, daß die Union zur Zeit die Mehrheit in der jungen Generation — zumindest, was die gesamte Bundesrepublik betrifft — nicht habe. Herr Dr. Barzel hat erklärt, daß uns endlich auch der Durchbruch in der jungen Generation gelingen müsse. Ich bin der Auffassung, daß die Union — zumindest in ihrem Außenbild — in der Vergangenheit bisher zu sehr oder gar ausschließlich den Eindruck erweckt hat, ein Stabilisator zu sein. Das hatte, gerade auch bei der jungen Generation, den Eindruck zur Folge, als wolle man nicht nur die Stärken, sondern gleichzeitig auch die Schwächen unseres Systems mitstabilisieren. Ich finde, die Konsequenz für uns kann nur die sein, daß wir uns an die Spitze derjenigen stellen, die durch Reformen die Schwächen dieses Systems beseitigen wollen, ohne das System selbst in Frage zu stellen. Wenn wir so verfahren, gibt es, glaube ich, genug Abgrenzungsmöglichkeiten gegenüber den Sozialdemokraten.

Ich glaube, die Union muß eine neue Bestimmung ihres politischen Standortes zugunsten sozialer Veränderungen vornehmen, wenn sie sich nicht langfristig mit dem Schicksal als Opposition abfinden will. Meine Damen und Herren, hier müßte man ansetzen und Überlegungen anstellen, welches die Konsequenz aus dieser allgemeinen Forderung ist. Das kann sicherlich nicht heute geschehen, sondern das wird geschehen müssen auf dem Programm-Parteitag in Hamburg.

Heute stehen hier leider keine Sachfragen an. Wir in der Jungen Union bedauern es ein wenig, daß, wie häufig in der Union, zuerst einmal Personalentscheidungen getroffen werden, ohne sie in Verbindung zu bringen mit den sachlichen Konflikten, die in der Tat ja auch bestehen.

(Beifall)

Meine Freunde, so bleibt uns aus der Sicht eines Vertreters der Jungen Union nur, die Frage zu stellen, welche Möglichkeiten dieser Parteitag bietet, um gerade in der jungen Generation den Eindruck zu erwecken, daß wir in Zukunft auch diese junge Generation ansprechen. Dies werden wir nur erreichen, wenn wir deutlich machen können, daß diese Union bis hin zum Bundesparteitag eine Partei ist, bei der Entscheidungen nicht von vornherein feststehen, sondern in der man nach langen Diskussionen zu Ergebnissen kommt.

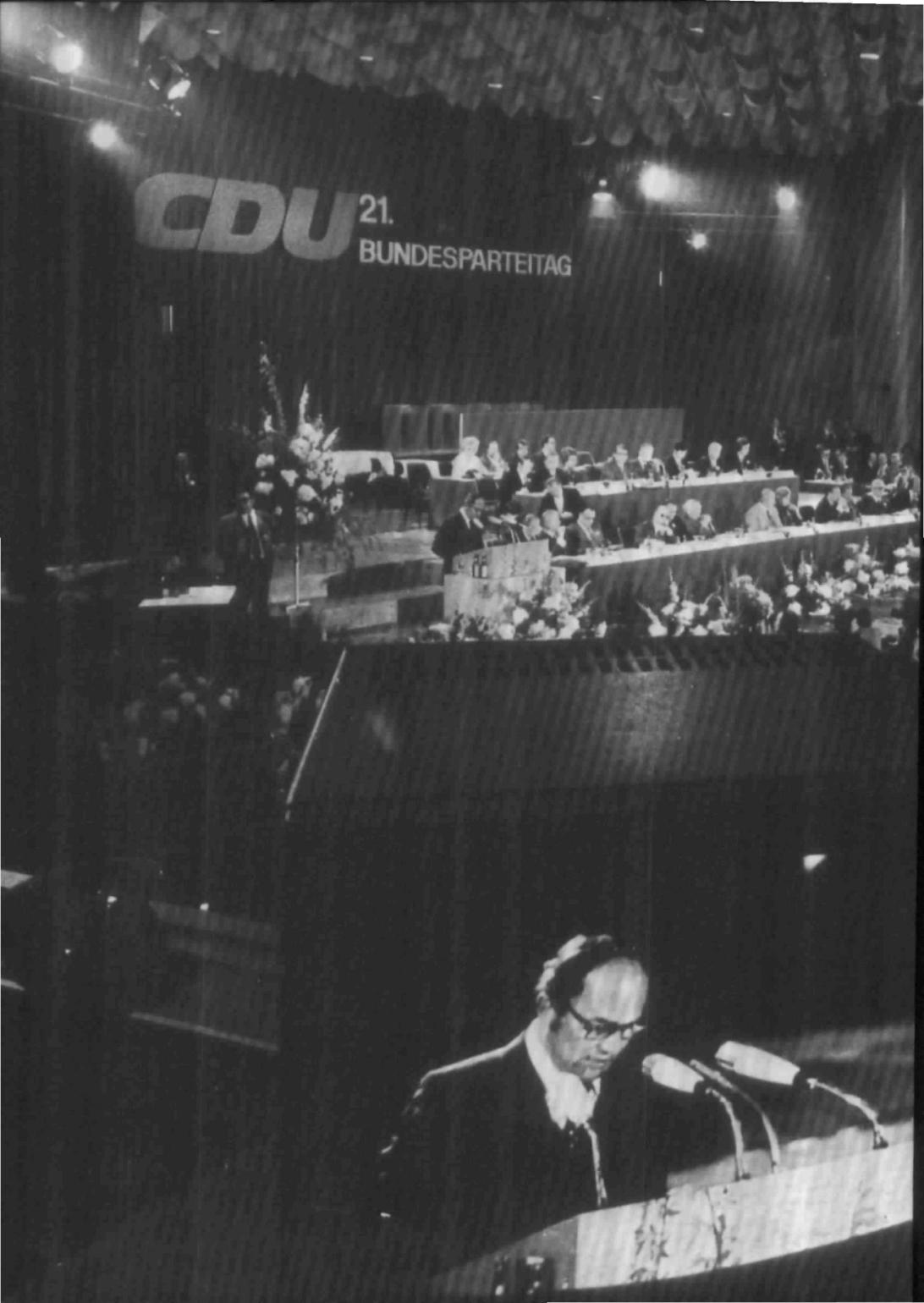
Wenn ich dieses Kriterium nehme, meine Damen und Herren, müssen Sie mir erlauben, etwas Wasser in den Wein des heutigen Partei-







CDU 21.
BUNDESPARTEITAG











tages zu gießen. Bei den Delegierten der Jungen Union besteht der Eindruck, daß vieles, was heute personell entschieden wird, in gewisser Weise schon vorprogrammiert ist. Wir bedauern ein wenig, daß man bei der Wahl der Stellvertreter — es gibt Grund zu wählen — nach langer Eliminierung in den verschiedenen Verbänden am Ende nur fünf Kandidaten hat und uns eine echte Alternative fehlt.

(Beifall)

Die Delegierten der Jungen Union haben deshalb gestern abend einstimmig beschlossen, zusätzlich unseren Freund Richard von Weizsäcker zu bitten, für das Amt des stellvertretenden Parteivorsitzenden zu kandidieren.

(Beifall)

Wir tun dies nicht deshalb, um hier eine interessantere Wahl zu machen, sondern wir sind der Auffassung, daß das Parteipräsidium nicht ausschließlich ein Klub von Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden sein, sondern daß auch der Bundestag eine Rolle spielen sollte. Wir meinen, daß Richard von Weizsäcker gerade auch wegen seiner Arbeit in der Grundsatzkommission dieses Präsidium entscheidend bereichern würde.

(Beifall)

Meine Freunde, lassen Sie mich eine weitere kritische Bemerkung machen. Es hat sich inzwischen wohl herumgesprochen, daß es hier ein sogenanntes Ticket gibt. Das hat nichts mit Rückfahrkarten zu tun, sondern mit Fahrkarten für den Bundesvorstand. Es ist ein Ticket, das man in einem kleinen, elitären Kreise oben zusammengestellt hat. — Meine Freunde, es ist sicherlich legitim, daß man sich vorher bespricht. Es ist auch zu verstehen, daß, wenn man sich vorher bespricht, man dem regionalen Proporz Rechnung tragen will. Nur verstehen wir innerhalb der Jungen Union nicht, weswegen sich dann nur einige wenige Landesvorsitzende treffen und nicht alle Landesvorsitzenden und weswegen der Gesichtspunkt der Quantität der Delegierten hier den Ausschlag gegeben hat. Sicherlich, meine Freunde, ist es auch legitim, wenn sich die großen Verbände Gedanken über die Ausgewogenheit eines solchen Bundesvorstandes machen.

Aber wenn man dann feststellt, daß auf diesem sogenannten Ticket die Repräsentanten, die Gruppen vertreten, von denen wir der Meinung sind, daß wir sie in Zukunft stärker ansprechen und gewinnen müssen, nämlich Junge Union, Sozialausschüsse und Frauen, nicht

berücksichtigt sind, dann muß man hier in der Tat auch die Feststellung treffen, daß das mit Ausgewogenheit nichts mehr zu tun hat.

(Beifall und Bravo-Rufe)

Ich darf Sie abschließend im Namen der Jungen Union bitten, es nicht bei der allgemeinen Deklamation „die junge Generation ansprechen“ zu belassen, sondern uns mit Ihrem Votum die Möglichkeit zu geben, die beiden von uns vorgeschlagenen Vertreter im dreißigköpfigen Bundesvorstand vertreten zu sehen, damit in der Tat auch im Außenverhältnis das Anliegen der jungen Generation verstärkt zum Ausdruck kommt. Vielen Dank!

(Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Vielen Dank für diesen Beitrag, Herr Neumann! Er war zwar weniger ein Diskussionsbeitrag zu den Berichten

(teilweise Widerspruch)

und mehr auf die bevorstehenden Tagesordnungspunkte ausgerichtet. Aber ich glaube, es ist verständlich, daß diese Diskussion mit hineinspielt.

(Beifall)

Als nächstem erteile ich unserem Freund Echternach das Wort.

Jürgen Echternach, Hamburg: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Dies ist der erste Parteitag der CDU nach der Bundestagswahl, und es ist verständlich, daß sich aus diesem Grunde weitreichende Erwartungen an diesen Parteitag knüpfen, Erwartungen nicht nur in der Mitgliedschaft, sondern auch in weiten Teilen der Öffentlichkeit und gerade auch in der jungen Generation. Diese Erwartungen reichen weit hinaus über die Frage der personellen Reorganisation, und sie richten sich vor allem auf die sachliche Arbeit des neuen Bundesvorstandes.

Meine Damen und Herren, die wichtigste Erwartung, die draußen besteht, ist die, daß nach den vielen Analysen, die wir über das Bundestagswahlergebnis angestellt haben, nunmehr auch auf Grund der gewonnenen Erkenntnisse die richtigen Konsequenzen in die Tat umgesetzt werden.

Es ist eine Reihe wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen angepackt worden. Aber wichtiger noch als die Behandlung aller Einzelfragen, wichtiger noch als die Behandlung aller gesetzgeberischen Details ist

für viele — gerade in der jungen Generation — die Frage nach den langfristigen Zielvorstellungen der Union, nach ihrem grundsätzlichen Standort und nach der Motivation ihres politischen Handelns.

Wir haben auf dem Wiesbadener Parteitag eine sehr richtungweisende und fundierte Rede Richard von Weizsäckers gehört, aber wir dürfen es nicht bei diesem Zwischenbericht der Grundsatzkommission und auch nicht bloß bei Reden bewenden lassen, sondern wir brauchen eine verbindlich beschlossene Grundlage für die weitere langfristige Arbeit der Union, wir brauchen ein Grundsatzprogramm, das Antworten gibt auf die Herausforderungen der Zeit, vor denen wir stehen, auf die Herausforderungen unserer Industriegesellschaft mit ihren Problemen, Antworten, durch die deutlich gemacht wird, wie wir verhindern, daß etwa durch technologischen Fortschritt, durch Sachzwänge die Freiheit des einzelnen Menschen immer mehr eingeengt wird, Antworten auch auf die Herausforderung, vor der wir angesichts des Vordringens sozialistischer Ideologien in den Verbänden und in den Bildungseinrichtungen stehen, Antworten, durch die wir deutlich machen, wie wir hier die Bedrohung der individuellen Freiheit verhindern.

Meine Damen und Herren, die österreichische Volkspartei hat Ende letzten Jahres mit ihrem Grundsatzprogramm ein Beispiel gegeben. Ich meine, die CDU sollte dahinter nicht zurückbleiben, sondern sollte ebenfalls ihre Reorganisation dadurch glaubhaft unterstreichen, daß sie nach dem Aktionsprogramm von Berlin und nach dem Aktionsprogramm von Düsseldorf nunmehr mit einem Grundsatzprogramm diese Antworten auf die Herausforderungen unserer Gesellschaft erteilt. Wir hoffen, daß sich der Bundesvorstand der CDU dieser Aufgabe als einer besonders wichtigen Aufgabe annimmt.

Lassen Sie mich noch einen zweiten Gedanken vortragen. Immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft werden in Zukunft in Städten leben, und sie messen die Leistungsfähigkeit der Union nicht nur und vielleicht nicht einmal immer in erster Linie an dem, was im fernen Bonner Bundestag vor sich geht, sondern an dem, was die örtlichen Vertreter der CDU in ihren Städten für sie und für ihre Probleme tun.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb, meine Damen und Herren, sollten wir den Fragen der Kommunalpolitik einen größeren Stellenwert beimessen, als das in der Vergangenheit der Fall war.

(Beifall)

Wir sollten nicht übersehen, daß die SPD, nachdem sie 1949 in die Opposition verwiesen worden war, ihren langen Marsch zur Macht in Bonn über die Städte und Gemeinden angetreten hat, in dem sie dort Machtpositionen errungen, systematisch ausgebaut und stabilisiert hat und dann über diese Macht in den Städten auch die Macht in Bonn errungen hat.

(Teilweise Beifall)

Meine Damen und Herren, wir sollten auch nicht übersehen, daß die Jungsozialisten nicht von ungefähr den Hauptansatzpunkt ihrer Strategie der Systemüberwindung in den Städten sehen, weil die Probleme dort die Menschen unmittelbar bedrücken und weil man dort mit dieser systemüberwindenden Strategie am ehesten zum Erfolg kommen zu können meint.

Deshalb meine ich, sollten wir aufhören, Kommunalwahlen als nur drittklassige Wahlen anzusehen und die jeweiligen örtlichen Parteiliederungen ihrem eigenen Schicksal zu überlassen.

(Teilweise Beifall)

Wir müssen begreifen, daß auch bei den Wahlen in den Städten über das künftige Schicksal der Union nicht nur regional, sondern auch insgesamt entschieden wird. Ich möchte den neuen Bundesvorstand bitten, in diesem Sinne ein Schwergewicht seiner Arbeit gerade auf diese Fragen zu legen. Vielen Dank!

(Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Graf von Waldburg-Zeil.

Graf von Waldburg-Zeil, Württemberg-Hohenzollern: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mit großer Genugtuung den Rechenschaftsberichten entnommen, daß die eigentliche Quelle der Union die Besinnung auf eine Politik aus christlicher Verantwortung ist. Des Pudels Kern ist doch eigentlich, daß sich unsere Programmatik auf eine Kultur bezieht, die älter ist als Karl Marx. Und deshalb ist diese Programmatik auch modern. Ich glaube, wir sollten vermeiden, Reformpolitik nur in Randgebieten zu betreiben. Wir sollten in ein zentrales Problem mit hineingehen, und das sind Ehe, Familie und Elternschaft. Freiheit und Verantwortlichkeit gehören hier in hohem Maße zusammen. Wenn wir das heutige Klima in bezug auf Ehe und Familie betrachten, möchte man fast meinen, daß es nur noch darum geht, wie wir nun ein lästiges Leben loswerden sollen. Aber, meine Damen und Herren, es gibt doch schließlich noch Eltern, die

dieses Leben als allerhöchstes Gut empfinden und die nichts anderes wollen als ihren Kindern die beste Ausbildung und Bildung mitzugeben. Hier sollte die Union zentral einsteigen!

(Beifall)

Ich freue mich deshalb ganz besonders darüber, daß diesmal mehrere Frauen kandidieren, und ich freue mich auch darüber, daß ein profilierter Kulturpolitiker zur Debatte steht.

(Erneuter Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Ich erteile jetzt Dr. Alfred Dregger das Wort.

Dr. Alfred Dregger, Hessen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte etwas zur programmatischen Erneuerung unserer Partei und zu unserer Rolle als Opposition in diesem Lande sagen. Zunächst zur programmatischen Erneuerung vier Bemerkungen.

Erstens: Diese Erneuerung kann nicht gefördert werden durch Ermahnungen allgemeiner Art. Dramatische Aufforderungen, den Anschluß an die Weltpolitik zu finden, den wir angeblich verloren haben, schaden sogar, weil sie dem Gegner Munition liefern und die eigene Partei verunsichern.

(Beifall)

Wir brauchen keine Ermahnungen, sondern konstruktive Beiträge.

Zweitens: Die programmatische Erneuerung kann sich nicht an Gruppeninteressen orientieren, weder an Funktionärsinteressen noch an Unternehmerinteressen. In einer Volkspartei kann sie sich nur an Wertmaßstäben orientieren. Diese Wertmaßstäbe, die auf politisch-moralischen Wertentscheidungen und auf Sachgesetzmäßigkeiten beruhen, gilt es herauszuarbeiten, ehe wir Einzelentscheidungen treffen. Dazu muß sich diese Partei der Theoriediskussion öffnen.

Die hessische CDU hat auf ihrem Kongreß in Rüsselsheim einen Anfang gemacht. Dort kam es zu einer Begegnung zwischen Wissenschaft und Politik und zu einer von Tagesfragen losgelösten Diskussion, die wir jetzt fortsetzen werden draußen im Land, auch in politischen Clubs, die wir für die Theoriediskussion draußen gründen werden.

Dritte Bemerkung: In einer Volkspartei kann es keine extremen Lösungen geben. Wer diese Partei zu einer Linkspartei machen will, verkennt ihren Auftrag und ihre Wählerstruktur.

(Vereinzelter Beifall)

Ebensowenig kann diese Partei zu einer Rechtspartei werden

(demonstrativer Beifall)

etwa in dem Sinne, daß sie ihre europäische Bindung oder ihren sozialen Auftrag vergißt. Im Gegenteil: Der soziale Auftrag ist nicht den Sozialisten, er ist uns gestellt.

Soziale Politik und sozialistische Politik, meine Freunde, sind nicht identisch, sondern stehen im Widerspruch zueinander.

(Beifall)

Denn sozialistische Politik dient dem Kollektiv und seinen Funktionären, soziale Politik dient dem einzelnen Menschen. Deshalb wollen wir soziale und keine sozialistische Politik.

(Beifall)

Ich glaube, wenn man die beiden Vermögensbildungskonzepte der CDU und der SPD miteinander vergleicht — das der SPD mit ihrem zentralen Fonds für die Funktionäre —, der weiß, wovon ich spreche.

Eine vierte Bemerkung zur Programmdiskussion: Unsere Gegner folgen einem Linkstrend, und auch wohlmeinende Freunde raten uns, dem Zeitgeist zu folgen, der angeblich nach links geht. Meine Freunde, wir können ihnen trotzdem nicht folgen. Wir können die SPD nicht links überholen. Links von dieser SPD steht nicht einmal mehr die DKP, die schon von Teilen der SPD eingeholt worden ist. Links von der SPD steht nur noch die Wand. Was wollen wir da?

(Beifall)

Brandt und Wehner reden zwar von der neuen Mitte. Aber was wissen denn schon Brandt und Wehner von der Mitte? Mit der haben sie doch nie etwas zu tun gehabt.

(Beifall)

Im übrigen: Die Gezeiten ändern sich auch in der Politik. Der Gezeitenwandel hat schon begonnen. Sogar unter den jungen Schülern gibt es

viele, die die linke Manipulation ihrer linken Lehrer leid sind und Widerstand leisten wollen.

(Beifall)

Diesen Gezeitenwandel müssen wir erspüren und fördern. Die hessische CDU macht das. Wir organisieren im Kampf um das Bildungswesen den Widerstand der Eltern und der Schüler, wir gründen Schülerunionen, wir veröffentlichen Dokumentationen, die andere nachdrucken und chic auf diese Weise zu Bestsellern werden. „Marx statt Rechtschreibung“ die eine und „Sozialismus im hessischen Schulwesen“ die andere. Fürchten wir uns also nicht, sondern entwickeln wir Konzepte auf der Basis unserer eigenen Wertmaßstäbe und nicht der mobilen Koordinatensysteme der Herren Brandt und Wehner, denen wir nicht folgen können.

(Vereinzelter Beifall)

Meine Freunde, wir haben uns aber nicht nur mit uns selbst zu beschäftigen, sondern wir müssen auch den Gegner ins Auge fassen. Ich meine, es sind vor allem drei Vorgänge, die uns beschäftigen müssen. Erstens: Herr Breschnew empfängt die Führer der verbotenen KPD und ihrer Ersatzorganisation, der DKP, und das nicht etwa in Moskau, sondern hier in Bonn als offizieller Staatsgast des Bundeskanzlers. Wir müssen die Frage an Herrn Brandt richten: Warum, Herr Bundeskanzler, lassen Sie das zu? Sie wissen doch, daß beide vom Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts betroffen sind. Wollen Sie diese Parteien außen- wie innenpolitisch trotzdem legitimieren?

Zweitens: Herr Wehner fährt heimlich zu einem alten Bekannten nach Ost-Berlin, zum SED-Chef Honecker. Meine Freunde, das geschieht ohne vorherige Unterrichtung der deutschen Öffentlichkeit. Wir haben jetzt nicht nur Regierungskontakte zur DDR, sondern auch Parteikontakte zur SED. Frage an Herrn Wehner: Was bezwecken Sie damit? Die Gründe, die Sie bisher genannt haben, sind nicht plausibel. Ist das der Anfang einer Volksfrontkoalition zwischen SPD und SED über die Zonengrenze hinweg? Bitte antworten Sie!

(Beifall)

Drittens: Während sich Herr Wehner mit Herrn Honecker in Ost-Berlin trifft, bemüht sein Intimus, der Fraktionsgeschäftsführer der SPD, Herr Wienand, mehrfach die deutsche Öffentlichkeit.

(Hört! Hört!)

Meine Damen und Herren, der Verdacht, daß dieser Herr Wienand den Verräter Steiner nicht nur mit Worten, sondern auch mit Geld kaufen wollte, verstärkt sich. Frage an Herrn Wehner: Warum stellen Sie sich so undifferenziert vor einen Mann, der in dieser Angelegenheit mehrfach der Lüge vor der deutschen Öffentlichkeit überführt worden ist? Warum, Herr Wehner?

(Beifall)

Können Sie Herrn Wienand etwa nicht fallenlassen? Wußten Sie von seinen Aktionen?

Meine Damen und Herren, Brandt und Wehner sind nicht zimperlich, wenn es um die Macht geht. Wir erinnern uns noch der Aussage des Bundeskanzlers: Wenn er parlamentarisch scheitere, dann werde er die Betriebe mobilisieren und dann werde geholt. Wer so spricht, ist kein Heiliger, der muß sich solche Fragen stellen lassen, wie ich sie hier gestellt habe.

(Beifall)

Vergleichen wir doch einmal den Skandal in Bonn mit dem Skandal in Washington. Der Skandal hier in Bonn ist weit schlimmer. Erstens. In Washington geht es um unfaire Wahlkampfpraktiken zweier amerikanischer Parteien. In Bonn geht es um die Korruption einer parlamentarischen Entscheidung.

Zweitens. In Bonn ist an diesem Vorgang eine auswärtige Macht beteiligt, die diese deutsche Demokratie zerstören will. In Washington gibt es nichts Vergleichbares.

Drittens. In Bonn wurden eine auswärtige Macht und eine politische Partei in gleicher Richtung tätig. Ich behaupte nicht: in Kooperation miteinander; dafür gibt es keine Beweise. Aber, meine Damen und Herren, die Tatsache allein, daß beide in der gleichen Richtung tätig wurden, zeigt, in welcher innerdeutschen Situation wir heute leben.

Nur eines haben diese beiden Vorgänge gemeinsam, nämlich: In Washington war die Partei des Präsidenten beteiligt, in Bonn die Partei des Bundeskanzlers.

Meine Freunde, wie sollen wir reagieren? Skandale gibt es überall. Die Frage ist nur, wie ein System mit solchen Skandalen fertig wird. In totalitären Systemen geschieht das heimlich, in freien Ländern offen und öffentlich. In totalitären Systemen bleiben Mißtrauen und Resignation zurück, in freien werden Eiterbeulen lokalisiert und ausgebrannt. In totalitären Systemen werden die obersten Repräsentanten ver-

schont, sie stehen über dem Gesetz, in freien Ländern müssen sich alle, auch die obersten Repräsentanten, der Kontrolle stellen. In diesem Bonner Skandal wird sich zeigen, was die deutsche Demokratie wert ist.

Meine Damen und Herren, noch eines muß gesagt werden. Politisch relevant ist nicht die Figur des Verräters Steiner — solche Verräter hat es in allen Parteien und in allen Institutionen immer gegeben und wird es auch in Zukunft geben —, politisch relevant ist auch nicht der SED-Agent Laube — solche Agenten hat es immer gegeben und wird es immer geben —, politisch relevant ist allein die Frage, wer von den deutschen Politikern der Bundesrepublik den Verräter Steiner zur Korruption des deutschen Parlaments mißbraucht hat.

(Beifall)

Hier darf nichts unter den Teppich gekehrt werden. Die ganze Nation muß Zeuge sein, wie dieser Eiterherd ausgebrannt wird. Deshalb schlage ich vor, daß dieser Untersuchungsausschuß des Parlaments unter permanenter Beteiligung des Fernsehens tagt.

(Beifall)

Es sind durchaus Zeiten dafür verfügbar zu machen, etwa zwischen 10 Uhr und 12.30 Uhr und 14 Uhr und 16.30 Uhr, in denen der Ausschuß tagen kann, damit jeder Bürger in diesem Lande sieht, daß die deutsche Demokratie so etwas nicht hinnimmt, sondern ausmerzt.

(Beifall)

Ich kann mir vorstellen, daß dieser Vorschlag von Dregger — ohnehin ein „schlimmer Mann“ — keine allgemeine Sympathie auslöst, insbesondere nicht bei unseren politischen Gegnern.

Wer von uns offen spricht und seine demokratische Pflicht erfüllt, indem er den Gegner angreift, wird diffamiert, und diese Diffamierung — ich darf das einmal sagen, weil es nicht nur mich trifft, sondern mehrere in dieser Partei — ist auch in der eigenen Partei nicht immer ohne Wirkung. Viele in der CDU wissen nicht, mit welchen Gegnern wir es eigentlich zu tun haben. Deshalb ist es auch so leicht, Feindbilder von außen in diese Partei hineinzutragen und zu potenzieren.

(Beifall)

Zwei Beispiele:

Nannens Bilderblatt — um eine treffendere Bezeichnung zu vermeiden — hat vor kurzem berichtet, dieser Dregger habe die Freunde von

den Sozialausschüssen als „Herz-Jesu-Marxisten“ verspottet. Wer mich kennt oder wer in meine Versammlungen kommt, der weiß, daß das ausgeschlossen ist. Auf meine verschiedenen Proteste hin wurde mir dann zugesagt, mein Leserbrief werde veröffentlicht, aber erst nach diesem Parteitag. Das ist sicher reiner Zufall!

Ein zweites Beispiel: In einer Kölner Zeitung wurde berichtet, Dregger habe den Besuch von Breschnew als Zumutung bezeichnet. Warum, nämlich weil er die DKP-Führer empfängt, wurde nicht mitgeteilt. Warum wurde das bloß verschwiegen? Wahrscheinlich aus Platzmangel!

Meine Freunde, wenn wir dem begegnen wollen, dann müssen wir mehr miteinander sprechen, dann dürfen wir uns nicht in unseren Vereinigungen und in unseren Landesverbänden isolieren, um dort unsere Ressentiments zu pflegen; dann müssen wir miteinander reden.

(Beifall)

Ich meine, wir alle sollten denen den Rücken stärken, die bereit sind, sich zu schlagen, die Speere auf sich zu ziehen und den Rammstoß zu führen, wenn es notwendig ist, und wir sollten ihnen nicht in den Rücken fallen.

(Beifall)

Das bringt keine gute Presse. Es gibt Leute, die profilieren sich gegen die eigene Partei. Das bringt eine bessere Presse, aber das bringt nicht den Sieg für die CDU.

(Lebhafter Beifall)

Ein Letztes, meine Freunde. Diese Zeit steckt nicht nur voller Risiken, sondern auch voller Chancen. Es hat noch nie eine Regierung gegeben, die so schlecht war wie diese und die so viele Blößen geboten hat wie diese.

(Beifall)

Was macht sie eigentlich gut? Nur eines: sie macht eine vorzügliche Öffentlichkeitsarbeit, was wir bisher nicht verstanden haben. Es ist doch auch nicht wahr, daß der Zeitgeist unvermeidbar gegen uns stünde. Der Zeitgeist wird gemacht. Machen wir ihn doch! Was wollen denn die Menschen? In Freiheit leben, frei von Not und frei von Furcht, in Würde und Selbstachtung, in der Solidarität freier Menschen, im Frieden. Das ist doch unsere Vision und nicht die Vision der Sozialisten und der Kollektivistinnen! Machen wir diese Vision sichtbar! Dann

werden wir die Mehrheit gewinnen und dann werden wir die Freiheit retten, für dieses Volk und für jeden seiner Bürger.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Nach den Worten von Herrn Dr. Dregger erteile ich das Wort Herrn von Weizsäcker.

Richard von Weizsäcker (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur eine kleine Bemerkung am Rande machen, am Übergang von der Diskussion der Berichte zu dem eigentlichen Hauptanlaß unseres heutigen Zusammenseins, den Wahlen.

Ich bedanke mich bei einigen der Vorredner dafür, daß sie zum Thema der Grundsätze und ihrer programmatischen Behandlung in der CDU Worte gefunden haben, die ich inhaltlich voll teile. Der Parteitag und seine Delegierten werden in diesem Zusammenhang vor deutlichen Herausforderungen stehen. Sie werden klare Entscheidungen zu treffen haben. Dafür ist der Ort aber nicht hier in Bonn, sondern im Herbst in Hamburg. Ich hoffe, daß wir die Kraft und den Willen zur Erneuerung haben, um uns dieser Herausforderung zu stellen, — aber nicht heute, sondern in Hamburg.

Die Union ist mit festen Grundsätzen ins Leben getreten. Sie hat mit diesen festen Grundsätzen einen großen Erfolg errungen. Aber die Bedingungen, unter denen wir leben, ändern sich laufend, und wir brauchen den Willen und die Kraft, diese veränderten Lebensbedingungen auf der Basis fester Grundsätze stets von neuem zu gestalten. Erneuerung nicht als Selbstwert, nicht Erneuerung um ihrer selbst willen, sondern Erneuerung als der Ausdruck der politischen Kraft der Partei, die ihre Grundsätze nicht nur selbstverständlich am Anfang gehabt hat, sondern sie sich immer neu in ihr Bewußtsein ruft, damit sie den Herausforderungen der Zeit Rechnung tragen, damit sie die veränderten Lebensbedingungen gestalten kann!

Weil ich mich selber gerade dieser Aufgabe im Rahmen der Grundsatzkommission besonders widmen will, weil ich daneben als stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion mit Arbeit für die Zukunft der Union mehr als versorgt bin und weil ich mich dieser Aufgabe mit allen meinen Kräften widmen will, deshalb bitte ich von meiner Benennung zur Kandidatur für das Präsidium unserer Partei als stellvertretenden Vorsitzenden abzusehen. Ich verspreche Ihnen, daß ich Ihnen in Hamburg, wenn es um die sachlichen Fragen und Ent-

scheidungen zum Grundsatzprogramm gehen wird, in jeder Weise zur Last fallen werde, bis wir einen gemeinsamen Weg und eine Entscheidung dafür gefunden haben werden.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn von Weizsäcker. — Es spricht jetzt Frau von Enckevoort, Rheinland-Pfalz, und danach Herr Stricker, Westfalen-Lippe.

Freya von Enckevoort: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur wenige Bemerkungen machen.

Ich halte es für wichtig festzustellen, daß die Demokratie eine der Formen ist, für die die CDU mit Leidenschaft eintritt. Das ist eine platte Behauptung. Wenn wir aber gleichzeitig davon ausgehen — und das ist zwingend —, daß die Mehrheit unserer Mitbürger die jeweils beste politische Alternative vertritt, dann sind wohl Vokabeln, wie wir sie hier heute mehrfach gehört haben — Zeitgeist, Anpassung usw. —, völlig fehl am Platze.

Wir müssen meines Erachtens davon ausgehen, daß an die CDU, die nicht nur die besseren, sondern auch die anspruchsvolleren Programme hat, schärfere Maßstäbe als an unsere politischen Konkurrenten angelegt werden. Dies, so glaube ich, verkennen wir, wenn wir mit einem leichten Beleidigtsein feststellen, daß die Mehrheit unserer Mitbürger uns nicht gewählt hat. Vokabeln wie „Zeitgeist“, „Anpassung“ und Schlagworte wie „hinaus ins Volk“, „der kleine Mann auf der Straße“ sind, glaube ich, verräterisch, denn wenn wir das bessere Programm und die besseren Aussagen, aber auch die besseren Repräsentanten haben, müssen wir es eben dulden, daß von uns mehr verlangt wird. Wir müssen also das Gespräch mit dem Mitbürger und nicht die Dienstleistung für den kleinen Mann auf der Straße in den Mittelpunkt unserer Anstrengungen stellen. Ich meine, daß es auch diesem Parteitag gut angestanden hätte, wenn er das Gespräch mit den Delegierten erleichtert hätte, beispielsweise dadurch, daß Saalmikrophone aufgestellt werden, die nicht jene Sperre, die eine Frontalansprache nun einmal bedeutet, für den Delegierten von der Basis aufrichten, sondern spontane Einwürfe erlauben.

(Beifall)

Ich meine, daß es von eminenter Wichtigkeit ist, daß wir heute nachmittag bei den Wahlen klarmachen, was wir unter Führung in der Demokratie verstehen, daß wir also solche Kandidaten wählen, die

ganz klar und deutlich zeigen, daß sie Mitbürger im eigentlichen Sinne sind. Wir sollten nicht irgendwelche durch die Mühlen der Partei emporgekommenen Kandidaten — Entschuldigung, das Wort „emporgekommen“ ist schlecht gewählt — wählen, sondern mit unserer Wahl zeigen, daß jeder, dem die CDU eine Führungsrolle zutraut, ein Mitbürger im eigentlichen Sinne ist. Ich halte dies für einen zentralen Punkt. Wie gesagt, die Programme der CDU sind besser als die der politischen Konkurrenten, und auch ihre Repräsentanten sind generell besser als die der politischen Konkurrenten. Es muß also an etwas anderem als den Programmen und Repräsentanten gelegen haben, wenn unsere Mitbürger uns letztes Mal nicht die Mehrheit gegeben haben.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich erteile Herrn Stricker, Westfalen-Lippe, das Wort. Als letzter hat dann Herr Schönbohm das Wort.

Friedrich Stricker: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir haben heute bereits mehrfach den Begriff „soziale Politik“ im Gegensatz zu dem Begriff „sozialistische Politik“ gehört. Ich möchte den Akzent, den unser Bundesvorsitzender Rainer Barzel zu Anfang bereits gesetzt hat, aber noch einmal hervorheben. Wir wollen nicht nur soziale Politik; wir wollen christlich-soziale Politik. Meine Freunde, dazu gehört, daß wir uns erneut zu den Grundsätzen von Personalität, Solidarität und Subsidiarität bekennen, auch wenn wir sie heutzutage kaum mehr selbst interpretieren können. Wir sollten hier aber wieder einmal nachschlagen. Ich glaube, daß es gut ist, sich zu diesen Grundsätzen zu bekennen und nicht um jeden Preis am Herkömmlichen festzuhalten, sondern eine Fortentwicklung in die Zukunft hinein anzustreben, wie es unser Bundesvorsitzender heute hier ausgeführt hat. In diesem Zusammenhang möchte ich mit Nachdruck und mit Stolz darauf hinweisen, daß es die Christlich-Demokratische Union gewesen ist, die ein Montanmitbestimmungsgesetz auf der Basis der Parität durchgesetzt hat, die ein Betriebsverfassungsgesetz und ein Personalvertretungsgesetz sowie die Vermögensbildung verwirklicht hat. Meine Parteifreunde, das sind Dinge, die wir auch nach Hamburg tragen können und wollen. Ich glaube, daß es, wenn hier von Sozialpolitik die Rede ist, gut ist, hier auch einmal an das Wort „christlich“ zu erinnern.

„Christlich-sozial“ hebt sich aber auch von „liberal“ ab. Ich habe heute in einigen Diskussionsbeiträgen eine Abgrenzung gegenüber

den Liberalen vermißt. Herr Mischnick war auch in Ost-Berlin. Ich glaube, daraus sollten wir hier auch keinen Hehl machen.

(Beifall)

„Christlich-sozial“ heißt aber auch, daß wir hier an dieser Stelle zum Problem des § 218 nicht schweigen dürfen. Ich stehe voll zu dem Minderheitsvotum unserer Fraktion im Bundestag. Ich habe volle Sympathie dafür. Das möchte ich hier zum Ausdruck bringen. Das Mehrheitsvotum kann für mich allenfalls als Kompromißvorschlag Bedeutung haben. Ich stehe aber nicht hinter dieser Gesetzesvorlage. Meine Freunde, ich spreche diese Frage hier deshalb an, weil es bisher keiner getan hat. Ich meine, daß es der Christlich-Demokratischen Union schlecht anstünde, in einer Zeit, in der diese Frage zur Diskussion steht, einen Parteitag durchzuführen, ohne auch zu dieser Frage etwas zu sagen.

(Beifall)

Meine Parteifreunde, selbstverständlich gestalten wir den Zeitgeist mit. Wir wollen ihn mitgestalten, aber bitte nicht als Individualisten, sondern als Christen.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Schönbohm, Rheinland. Als letzte Wortmeldung ist noch die von Herrn Pürsten, Westfalen-Lippe, hinzugekommen.

Wulf Schönbohm: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich habe mich auf Grund des Diskussionsbeitrages unseres Parteifreundes Dr. Dregger gemeldet. Ich glaube nicht, daß dieser Diskussionsbeitrag ohne weiteres so im Raum stehenbleiben kann,

(lebhafter Beifall)

und zwar deswegen nicht, weil ich den Eindruck habe, daß wir dann, wenn wir diesen Oppositionsstil weiter betreiben, aus dem Wahlergebnis vom 19. November 1972 nicht die richtigen Konsequenzen gezogen haben.

(Beifall)

90 % der Rede von Herrn Dr. Dregger beinhalteten ausdrücklich die Auseinandersetzung mit dem Gegner, ohne daß jedoch an einem Punkt klar gesagt wurde, welches unsere Alternativen sind. Daß diese Regierung schlecht ist, daß von ihr viel Mist gemacht wird, wird der Bevölkerung zunehmend klar. Welches unsere Alternativen sind, was wir

besser machen wollen, welches unsere Grundsätze sind, weiß die Bevölkerung aber zu wenig. Wir sollten uns darauf konzentrieren, dies zu verdeutlichen.

(Beifall)

Herr Dregger hat hier an Herrn Wehner und alle möglichen anderen Leute Fragen gestellt. Dazu kann ich nur sagen: Diese Fragen sollte er im Bundestag stellen. Hier auf dem Parteitag der Christlich-Demokratischen Union beschäftigen wir uns mit unseren eigenen Fragen und nicht ausschließlich mit dem politischen Gegner.

(Beifall und Buh-Rufe)

— Meine Freunde, vorhin hat Herr Dr. Dregger gesagt, wir wollten miteinander diskutieren. Genau das tue ich, und das muß ich als Delegierter auf einem Parteitag ja wohl auch tun dürfen.

(Beifall)

Ein Zweites: Führen wir uns einmal das Vokabular von Herrn Dr. Dregger vor Augen. Es war von Rammstoß, dem alten bekannten Honecker und von Volksfront die Rede. Ich glaube, daß dies ein Vokabular ist, das die Union auf Dauer nicht repräsentieren sollte.

(Beifall und Buh-Rufe)

Ein Weiteres: Herr Dr. Dregger hat gesagt, es gebe Parteifreunde, die sich auf Kosten der Partei profilieren wollten. Ich meine, Herr Dr. Dregger sollte hier klar und deutlich sagen — das halte ich für wichtig —, wen er damit gemeint hat, und er sollte sich selber fragen, ob er manchmal nicht auch zu diesen Parteifreunden gehört, die sich auf Kosten der Partei profilieren.

(Beifall und Widerspruch)

Wenn hier solche Behauptungen aufgestellt werden, sollten auch Roß und Reiter genannt werden. Ich bin jedenfalls sehr froh, daß es im Präsidium und im Bundesvorstand der CDU einige Leute gibt, die auch einmal Meinungen — mögen sie nun die Ostpolitik oder die Gesellschaftspolitik betreffen — vertreten, die etwas außerhalb des üblichen Rahmens und Schemas dieser Partei liegen. So etwas braucht die Partei, wenn sie wieder Glaubwürdigkeit gewinnen will.

(Beifall)

Ein Letztes: Herr Dr. Dregger hat gesagt, wir stünden in der Gefahr, dem Zeitgeist nachzulaufen; links von der SPD hätten wir keine

Chance. Wer will denn dem Zeitgeist nachlaufen, und wer will links von der SPD Politik machen? Es gibt doch niemanden in der Christlich-Demokratischen Union, der das tun will. Was sollen also solche allgemeinen Appelle?

(Beifall)

Wenn wir schon von „dem Zeitgeist nicht nachlaufen“ sprechen, über eines müssen wir uns doch im klaren sein: Wo an den Hochschulen, in den Schulen, bei den Intellektuellen und im Bereich der Massenmedien werden denn die grundsätzlichen politischen Vorstellungen der Union ernsthaft diskutiert? Ich empfehle, diese Diskussion wirklich einmal zu führen. Zu einer solchen kritischen Analyse gehört nämlich auch die Feststellung, daß wir mit unseren Vorstellungen große Schwierigkeiten haben. Es reicht nicht, auf dem Gegner herumzuklopfen. Wir müssen unsere eigenen Alternativen viel besser herausarbeiten.

Ich meine, meine Freunde, das müßte hier doch einmal gesagt werden, weil ich glaube, daß ein Parteitag, vor allen Dingen einer, der kurz vor Wahlen stattfindet, sich das in diesen Fragen nicht so einfach machen sollte.

(Zurufe)

Ich möchte eine letzte Bemerkung machen: Es ist hier von Volkspartei gesprochen worden, und ich bin durchaus der Auffassung, daß alle politischen Meinungen dieser Volkspartei vertreten und diskutiert werden sollten, ohne daß man den politisch Andersdenkenden deswegen diffamiert. Ich meine aber, zur Volkspartei gehört auch, daß ihre wichtigsten Schichten im Bundesvorstand repräsentiert sind. Herr Köppler, ich bin deswegen der Auffassung: Zu den Konsequenzen aus der Wahl vom 19. November gehört auch die Frage, wie sich dieser Bundesvorstand zusammensetzen wird. Wir können nicht dauernd sagen, die junge Generation muß besser vertreten werden, die junge Generation muß besser präsent sein, ihre Meinungen müssen besser diskutiert werden, und dann bei den Wahlen die JU-Vertreter, die in diesem Bereich erfolgreiche Arbeit leisten, immer abservieren und sie nicht wählen. Ich plädiere deswegen noch einmal dafür, daß Sie die beiden Vertreter der Jungen Union in den Parteivorstand wählen, weil das auch zu unserer Glaubwürdigkeit als Volkspartei gehört.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, zu den Wahlen kommen wir noch. Noch sprechen wir zu den Berichten der Tagesordnungspunkte 7 und 8.

Ich erteile das Wort Herrn Pürsten und danach Herrn Landowsky. Ich gehe davon aus, daß das die letzte Wortmeldung ist.

Ich darf noch darauf aufmerksam machen, daß Vorschläge für die Wahl in das Präsidium nicht mehr gemacht werden können. Nach unserer verabschiedeten Ordnung für heute ist der Termin verstrichen. Nennungen für die Wahl zum Vorstand können wir noch bis 14 Uhr entgegennehmen.

Albert Pürsten, Westfalen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es muß in der CDU auch noch möglich sein, sich mit dem politischen Gegner auseinanderzusetzen.

(Lebhafter Beifall)

Ich glaube, daß wir bei der inneren Auseinandersetzung auch mit persönlichen Angriffen in den letzten Monaten unser Soll eigentlich erfüllt haben.

(Lebhafter Beifall)

Gerade zu einer Zeit, in der diese Regierung in allen Fugen krachte, waren wir leider wieder einmal zu sehr mit uns selbst beschäftigt, und das hat niemand mehr bedauert als unser Parteifreund.

Karl Arnold hat einmal gesagt, die CDU ist nicht zu bezwingen, außer durch sich selbst. Meine Damen und Herren, ich glaube, man kann nicht bestreiten, daß wir von Zeit zu Zeit masochistische Züge an uns haben, die wir auch noch genießen. Ich frage mich, wie wollen wir die Macht in diesem Lande wiedergewinnen, wenn wir nicht ein Mindestmaß an Solidarität und an Loyalität in unserer eigenen Partei haben.

(Beifall)

Die Entscheidungen, die heute fallen — personell — und die in Hamburg fallen — in der Sache —, sollten uns wenigstens einmal zwei Jahre, nur zwei Jahre, meine Damen und Herren, gegenseitig verpflichten, auch ein gewisses Maß an innerer Disziplin zu leisten. Man kann doch von einem Volk kein Vertrauen erwarten, wenn man selbst an denen zweifelt, die man gewählt hat, und wenn man Sachentscheidungen am Tage ihrer Entscheidung bereits in der Öffentlichkeit wieder in Frage stellt.

(Lebhafter Beifall)

Das bedeutet nicht, daß man zwei Jahre später wieder revidieren und innerparteilich alles darauf anlegen kann, diese Entscheidungen zu

revidieren. Ich sage Ihnen aber ganz offen, unser Parteivolk sieht sich das nicht mehr lange an, daß wir jemanden wählen und dann auch in Führungskreisen anfangen, ihn gleich wieder in Frage zu stellen, daß wir Sachentscheidungen fällen, zu denen wir nicht einmal zwei Jahre stehen. Meine Damen und Herren, wenn die Entscheidungen gefallen sind, muß bis 1975 „top“ gehalten werden, denn wer selbst an sich und seiner Sache zweifelt, wird auch das Vertrauen der Wähler nicht gewinnen!

(Lebhafter Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Landowsky, Berlin, JU.

Klaus Landowsky, Berlin: Liebe Parteifreunde, selbstverständlich kann ich nicht auf den großen Erfahrungsschatz meines Vorredners zurückblicken. Ich bin ein relativ junges Mitglied in der Partei, allerdings kann ich nicht verstehen, daß einige, ich möchte beinahe sagen, recht zahlreiche Delegierte meinen Vorredner Wulf Schönbohm mit Pfiffen und Buh-Rufen bedacht haben. Ich habe immer das Gefühl, daß die innerparteiliche Diskussion in den Gehirnen unserer Delegierten noch nicht so verankert ist, daß man das als eine völlig normale, selbstverständliche Sache empfindet, daß hier kontrovers in der Sache und auch in der Person diskutiert wird. Zu einem Abbau der Strukturen, wie vorhin gesagt wurde, gehört auch das neuere Verständnis, daß man eben sagt: Wir sagen nicht, daß Jugend ein Qualitätsmerkmal ist, wir sagen aber, daß Alter kein Verdienst ist. Deswegen muß man unvoreingenommen an die Sachdiskussion gehen, und daran muß man auch den Freund Dregger messen. Keiner will hier mit Dolchstoßlegenden operieren, wie Freund Dregger das hat durchklingen lassen. Es war rhetorisch sehr geschickt, den Schluß seiner Rede dadurch aufzufangen, daß die Dinge, die am Anfang zu kritisieren gewesen wären, zum Schluß in der allgemeinen Bekundung, mit der wir alle einverstanden waren, untergegangen sind.

Zusätzlich zu dem, was Wulf Schönbohm schon gesagt hat, hat mir noch etwas nicht gefallen, Freund Dregger, das ist der Begriff „Widerstand“. Das hat für mich eine nicht meßbare politische Größe. Wenn Sie solche Begriffe verwenden, müssen Sie sie entweder genau definieren oder aber sich gefallenlassen, daß man Assoziationen bringt, die diesen Begriff in einen Zusammenhang stellen, von dem Sie sich vorher selbst abgegrenzt haben.

(Vereinzelter Beifall)

Ich will Ihnen ganz deutlich sagen, wir unterstützen als Jüngere Sie

genauso wie Norbert Blüm. Das ist eben die Bandbreite dieser Partei, und Gott gebe es, daß diese Bandbreite der Partei erhalten bleibt.

(Beifall)

Auch wenn wir einmal — in Hamburg werden wir uns dazu sicher wieder sprechen — eine in der Sache kontroverse Diskussion führen, so vergegenwärtigen Sie sich bitte eines, die Junge Union Deutschlands hat bewußt als einziger politischer Jugendverband auf die Strategie von Jungsozialisten und Jungdemokraten verzichtet. Wir wollen solidarisch mit dieser Partei und mit ihren gewählten Vertretern zusammenarbeiten. Wir haben kein gebrochenes Verhältnis zur Solidarität, wir erwarten aber von den Älteren oder von denen, die zu uns kontrovers sind, daß sie ebenfalls kein gebrochenes Verhältnis zur Demokratie und zu den verschiedenen Meinungen in der Partei haben.

Noch ein Punkt, den ich nur noch ganz kurz anreißen werde. Auch der Freund Dregger ist darauf eingegangen. Es geht um die Reform in der Partei. Freund Dregger hat vier Punkte aufgezählt. Ich habe versucht aufzupassen, aber anschließend war mir nicht mehr klar, welche vier Punkte er meinte, was für ihn eine fortschrittliche und reformfreundige Politik ist. Nur eines: Jeder Politiker muß sich an seiner eigenen Verhaltensweise messen lassen, auch an seinem Votum in der Mitbestimmungsfrage. Wir werden auch in Hamburg wieder mit dem Freund Dregger darüber diskutieren. Er war es aber letztlich, der in Düsseldorf dem Parteitag ein ganz knappes Votum abgenötigt hat und den Bundesvorstand zu seiner unglückseligen Enthaltung veranlaßt hat. Wir werden darüber noch einmal diskutieren, und wir wollen hoffen, daß wir dann einen anderen sachlichen Konsens bekommen, der wirklich davon ausgeht, daß die Interessen der arbeitenden Bevölkerung innerhalb unserer Betriebe, innerhalb unserer Gesellschaft vertreten werden können.

Nehmen Sie mir bitte zum Schluß noch eines ab: Wenn die Junge Union Ihnen heute einige Kandidaten für den Bundesvorstand vorgeschlagen hat, sei es den Freund Echternach oder sei es den Freund Schmöle, so mögen Sie daran erkennen, daß es sich hier nicht um Linke oder Rechte handelt. Wir wollen Ihnen sagen, wenn die führenden Parteivertreter, ob das der Freund Barzel ist oder der Freund Kohl oder der Freund Köppler, zu den Sozialausschüssen kommen oder zur Jungen Union und bei uns für Verständnis werben und um gemeinsam mit der Jugend zu arbeiten, dann ist es doch unser verdammtes Recht, ja, sogar unsere Pflicht, Ihnen zu sagen, hier haben wir zwei von 30 Leuten, die wir in diesem Bundesvorstand verankert

wissen wollen. Bitte, überlegen Sie sich die Entscheidung, die Sie nachher mit dem Stimmzettel fällen sollen. — Recht schönen Dank!

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, ich schließe die Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 7 und 8.

Ich rufe Punkt 9 unserer Tagesordnung auf. Für die Mandatsprüfungskommission erstattet jetzt Herr Haaßengier Bericht.

Dieter Haaßengier, Mandatsprüfungskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstatten. Nach dem Statut können die Landesverbände insgesamt 619 voll stimmberechtigte Delegierte entsenden. Hinzu kommen die beiden voll stimmberechtigten Ehrevorsitzenden, so daß insgesamt 621 voll wahlstimmberechtigte Delegierte Mitglieder dieses Parteitagess sein können.

Die Exil-CDU kann 50 Delegierte mit eingeschränktem Stimmrecht entsenden. Nach dem Stand 12 Uhr waren 618 stimmberechtigte Delegierte anwesend und im Besitz ihrer Stimmunterlagen. Von den 50 Exil-CDU-Delegierten sind 48 anwesend. Der Parteitag ist damit beschlußfähig.

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Der Parteitag ist also vollzählig. 621 Delegierte sind anwesend. Der Bericht der Mandatsprüfungskommission liegt dem Präsidium auch schriftlich vor.

Ich rufe dann den Tagesordnungspunkt 10 auf: Entlastung des Bundesvorstandes. Zur Erstattung des Berichts der Rechnungsprüfer erteile ich unserem Freund Alfons Horten das Wort.

Alfons Horten: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Zugleich im Namen von Erik Blumenfeld habe ich Ihnen folgendes zu erklären: Der vorgezogene Sonderparteitag, den wir heute hier abhalten, macht es unmöglich, daß der Prüfungsbericht für das Jahr 1972 bereits vorliegt. Die Prüfung hat erst vor kurzem begonnen und wird, wie vorgesehen, in einigen Monaten beendet sein, so daß dann in Hamburg der Bericht vorliegt und darüber Rechnung gelegt werden kann. Wir haben es also heute nur mit dem Prüfungsbericht für das Jahr 1971 zu tun.

Ich möchte dazu zunächst feststellen, daß der Prüfungsvermerk so-

wie die vom Gesetz vorgeschriebenen Unbedenklichkeitserklärungen durch einen vereidigten Wirtschaftsprüfer für das Rechnungsjahr 1971 einschließlich der vom Bundesschatzmeister unmittelbar verwalteten Konten erteilt worden sind und damit also die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und der Abwicklung der Geschäfte im notwendigen Rahmen und mit der notwendigen Sicherheit festgestellt worden ist.

Der Prüfungsbericht 1971 hat naturgemäß heute nur noch eine sehr geringe Aussagekraft. Der Bundesschatzmeister hat vorhin berichtet, wie schlecht die Ausgangslage im Jahre 1971 gewesen ist, und er konnte stolz darauf hinweisen, daß sich die Dinge in der Zwischenzeit trotz des vorgezogenen Bundestagswahlkampfes wesentlich zum Besseren gewendet haben.

Ich danke zugleich im Namen von Herrn Blumenfeld allen, die in der Bundespartei, in den Landespartei- und vor allem in den Kreisverbänden mit zu diesem Ergebnis beigetragen haben. Ich möchte aber gerade auf Grund meiner mehrjährigen Erfahrung als Schatzmeister eines großen Landesverbandes alle mit großem Ernst und sehr eindringlich auf die Notwendigkeit hinweisen, die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Kreisverbänden, Landesverbänden und Bundespartei gerade auf dem Gebiet der Finanzen noch zu verstärken; denn dies ist die Voraussetzung dafür, daß wir auf diesem Wege erfolgreich voranschreiten.

Nach dieser Feststellung und in der Hoffnung, daß in Hamburg über eine weitere wesentliche Verbesserung der Finanzsituation berichtet werden kann, beantrage ich hiermit die Entlastung des Bundesvorstandes und vor allem des Bundesschatzmeisters.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir danken Herrn Horten und Herrn Blumenfeld für ihre Arbeit und ihren Bericht, der diesmal erfreulicherweise Besseres enthielt als der Bericht, den die Herren zum 19. Bundesparteitag in Saarbrücken zu erstatten hatten.

Es ist von Herrn Horten Entlastung des Bundesvorstands beantragt worden. Die Entlastung hinsichtlich der Finanzen gilt für die Jahre 1971 und 1972. Wünscht dazu jemand das Wort? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich Sie um Hebung der Stimmkarte, wenn Sie für die Entlastung des Bundesvorstandes und des Schatzmeisters stimmen wollen. — Danke sehr! Die Gegenprobe. — Enthält sich jemand der

Stimme? — Der Vorstand enthält sich der Stimme; sonst ist einstimmig Entlastung erteilt.

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das Präsidium möchte Ihnen eine Umstellung der Tagesordnung in diesem Augenblick vorschlagen, weil wir der Meinung sind, das könnte einer zügigeren Erledigung der Tagesordnung dienen. Das heißt, wir könnten jetzt in die Neuwahl des Bundesvorsitzenden eintreten und die Zeit während der Auszählung der Stimmen benutzen, um die erforderlichen, vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Satzungsänderungen zu erörtern und zu verabschieden.

(Beifall)

Das geht deshalb, weil sich die Satzungsänderungen, soweit sie vom Bundesvorstand in der Ihnen vorliegenden Vorlage vorgeschlagen worden sind, nicht auf die Wahl des Bundesvorsitzenden beziehen, sondern allenfalls für die Wahl der Beisitzer, der weiteren Mitglieder des Vorstandes, wichtig sind. Darf ich Sie fragen, ob Sie mit dem Vorschlag der Umstellung der Tagesordnungspunkte 11 und 12 einverstanden sind. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke Ihnen. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Einstimmig so beschlossen.

Dann rufe ich zunächst Punkt 12 der Tagesordnung auf: Neuwahl des Bundesvorstandes. Ich bitte alle Delegierten, die in der Zwischenzeit einmal die Gelegenheit zu einer Erfrischung wahrgenommen haben, sich wieder in den Saal zu begeben.

Meine Damen und Herren, nach § 29 b Abs. 1 unseres Parteistatuts müssen wir die Wahl des Bundesvorstandes in fünf getrennten Wahlgängen vornehmen, und zwar zunächst die Wahl des Parteivorsitzenden, dann die Wahl des Generalsekretärs, dann die Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden, viertens die Wahl des Bundesschatzmeisters und fünftens die Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes. § 43 unseres Statuts — ich weise jetzt schon darauf hin — bestimmt, daß die Wahlen der Mitglieder des Bundesvorstandes geheim durch Stimmzettel erfolgen. Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen zählen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mit, nicht jedoch für die Ermittlung der erforderlichen Mehrheit. Ziffer 9 Abs. 2 unserer heute beschlossenen Verfahrensordnung lautet:

Bei Wahlen zählen Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mit, jedoch nicht für

die Ermittlung der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

Ich darf noch einmal bitten, daß sich diejenigen Delegierten, die noch draußen sind, jetzt wieder in den Saal begeben.

Meine Damen und Herren, ich darf inzwischen noch den Bericht der Mandatsprüfungskommission ergänzen. Die Mandatsprüfungskommission weist in Ergänzung des von Freund Haaßengier erstatteten Berichts darauf hin, daß inzwischen auch die drei im Bericht der Mandatsprüfungskommission erwähnten fehlenden Delegierten erschienen sind und ihre Stimmunterlagen abgeholt haben. Damit sind jetzt alle 621 voll stimmberechtigten Delegierten anwesend.

(Beifall)

Die Landesgeschäftsführer oder ihre Beauftragten werden gebeten, unverzüglich im Tagungsbüro die Stimmzettel für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden abzuholen.

Meine Damen und Herren, bei den letzten Parteitag war es Brauch, daß zumindest die Wahl des Bundesvorsitzenden in Kabinen stattgefunden hat. Eine solche Wahl in Kabinen ist auch hier für diesen 21. Bundesparteitag vorbereitet. Ich möchte aber in Übereinstimmung mit dem Präsidium dem Parteitag die Entscheidung überlassen, ob in Kabinen gewählt werden soll oder nicht. Darf ich fragen, ob der Wunsch geäußert wird, in Kabinen zu wählen? — Ich sehe keinen solchen Wunsch und darf damit feststellen, daß der Parteitag wünscht, die geheime Wahl ohne Inanspruchnahme von Kabinen vorzunehmen.

Nachdem als Vorschlag für das Amt des Bundesvorsitzenden der CDU der Vorschlag Dr. Helmut Kohl vorliegt und weitere Vorschläge nicht eingegangen sind, darf ich Sie bitten, den an Ihre rote Stimmkarte angehefteten weißen Stimmzettel Nr. 1 zur Hand zu nehmen. Ich möchte Ihnen vorschlagen, für die Wahl folgende Modalitäten gelten zu lassen. Wer den vorgeschlagenen Kandidaten wählen will, schreibt entweder den Namen des Kandidaten oder „Ja“ auf den weißen Stimmzettel Nr. 1. Wer den Kandidaten nicht wählen will, möge „Nein“ auf den Stimmzettel schreiben. Wer sich der Stimme enthalten will, sollte den Stimmzettel leer lassen. — Eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung? — Frau Griesinger!

(Zuruf von Annemarie Griesinger)

— Frau Griesinger weist darauf hin, daß noch einmal darum gebeten werden soll, alle Delegierten wieder in den Saal zurückzurufen. Ich gehe davon aus, daß die Verhandlungen in diesem Saal auch in die Restauranträume übertragen werden.

(Widerspruch)

— Dann bitte ich die Delegationsleiter, die Landesgeschäftsführer, noch einmal, sich darum zu bemühen, daß die Delegierten jetzt in den Saal kommen.

Darf ich fragen, ob Sie mit den von mir vorgeschlagenen Modalitäten für die Vornahme der Wahl einverstanden sind? — Ich sehe keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

Ich habe inzwischen auch den Eindruck, daß die stimmberechtigten Delegierten wieder im Saal sind.

(Widerspruch)

— Es erhebt sich Widerspruch. Aber ich glaube, wir können trotzdem mit der Wahl beginnen.

Ich wiederhole noch einmal: Wer den vorgeschlagenen Kandidaten, unseren Freund Dr. Helmut Kohl, wählen will, hat die Möglichkeit, entweder den Namen oder „Ja“ auf den weißen Stimmzettel Nr. 1, angeheftet an die rote Stimmkarte, zu schreiben. Wer ihn nicht wählen will, möge „Nein“ auf den Stimmzettel schreiben. Wer sich der Stimme enthalten möchte, wird gebeten, einen leeren Stimmzettel abzugeben. Die Stimmzettel werden nachher von den Hostessen eingesammelt. Ich bitte die Stimmzählerkommission, sich jetzt schon für die Aufnahme ihrer Arbeit bereit zu halten.

Die Wahlhandlung ist eröffnet. Ich bitte Sie, die Wahl vorzunehmen. Ich bitte die Hostessen, die Stimmen einzusammeln.

Darf ich die Landesgeschäftsführer oder ihre Beauftragten noch einmal bitten, beim Tagungsbüro die Stimmzettel für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden abzuholen.

Ich bitte diejenigen Delegierten, die ihre Stimmzettel für die Wahl des Bundesvorsitzenden noch nicht abgegeben haben, sich bemerkbar zu machen. — Meine Damen und Herren, ich darf fragen, ob jetzt alle Stimmzettel in die Wahlurnen gegeben worden sind. — Nachdem dies nun der Fall ist, schließe ich den Wahlgang und bitte die Stimmzählerkommission mit der Auszählung zu beginnen.

Ich rufe dann Punkt 11 der Tagesordnung auf: Satzungsänderungen.

Ich verweise dazu auf die bei Ihren Tagungsunterlagen befindliche Vorlage des Bundesvorstandes zur Änderung des Statuts der CDU. Der Bundesvorstand beantragt auf Grund der Überlegungen der Organisationskommission drei Satzungsänderungen. Ich darf darauf hinweisen, daß weitergehende Satzungsänderungen, für die die Organisationskommission votiert hat, Gegenstand der Beratungen auf dem Hamburger Parteitag sein sollen.

Der Antrag des Bundesvorstandes zum heutigen 21. Parteitag betrifft die folgenden drei Punkte. Erstens: Die von früheren Parteitagen gewählten Ehrenvorsitzenden der Partei, die nach den Beschlüssen dieser früheren Parteitage auf Lebenszeit Sitz und Stimme in allen Gremien der Bundespartei haben, sollen als solche mit allen ihren Rechten auch im Statut verankert werden.

Zweitens: Nicht nur der Präsident des Deutschen Bundestages, so er der CDU angehört, sondern auch der der CDU angehörende Vizepräsident des Deutschen Bundestages soll nach dem Antrag des Bundesvorstandes kraft Amtes dem Präsidium und dem Bundesvorstand der Partei angehören.

Der dritte Punkt des Ihnen vorliegenden Antrages betrifft die Zahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes, d. h. derjenigen Mitglieder des Bundesvorstandes, die nicht dem Präsidium angehören. Nach dem geltenden Statut ist die Zahl der Mitglieder des Gesamtvorstands — Präsidium plus weitere Mitglieder — auf 30 fixiert. Der Bundesvorstand schlägt Ihnen vor, zur Gewinnung höherer Klarheit die nach dem geltenden Statut flexible Zahl der weiteren Mitglieder eindeutig auf 20 festzulegen. Das bedeutet, daß wir, wenn Sie diese Satzungsänderung annehmen, in Zukunft immer — gleichgültig, welche Mitglieder sonst noch dem Präsidium angehören — 20 weitere Mitglieder des Bundesvorstands zu wählen hätten.

Darf ich fragen, ob zu diesem Antrag des Bundesvorstandes das Wort gewünscht wird? — Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann schließe ich die Aussprache über diesen Antrag, und wir kommen zur Abstimmung. Wird gewünscht, daß wir jede einzelne der drei zu ändernden Satzungsbestimmungen auch einzeln zur Abstimmung stellen, oder kann ich annehmen, daß Sie mit einer Gesamtabstimmung einverstanden sind?

(Zustimmung)

— Ich sehe keinen Widerspruch gegen den zuletzt gemachten Vorschlag. Damit stelle ich den gesamten Antrag des Bundesvorstandes in der Ihnen vorliegenden Fassung zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Bundesvorstandes zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Zeichen mit der roten Stimmkarte. — Ich danke Ihnen. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Ich stelle Annahme dieses Antrages ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen fest. Damit ist Punkt 11 der Tagesordnung erledigt.

Wir befinden uns nun wieder in der Verhandlung des Tagesordnungspunktes 12. Ich unterbreche die Sitzung bis zur Auszählung der Stimmen zur Wahl des Bundesvorsitzenden für aller Voraussicht nach etwa 15 Minuten.

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder.

Bevor ich das Ergebnis der Wahl des Vorsitzenden bekanntgebe, darf ich mir noch einen Hinweis erlauben. Inzwischen haben die Landesgeschäftsführer bzw. ihre Beauftragten die Stimmzettel für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden im Tagungsbüro abgeholt. Ich bitte die Delegierten, die noch keinen solchen Stimmzettel bekommen haben, sich an ihre Landesgeschäftsführer zu wenden.

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der Wahl des Bundesvorsitzenden der CDU bekannt. Insgesamt wurden 601 Stimmen abgegeben. Davon war eine Stimme ungültig. Zahl der gültigen Stimmen: 600. Der Stimme enthalten haben sich 29 Delegierte. Demnach ist die nach unserer Verfahrensordnung erforderliche Mehrheit für die Wahl 286 Stimmen.

Für Herrn Dr. Helmut Kohl wurden 520 Stimmen abgegeben.

(Lebhafter Beifall)

Gegen Herrn Dr. Kohl wurden 51 Stimmen abgegeben. Damit ist Herr Dr. Helmut Kohl zum Bundesvorsitzenden der CDU gewählt. Ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Herr Präsident! Liebe Freunde! Ich nehme diese Wahl an und danke Ihnen für Ihr Vertrauen. Ich möchte auch jenen danken, die aus ihrer Überzeugung heraus mich nicht wählen konnten, weil ich glaube, daß das deutlich macht, daß wir als demokratische Partei auch personelle Entscheidungen vernünftig und fair miteinander austragen.

Ich möchte Sie alle sehr herzlich bitten, bei der Lösung der Aufgaben auf dem Wege, der für diese zwei Jahre vor uns liegt, mitzuhelfen. Es ist für uns in der Konsequenz der Politik der letzten Jahre nicht damit getan, einen neuen Vorsitzenden, einen neuen Generalsekretär, einen neuen Vorstand zu wählen. Diese Partei muß wissen, daß Konsequenzen in vielen Bereichen zu ziehen sind, vor allem auch im Sachbereich.

Meine Damen und Herren, wir sollten diese Konsequenzen ziehen im Geiste selbstverständlicher Kameradschaft. So will ich gerade jetzt und an dieser Stelle meinem Vorgänger im Amt, unserem Freund Rainer Barzel, ein Wort des Dankes sagen.

(Beifall)

Ich will es jetzt kurz machen und bei meiner Schlußerklärung vielleicht etwas deutlicher und präziser. Jeder, der selbst in der Politik steht und der auf dem eigenen Weg Auf und Ab verspürt hat, weiß, daß dies für ihn eine Stunde ist, in der es aus vielen Gründen wichtig ist — und in diesem Sinne richte ich meine Bitte an Sie —, daß auch der, der zurückgetreten ist, von der Gemeinschaft der ganzen Partei mitgetragen wird.

(Beifall)

Wir schulden ihm Dank für zehn Jahre hervorragende Arbeit im Dienste der Union, als Vorsitzender der gemeinsamen Fraktion der CDU/CSU, als Vorsitzender der Partei in den letzten zwei Jahren. Rainer Barzel ist ein Mann, der diesen Weg mit Härte gegen sich selbst und gegen andere und mit Entschlossenheit gegangen ist. Gerade in diesen letzten Tagen, wo wir uns über einen Verrat auch in der eigenen Partei zu unterhalten haben, ist deutlich geworden, daß er einen Anspruch darauf hat, daß wir auch zu diesem zurückliegenden Jahr — auf das er gelegentlich mit Bitterkeit zurückblicken mag — in dieser Partei stehen.

(Beifall)

Ich möchte uns wünschen, daß wir, wie immer der Weg der Union in Zukunft sein wird, dies lernen: daß wir gemeinsam kämpfen, gemeinsam siegen und gemeinsam verlieren, und daß für uns nicht der Satz gilt: der Sieg hat viele Väter, die Niederlage nur einen.

(Beifall)

In diesem Sinne, meine Freunde, danke ich Ihnen noch einmal sehr herzlich für die Bereitschaft, mir diesen Vertrauensvorschuß zu geben.

Ich bitte Sie ebenso herzlich, mir und den Freunden im Präsidium und Vorstand, die Sie gleich wählen werden, bei der Lösung der anstehenden Aufgaben zu helfen.

(Beifall — Dr. Rainer Barzel beglückwünscht Dr. Helmut Kohl — Lebhafter Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Herr Parteivorsitzender, lieber Freund Helmut Kohl! Der Parteitag wünscht Ihnen für Ihre Amtsführung als Bundesvorsitzender der CDU Glück und Erfolg. Ich glaube, daß Ihr Appell an uns alle, Ihnen bei den Aufgaben, die Sie jetzt zu übernehmen haben, zu helfen, auf Bereitschaft und Entschlossenheit stößt.

Wir kommen jetzt zur Wahl des Generalsekretärs. Nach dem Statut obliegt es dem Bundesvorsitzenden, dem Parteitag dafür einen Vorschlag zu unterbreiten. Das Wort hat der Parteivorsitzende.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich schlage für das Amt des Generalsekretärs unseren Freund Kurt Biedenkopf vor.

(Beifall)

Ich will zur Begründung nur wenige Worte sagen:

In dieser konkreten Situation unserer Partei halte ich es für wichtig, einen Mann in dieses Amt zu berufen, der fähig und in der Lage ist, die Veränderungen in Staat und Gesellschaft mit Augenmaß zu sehen und die notwendigen Konsequenzen in unserer Partei in diesem Sinne einzuleiten. Kurt Biedenkopf ist nach seiner Herkunft, seiner Ausbildung, seiner fachlichen und charakterlichen Qualifikation ein Mann, der, wie ich glaube, diesem Amt gewachsen ist. Ich darf Sie alle bitten, ihm Ihr Vertrauen zu geben. Ich darf Sie gleichzeitig bitten, ihm entsprechend seinem Wunsch Gelegenheit zu einer kurzen Vorstellung zu geben.

(Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag des Parteivorsitzenden gehört. Ich erteile Herrn Professor Dr. Kurt Biedenkopf das Wort.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich danke Ihnen, daß Sie mir Gelegenheit geben, mich Ihnen in einigen kurzen Worten vorzustellen und etwas über die Art zu sagen, wie ich meine Aufgabe sehe.

Nach dem Statut unserer Partei unterstützt der Generalsekretär den Vorsitzenden bei der Erfüllung seiner Aufgaben. Er führt im Einvernehmen mit ihm die Geschäfte der Partei. Aus der Vielzahl der Aufgaben nennt das Statut ausdrücklich die Koordination der gesamten Parteiarbeit, aller Gebietsverbände, der Vereinigungen und der Sonderorganisationen, das Recht zur Teilnahme an allen Versammlungen und Sitzungen ihrer Organe und die Koordination der von der Bundespartei und ihren Untergliederungen herausgegebenen Publikationen. Die Arbeit des Generalsekretärs ist damit durch seine Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden unserer Partei bestimmt. Für diese Zusammenarbeit sind alle Voraussetzungen gegeben. Aus vielen Gesprächen mit Helmut Kohl weiß ich, daß wir die gleichen Ziele haben, die gleiche Sprache sprechen und das gleiche Vertrauen in die Kraft und die Zukunft der CDU besitzen.

In der Verwaltung einer Universität und in der Wirtschaft habe ich gelernt, nicht nur zu führen, sondern auch im Team zu arbeiten. Diese Fähigkeit wird mir bei der Zusammenarbeit mit Helmut Kohl, mit Karl Carstens und mit den Mitgliedern des Präsidiums und des Vorstandes unserer Partei ebenso zugute kommen wie bei der Führung unserer Mannschaft im Konrad-Adenauer-Haus.

Der politische Stellenwert des Generalsekretärs ist nicht nur eine Frage der Parteistatuten. Er ist auch vom politischen Selbstverständnis des Mannes selbst, der die Aufgabe übernehmen soll, bestimmt. Für mich werden drei große Aufgabengebiete im Vordergrund stehen: erstens die innere Organisation unserer Partei und ihrer Arbeit, zweitens die Belebung und Gestaltung unserer Grundsatzdiskussionen und drittens die Vorbereitung der Partei auf die kommenden Wahlkämpfe.

Für eine Volkspartei in der Opposition stellen sich die Organisationsfragen anders als für eine Volkspartei in der Regierung. Was der Regierungsapparat für die Partei leisten kann, muß sie in der Oppositionsrolle durch ihre eigene Organisation leisten. Die Konsequenzen, die sich daraus für die CDU ergeben, hat sie noch nicht voll verwirklicht. Ihre innere Organisationsstruktur ist föderativ und damit in der Anlage richtig. Sie muß aber leistungsfähiger werden. Sie ist nicht nur Kommunikationsmittel und bürokratischer Apparat, sondern vor allem die Institution, die die Partei in die Lage versetzt, aus der Vielfalt der Meinungen in einer Volkspartei die Kraft eines einheitlichen Willens zu formen.

Die Leistungsfähigkeit einer Organisation ist von der Leistungsfähigkeit ihrer Mitarbeiter abhängig. Deren Leistung hängt von ihrem Lei-

stungswillen und ihrem Engagement ab. Beides ist nur ganz vorhanden, wenn nicht nur die Mitarbeiter für ihre Organisation, sondern auch die Organisation für ihre Mitarbeiter da ist. Am zweiten hat es bei uns in der Vergangenheit immer wieder gefehlt. Eine meiner wichtigsten Aufgaben werde ich deshalb darin sehen, mich um die Stellung und die Probleme unserer hauptamtlichen Mitarbeiter zu kümmern. Ihre Arbeitsplätze, ihre Verträge, ihre Aufstiegschancen und Zukunftsaussichten sind für den Erfolg unserer Parteiarbeit ebenso wichtig wie die Grundsätze und die politischen Aussagen.

(Beifall)

Wir müssen dieser Bedeutung im Rahmen unserer praktischen Organisationspolitik gerecht werden. Alle unsere Mitarbeiter werden deshalb in mir einen Generalsekretär finden, dessen Tür für ihre Probleme immer offensteht. Sie sollen stolz sein, für eine große Partei zu arbeiten.

(Beifall)

Zu einer guten Organisation gehört eine gute Personalpolitik. Ich bin entschlossen, in diesem Bereich große Anstrengungen zu unternehmen, um die Qualität unserer Mitarbeiter zu heben. Auch hauptamtliche Mitarbeiter einer politischen Partei müssen die Möglichkeit zur Weiterbildung und Fortbildung haben. Auch sie müssen Einrichtungen besuchen können, in denen neue Erkenntnisse der Führung, der Theorie und der praktischen Organisation gelehrt werden.

Man sagt: Neue Besen kehren gut. Mit jedem Führungswechsel gibt es auch bestimmte Personenwechsel. Ob weitreichende Änderungen notwendig sein werden, kann ich erst beurteilen, nachdem ich mich intensiver mit den augenblicklichen Verhältnissen vertraut gemacht habe. Eines aber weiß ich schon jetzt: Ich werde versuchen, für das Amt des stellvertretenden Bundesgeschäftsführers eine Frau zu gewinnen.

(Beifall)

Ich bin davon überzeugt, daß wir keine Schwierigkeiten haben werden, aus dem Bereich der CDU eine ausgezeichnete Mitarbeiterin zu finden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die große Aufgabe, die vor uns liegt, ist nicht nur organisatorischer Art. Sie betrifft auch unsere Aussage, unsere Grundsätze und unser konkretes Programm. Es ist nicht die Auf-

gabe des Generalsekretärs, die Politik zu formulieren. Es ist aber seine Aufgabe, dafür zu sorgen, daß sie formuliert wird. Er muß anregen, koordinieren, ermutigen, Begründungen fordern und die vielfältigen Initiativen in der Partei auf gemeinsame Ziele hinlenken. Vor allem deshalb werde ich von dem Recht Gebrauch machen, an den Sitzungen der Organe aller Gebietsverbände und Vereinigungen teilzunehmen. Mein Arbeitsplatz wird nicht nur in Bonn, sondern auch im Lande sein.

(Beifall)

Wenn ich „Vereinigungen“ sage, so meine ich nicht nur die gesellschaftspolitischen, sondern auch die anderen Vereinigungen, vor allem die kommunalpolitischen Vereinigungen. Ohne die Rathäuser kann die CDU auf Dauer nicht bestehen.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, jede Partei hat das Ziel, ihre Politik auch zu verwirklichen. In einer Demokratie kann sie dies nur, wenn sie die Mehrheit gewinnt. Diese Mehrheit wieder zu erringen, steht als Ziel über allen unseren Anstrengungen. Unser Statut bindet die nachgeordneten Gebietsverbände, Vereinigungen und Sonderorganisationen bei der Vorbereitung und Durchführung des Bundestagswahlkampfes an die Weisungen des Generalsekretärs. Es bürdet ihm damit eine große Verantwortung auf. Ich bin entschlossen, alles zu tun, um dieser Verantwortung gerecht zu werden.

Für mich beginnt der nächste Bundestagswahlkampf morgen.

(Beifall)

Für mich besteht er nicht nur aus Plakaten, Wahlkampfplattformen, politischen Aussagen und gängiger Präsentation politischer Formulierungen. Alles dies wird nur erfolgreich sein, wenn die Substanz den Erfolg rechtfertigt.

(Beifall)

Diese Substanz zu mehren, wird unsere wichtigste Aufgabe sein.

Bundestagswahlkampf und Landtagswahlkämpfe hängen in einem Bundesstaat zusammen. Nicht nur die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat, auch der enge Zusammenhang zwischen Landes- und Bundespolitik machen eine Trennung unmöglich. Die Vorbereitung des Wahlkampfes 1976 beginnt deshalb mit der Vorbereitung des Wahlkampfes

1974 in Niedersachsen und setzt sich mit den Wahlkämpfen in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen fort.

(Zurufe: Und in Hessen!)

— Ich habe nur einige, nicht aber alle Länder erwähnt. Diese Wahlkämpfe können nicht ohne die Organisation und Erfahrung der Bundespartei geführt werden. Sie werden deshalb meine besondere Aufmerksamkeit finden.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Diese Aufmerksamkeit werde ich allen Landesverbänden gleichermaßen zuordnen. Das gilt aber vor allem auch für Nordrhein-Westfalen, und zwar nicht nur, weil ich dort 1970 an der Seite von Heinrich Köppler und als Mitglied seiner Mannschaft selbst um die Mehrheit gekämpft habe, nicht nur, weil ich dort Josef Hermann Dufhues kennen- und verehren gelernt habe, in dessen Nachfolge ich dieses Amt antreten werde, sondern vor allem deshalb, weil sich unser politisches Schicksal zu einem wesentlichen Teil im Nordrhein-Westfalen des Jahres 1975 entscheiden wird. Die nordrhein-westfälischen Landesverbände können deshalb auf meine besondere Unterstützung rechnen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Helmut Kohl hat mich für dieses Amt nominiert. Ich hoffe, daß ich darauf vorbereitet bin. Erfolg kann ich nur mit Ihrem Vertrauen haben. Ich bitte Sie darum.

(Lebhafter Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Meine Freunde, wir haben die Vorstellung des vom Bundesvorsitzenden vorgeschlagenen Generalsekretärs vernommen. Wir danken für die Ausführungen, die durch Nüchternheit und Sachlichkeit charakterisiert waren.

Ich darf nun die Wahl des Generalsekretärs aufrufen und bitte Sie dabei, Ihre Stimmkarte Nr. 2 zu benutzen. Sie hat eine grüne Farbe. Der Stimmzettel ist entweder mit dem Namen des Kandidaten oder mit „Ja“, wenn Sie ihn wählen wollen, zu kennzeichnen oder mit „Nein“ oder „Enthaltung“ auszufüllen. Die Stimmzettel werden wie beim letzten Wahlgang von den Hostessen eingesammelt. Ich darf Sie herzlich bitten, so lange auf Ihren Plätzen zu verbleiben, bis der Schluß des Wahlganges festgestellt werden kann, damit auf diese Weise die Zügigkeit des Verfahrens gewährleistet wird.

Ich darf nun die Hostessen bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen. Der Wahlgang ist eröffnet.

















Darf ich fragen, liebe Freunde, ob die Stimmzettel inzwischen abgeholt sind?

(Zurufe: Nein!)

— Das ist noch nicht der Fall.

Ich darf diese Gelegenheit benutzen und um folgendes bitten: Es bestehen keine satzungsrechtlichen Bedenken dagegen, daß wir bereits während der Auszählung der Stimmen für die Wahl des Generalsekretärs die stellvertretenden Parteivorsitzenden wählen.

(Beifall)

Ich glaube, es wäre im Interesse der Versammlung nützlich, wenn wir so verfahren. Ich darf Sie deshalb bitten, im Saale zu bleiben, damit wir gleich im Anschluß daran die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden aufrufen können.

Darf ich nun noch einmal fragen, ob alle Stimmzettel abgegeben sind. — Es gibt noch Widerspruch. Ich darf bitten, möglichst zügig zu verfahren.

Ich darf in diesem Moment daran erinnern, meine Freunde, daß in zehn Minuten die Frist abläuft, um noch ergänzende Vorschläge für die Wahlen zum Bundesvorstand zu machen. In dem Verfahren, das wir heute früh beschlossen haben, war 14 Uhr zur vorgesehenen Frist erklärt worden.

Darf ich jetzt davon ausgehen, daß alle Stimmzettel abgegeben sind? — Es gibt keinen Widerspruch mehr; dann darf ich den Wahlgang zur Wahl des Generalsekretärs schließen und die Auszählungskommissionen bitten, mit ihrer Arbeit zu beginnen.

Meine Freunde, ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 12 auf: Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden. Ich gehe davon aus und bitte gegebenenfalls um Widerspruch, daß Sie durch Ihre Landesgeschäftsführer den abgezogenen Stimmzettel, auf dem alle Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt sind, erhalten haben. — Ich höre keinen Widerspruch. Da sich kein Widerspruch ergibt, darf ich den Wahlgang zur Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden eröffnen. Nach § 43 Abs. 2 des Statuts müssen mindestens vier der vorgeschlagenen Kandidaten angekreuzt werden. Stimmzettel, auf denen weniger als vier der zu wählenden Kandidaten angekreuzt sind, sind ungültig.

Meine Damen und Herren, hier ist Widerspruch angemeldet worden, was die Ausgabe der Stimmzettel anbetrifft.

Es wird gesagt, daß nicht alle Delegierten des Parteitages im Besitz der Stimmzettel seien. Darf ich fragen, ob das nunmehr der Fall ist. — Die Landesgeschäftsführer sind dafür verantwortlich, daß ihre Delegierten im Besitz der Stimmzettel sind. Gibt es noch einen Protest? — Sichtbarer Protest ist nicht vorhanden. — Sie haben keinen Stimmzettel? Bitte, wenden Sie sich doch an Ihren Landesgeschäftsführer!

(Zuruf: Der hat keine Stimmzettel!)

— Könnte mir die Geschäftsstelle einmal versichern, daß eine ausreichende Zahl von Stimmzetteln vorhanden ist? Es wird gesagt, ein Landesgeschäftsführer sei nicht im Besitz einer ausreichenden Zahl von Stimmzetteln gewesen. Für welchen Landesverband trifft das denn zu?

(Zuruf: Rheinland!)

— Ist der Vorgang jetzt geklärt? — Alles klar! Dann darf ich die Hostessen bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel, die Sie, meine Damen und Herren, in Händen haben, zu beginnen. Der Wahlgang ist eröffnet. Ich bitte, die Stimmzettel einzusammeln.

Meine Freunde, wenn sich aus dem Parteitag kein Widerspruch ergibt, werden wir während der Auszählung der zur Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden abgegebenen Stimmzettel zur Wahl des Bundesschatzmeisters schreiten und erst danach eine Pause von etwa einer halben Stunde machen. Ich hoffe, daß das Ihre Billigung findet. Das wäre, glaube ich, für den Fortgang der Verhandlungen sehr nützlich.

Darf ich, meine Freunde, fragen, ob alle Stimmzettel abgegeben werden konnten. — Das ist noch nicht der Fall. Ich darf nunmehr feststellen, daß die Frist für zusätzliche Vorschläge zur Wahl des Bundesvorstandes abgelaufen ist.

Sind jetzt alle Stimmzettel für die Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden abgegeben worden? — Darf ich auch davon ausgehen, daß die Delegationsführer dafür Sorge getragen haben, daß alle Mitglieder ihrer Delegation im Raume sind, um die Stimmabgabe zu vollziehen? — Ich darf, wenn sich jetzt kein Widerspruch erhebt, feststellen, daß alle Stimmzettel abgegeben worden sind, und darf damit den Wahlgang für die Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden schließen und die Auszählungskommission bitten, die Auszählung vorzunehmen.

Wir hatten uns dazu entschlossen, gleich im Anschluß daran auch die Wahl des Bundesschatzmeisters vorzunehmen, wenn sich kein

Widerspruch erhebt. — Meine Freunde, die Lautsprecheranlage ist nicht in der Lage, das, was hier gesagt wird, in den Vorraum, das Foyer und das Restaurant zu übertragen. Dies könnte dazu führen, daß eine Reihe von Delegierten nicht darüber informiert ist, daß hier Wahlgänge stattfinden. Ich darf, um eine möglichst umfassende Stimmabgabe zu erreichen, die Delegationsführer deshalb noch einmal bitten, dafür Sorge zu tragen, daß die Mitglieder ihrer Delegation jeweils hier im Raume sind.

Meine Freunde, wenn sich kein Widerspruch erhebt, darf ich nun die Wahl des Bundesschatzmeisters aufrufen. Zur Wiederwahl vorgeschlagen ist der Delegierte Walther Leisler Kiep. Auch diese Wahl können wir in dem schon praktizierten Verfahren vornehmen. Zur Wahl rufe ich den mattgelben Stimmzettel Nr. 3 auf.

Meine Freunde, es ist der Wunsch an das Präsidium herangetragen worden, nach der Wahl des Bundesschatzmeisters keine Pause einzutreten zu lassen, sondern während dieser Zeit bereits eine eventuelle Vorstellung solcher Kandidaten für den Bundesvorstand durchzuführen, die dies selber wünschen oder von denen es der Parteitag wünscht.

(Beifall)

Wenn der Parteitag diesem Wunsch Rechnung trägt, können wir selbstverständlich so verfahren und damit einen zügigeren Ablauf gewährleisten.

Meine Freunde, der Wahlgang für die Wahl des Bundesschatzmeisters ist eröffnet. Ich bitte Sie, den Namen Leisler Kiep oder „Ja“ auf den Stimmzettel zu schreiben für den Fall, daß Sie Herrn Leisler Kiep wählen wollen. Andernfalls bitte ich, „Enthaltung“ oder „Nein“ zu notieren. Darf ich die Hostessen bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel — es handelt sich um den Stimmzettel Nr. 3 — zu beginnen.

Meine Freunde, ich darf prüfen, wie der Stand der Stimmabgabe ist. Sind alle Stimmen abgegeben worden? — Nein, wie ich sehe, fehlen noch einige.

Darf ich noch einmal fragen, ob alle Stimmen abgegeben sind? — Es gibt keinen Widerspruch. Dann schließe ich den Wahlgang zur Wahl des Bundesschatzmeisters und bitte die Kommission, die Auszählung der Stimmen vorzunehmen.

Diese Gelegenheit darf ich jetzt benutzen, meine Damen und Herren, um das Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs bekanntzugeben.

Abgegeben wurden 602 Stimmen. Davon war 1 Stimme ungültig. Gültig waren, somit 601 Stimmen. 41 Delegierte haben sich der Stimme enthalten. Die erforderliche Mehrheit betrug demnach 281 Stimmen. Für Prof. Dr. Kurt Biedenkopf wurden 529 Stimmen abgegeben; er ist damit vom Parteitag zum Generalsekretär gewählt worden.

(Beifall)

Es gab 31 Gegenstimmen.

Ich darf Ihnen, Herr Professor Kurt Biedenkopf, im Namen des Parteitages herzlich für Ihre Bereitschaft danken, dieses schwere und wichtige Amt zu übernehmen. Es erfordert ein hohes Maß an Bereitschaft zu uneigennützigem Tun, und es ist sicherlich ein neues Feld für Sie in Ihrer beruflichen Laufbahn. Wir wünschen Ihnen und uns einen vollen Erfolg. Wir wissen, daß dieser Erfolg nur möglich ist, wenn jener Wahlslogan „Gemeinsam werden wir es schaffen“ nicht nur auf die letzte Wahl bezogen war, sondern auch auf die vor uns liegenden Jahre bezogen wird. Wir wünschen viel Erfolg für uns alle!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Auszählung der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden findet noch statt. Sie haben vorhin Ihr Einverständnis damit bekundet, daß wir jetzt im Tagesordnungspunkt 12 zur Wahl der übrigen Mitglieder des Bundesvorstandes kommen, allerdings ohne den Wahlgang zu eröffnen, sondern lediglich, um hier ein etwaiges Bedürfnis nach Wortmeldungen zu befriedigen, sei es hinsichtlich einer Vorstellung, sei es bezüglich der Geschäftsordnung.

Es liegen dem Präsidium inzwischen drei Wortmeldungen vor. Zunächst darf ich unserem Bundesvorsitzenden, Herrn Dr. Kohl, das Wort erteilen.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Für die Wahl zum Bundesvorstand schlage ich unseren Freund Dr. Rainer Barzel vor.

(Beifall)

Meine Begründung habe ich vorhin in meinem kurzen Dankeswort gegeben. Ich hoffe, es wird durch unsere gemeinsame Wahl möglich sein, daß Rainer Barzel im Bundesvorstand mit seiner Aktivität, mit seinen Kenntnissen und mit seinen Möglichkeiten und Plänen der Gesamtpartei dienen kann. Ich danke ihm dafür, daß er bereit ist, diese Kandidatur anzunehmen.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Herr Landowsky aus Berlin, der als nächster auf meiner Liste steht, verzichtet auf die Wahrnehmung seiner Wortmeldung. Er bittet lediglich das Präsidium, mitzuteilen, daß diejenigen Kandidaten, die weniger bekannt sind, sich vorstellen sollen. — Nun, welche das sind, ist vermutlich schwer festzustellen. Diesem Begehren kann also allenfalls dann Rechnung getragen werden, wenn ein konkreter Wunsch nach Vorstellung vorliegt.

Zur Wahl der Mitglieder des Bundesvorstandes liegt dann eine Wortmeldung von Herrn von Arnim, Rheinland, vor. Bitte!

Adolf-Heinrich von Arnim, Rheinland: Herr Präsident! Meine verehrten lieben Freunde! Ich meine, es wäre, wo wir doch nicht unter Zeitdruck stehen, guter demokratischer Brauch, diejenigen, die zu Beisitzern vorgeschlagen sind, zu bitten, sich alle einmal kurz vorzustellen.

(Beifall)

Ich meine, dies wäre auch ein Akt der Fairneß gegenüber denjenigen, die nicht so bekannt sind und auch noch keine Gelegenheit hatten, sich hier zu profilieren. Ich möchte aber ausdrücklich die Auffassung vertreten, daß es genügt, wenn jeder etwa eine Minute hier oben ist. Aber diese Bitte möchte ich aussprechen, und ich bitte das Präsidium, gegebenenfalls über diesen meinen Antrag abstimmen zu lassen.

(Teilweise Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Meine Freunde, dies war ein Vorschlag zur Geschäftsordnung. Ich kann nur so verfahren, daß ich über diesen Vorschlag abstimmen lasse. Es ist vorgeschlagen worden, daß sich alle Kandidaten für den Bundesvorstand — wohl in alphabetischer Reihenfolge — hier kurz vorstellen. Möchte jemand gegen diesen Vorschlag sprechen? — Dies scheint nicht der Fall zu sein. Nun, dann müßten wir nach den üblichen Bräuchen der Geschäftsordnung so verfahren.

Ich meine allerdings, man kann niemanden von den Kandidaten zwingen, sich hier vorzustellen, und dann gibt es sicherlich auch eine Reihe von Kandidaten, bei denen das wegen ihres Bekanntheitsgrades schlechterdings nicht notwendig ist. Ich glaube also, wir sollten vernünftigerweise so verfahren, daß diejenigen Kandidaten sich vorstellen, die selber den Wunsch und das Bedürfnis haben. Das wäre meines Erachtens eine sinngemäße Praktizierung dieses Vorschlages.

(Widerspruch)

— Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt die Namen auf, aber ich sage Ihnen, Sie können vermutlich niemanden zwingen. Dafür müssen Sie Verständnis haben. Ich darf also zunächst Herrn Amrehn aufrufen. Möchten Sie sich vorstellen?

(Zurufe: Über den Antrag abstimmen! — Abstimmen lassen!)

Herr Amrehn? — Er war eben noch im Saal.

(Weitere Zurufe! Abstimmen!)

Darf ich davon ausgehen, daß die Vorstellung von Herrn Dr. Barzel nicht notwendig ist?

(Beifall)

Dann darf ich Herrn Georg Badeck fragen, ob er sich vorstellen möchte.

(Georg Badeck: Jawohl!)

— Bitte sehr!

Georg Badeck, Hessen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich nehme die Gelegenheit gern wahr, mich kurz vorzustellen, weil ich glaube, daß ich zu den Kandidaten gehöre, die hier keinen hohen Bekanntheitsgrad haben.

Ich wurde von meinen Freunden von den Sozialausschüssen vorgeschlagen. Zu meiner Person darf ich kundtun: Ich bin 34 Jahre alt, von Beruf Betriebsschlosser, und arbeite in den Farbwerken Hoechst. Seit 1967 bin ich dort freigestellter Betriebsrat; ich bin Mitglied des Gesamtbetriebsrats und Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat.

Ich gehöre sicherlich zu den Kandidaten, die unter den 29 Kandidaten, die hier nominiert wurden, eine Ausnahme bilden. Ich meine aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß es der Union sicherlich sehr gut anstünde, wenn Sie als Delegierte hier den Mut fänden, auch jemanden, der als Arbeitnehmer Lohnempfänger ist, in dieses hohe Gremium zu wählen.

(Beifall)

Als ich von meinen Freunden gehört habe, daß ich hier in Vorschlag gebracht wurde, habe ich gezögert, ob ich mich dafür eigentlich bereitfinden sollte. Aber ich meine nach reiflicher Überlegung, daß ich mich doch als Kandidat zur Abstimmung stellen sollte, weil ich meine, daß es auch notwendig ist — besonders für die Zukunft notwendig ist —,

daß der Union von einem Mann, der täglich im Betrieb steht, in einem solchen Gremium gesagt wird, wie unten an der Basis gedacht wird.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, daß in der Vergangenheit manchmal gerade die Arbeitnehmerschaft, die sich der Union verbunden fühlt, Prügel bezogen hat für politische Entscheidungen, die unten an der Basis zumindest nicht ganz verstanden wurden.

Um so notwendiger ist es, daß man in einem solchen Gremium vielleicht auch einmal sagt, wie unten im einzelnen gedacht wird.

Ich bitte Sie also: Schenken Sie mir das Vertrauen, haben Sie den Mut, auch einen Mann, der im Betrieb steht, in den Bundesvorstand zu wählen. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Fragen an den Kandidaten sind offensichtlich nicht gewünscht.

Herr Amrehn, möchten Sie sich noch kurz vorstellen? — Das ist der Fall.

Als nächste wird Frau Ursula Benedix das Wort erhalten.

Franz Amrehn, Berlin: Meine Freunde, mit wenigen Worten will ich auch mich selbst denen noch einmal vorstellen, die meine Arbeit in der Vergangenheit noch nicht gesehen haben bzw. haben erleben können. Seit dem Jahre 1945 habe ich mich dieser Partei verbunden und mich in meinem politischen Leben bemüht, in besonderem Maße dafür einzutreten, daß unser Berlin verbunden bleibt mit der Bundesrepublik, und diesen Kampf so lange zu führen, bis eine noch engere Bindung unserer Beziehungen in Deutschland und eine noch größere Einheit unter den Menschen auch politisch wieder ermöglicht wird.

Ich habe versucht, das in den letzten drei Jahren nicht nur im Bundestag, sondern auch in besonderer Weise in europäischen Gremien glaubhaft zu machen. Dort hat man sich jüngst entschlossen, mich zum Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Fraktion im Europarat und in der Westeuropäischen Union zu wählen. Dort habe ich eine Plattform gefunden, für unsere deutschen Interessen auch auf einem gehobenen Platz im europäischen Bereich zu wirken. Auch dort ist es mir gelungen, wie ich glaube, in hohem Maße unsere Sorge um Berlin glaubhaft zu machen, lebendig zu erhalten und damit auch die Freund-

schaft nicht nur der christlich-demokratischen Parteien der anderen Länder, sondern in einem breiten Spektrum der westlichen demokratischen Parteien deren Interesse für unsere Interessen wachzuhalten.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Franz Amrehn.

Das Wort hat Frau Ursula Benedix.

Ursula Benedix, Lüneburg: Meine lieben Freunde, ich bin dankbar für die Möglichkeit, mich kurz vorstellen zu können; denn ich war ja bisher nur auf Landesebene, d. h. in Niedersachsen tätig.

Meine politische Laufbahn ist kontinuierlich von der Basis her erfolgt, d. h., ich war erst lange in der Kommunalpolitik tätig, dann zusätzlich im Landtag in Niedersachsen und bin seit jenem 19. November 1972 Bundestagsabgeordnete.

Ich habe verschiedenste Diktaturen erlebt, noch im Bewußtsein die NS-Zeit, und war nachher lange drüben in der DDR in Leipzig tätig. Von daher stammt mein politisches Engagement.

Ich bin der Meinung, daß wir unsere zukünftigen Aufgaben in der CDU werden nur lösen können, wenn wir die Frauen in diese Verantwortung mit hineinnehmen, wenn wir Politik machen mit unseren Frauen, aber auch Politik für unsere Frauen. Gerade die großen gesellschaftspolitischen Visionen haben hier noch einen erheblichen Nachholbedarf.

Deshalb, meine lieben Freunde, wagen wir zwei Frauen es hier anzutreten, Sie um Ihr Votum zu bitten. Wir sind der Auffassung, es könnte eine Chance sein nicht nur für uns, sondern für unsere CDU.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Benedix.

Ich darf nun Herrn Dr. von Bismarck das Wort erteilen.

Dr. Philipp von Bismarck, Lüneburg: Mein Name ist Philipp Bismarck. Ich bin als Pommer in Niedersachsen ein zweites Mal heimisch geworden. Ich habe dort meine politische Arbeit für die Union im evangelischen Arbeitskreis begonnen, bin 1969 in den Bundestag und im Frühjahr zum Vorsitzenden des Wirtschaftsrats der CDU gewählt worden.

In diesem Amt halte ich es für meine Hauptaufgabe, die Integration der Volkspartei zu fördern, dafür zu sorgen, daß nicht die Flügel den

Kopf regieren, sondern daß der Kopf starke Flügel hat, die gemeinsam zum gleichen Ziele fliegen.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. von Bismarck.

Ich darf nun Herrn Dr. Blüm das Wort erteilen.

Dr. Norbert Blüm, Rheinland-Pfalz (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin 37 Jahre, Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse, Mitglied des Deutschen Bundestages.

Aber ich denke, daß es hier weniger um private Biographie geht, zumal solche Selbstanpreisungen immer den Hauch von Peinlichkeit haben. Ich glaube, daß es mehr um Politik geht. Wir haben in der CDU, so meine ich, nicht die Wahl, uns zu entscheiden zwischen Stillstand — alles festhalten, alles beim alten lassen — oder Weiterentwicklung, wir haben nur die Wahl, ob die Weiterentwicklung über uns kommt wie eine große Naturkatastrophe, wie eine Überschwemmung, oder ob wir sie gestalten.

Wenn dabei solche Etiketten gewählt werden wie links oder rechts, dann sind sie relativ, ohne Aussagewert, wenn nicht zuvor geklärt wird, ob das, was verkauft, was gefordert wird, richtig ist. Allein die Frage nach der Richtigkeit unserer Politik sollte uns beunruhigen. Überschriften sind zweitrangig.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Blüm.

Der nächste auf der Liste ist Herr Dr. Dregger.

Dr. Alfred Dregger, Hessen: Ich glaube, ich bin in diesem Saale bekannt.

Wir Hessen treten an mit Schwarz-Schilling, unserem Generalsekretär, und Herrn Badeck, der von den Sozialausschüssen vorgeschlagen wurde. Ich möchte Sie herzlich bitten, den hessischen Kandidaten Ihre Stimme zu geben.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Dregger.

Nun ist Herr Echternach an der Reihe.

Jürgen Echternach, Hamburg: Herr Vorsitzender! Meine Damen und

Herren! Ich bin Bundesvorsitzender der Jungen Union und Vorsitzender der CDU-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft. Ich habe über meinen politischen Standort und über einige politische Fragen bereits heute vormittag gesprochen. Ich gehöre dem Bundesvorstand seit zwei Legislaturperioden an und bitte Sie auch in Zukunft um Ihr Vertrauen. Vielen Dank.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Echternach. Nun darf ich Herrn Dr. Gradl aufrufen.

Dr. Johann Baptist Gradl, Exil-CDU: Ich stelle mich zur Wahl, da ich von Parteifreunden vorgeschlagen bin, von dem Teil des Parteitages, der die Ehre hat, in unserer Gemeinschaft die wahrhaft Christlich-Demokratische Union des anderen Teiles Deutschlands zu vertreten. Sie meinen, daß in der Führung der Partei auch einer sein sollte, der diesen Teil, der diese CDU repräsentiert.

Ich selber habe mit den Freunden von der Exil-CDU 1945 die Christlich-Demokratische Union in Berlin und in Mitteldeutschland, der heutigen DDR, mit gegründet. Seitdem diene ich dieser Partei im politischen Auftrag. Christlich-Demokratische Union heißt für uns: Union nicht nur für einen Teil Deutschlands, die Bundesrepublik, sondern das heißt Union gleich Einheit in Freiheit für alle Deutschen. Das war meine politische Arbeit von Anbeginn und sie bleibt es.

Heute müssen wir diese Politik unter veränderten Bedingungen fortsetzen. Deutschlandpolitik verlangt neue Wege, verlangt neue Versuche. Dies ist das, was ich mir vorgenommen habe, wenn Sie mir den Auftrag im Vorstand dazu geben. Darum bitte ich Sie.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Gradl.

Ich darf Frau Minister Annemarie Griesinger aufrufen.

Annemarie Griesinger, Baden-Württemberg (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Mein Beruf war früher Sozialarbeiterin. Über meinen Mann bin ich zur Jungen Union und 1956 zur CDU gekommen. Ich bin von 1964 bis 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages gewesen und dort drei Jahre lang stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Ich hatte das Glück, durch eine erfreuliche Teamarbeit in meinem Wahlkreis Ludwigsburg der SPD ein Direktmandat abgewinnen zu

können. Es hat sich gezeigt, wie gut es auch gegen einen Trend gehen kann, wenn Junge Union, CDU und alle Vereinigungen, auch die der Frauen, zusammenhalten.

Zum 1. April bzw. Juni bin ich vom Herrn Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung betraut worden. Ich kann sagen, es ist eine schöne Zusammenarbeit dort im Kabinett. Ich hoffe, daß wir einige konkrete Verbesserungen, die wir in der Regierungserklärung gebracht haben, auch wirklich sichtbar machen können. Es geht darum, daß wir nicht nur gut formulierte Programme haben, sondern daß wir miteinander einige konkrete Verwirklichungen erreichen, die dann an der Basis auch sichtbar und vor allem spürbar werden.

(Beifall)

Ich bin von der Frauenvereinigung gebeten worden zu kandidieren. Ich bin der Auffassung, meine Herren, daß Gleichberechtigung für die Frau nicht nur gleiche Rechte heißt, sondern auch, daß wir bereit sein müssen, gleiche Pflichten zu übernehmen, nämlich uns solchen Kandidaturen zu stellen und zu beweisen, daß wir als CDU eine partnerschaftliche Bewältigung der politischen Probleme nicht nur in der Optik anstreben, sondern auch in der Praxis versuchen. So ist es mein Wunsch, in der praktischen Arbeit zu beweisen, daß es gemeinsam besser geht, und vor allem zu beweisen, daß wir nicht nur für die Frauen, sondern für Sie, meine Herren, genauso da sind, vor allem, daß wir für unsere Jugend da sind. Dafür möchte ich gern im Bundesvorstand mitwirken.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Griesinger! Ich darf nun Ihren Kabinettskollegen Herrn Dr. Hahn aufrufen.

Prof. Dr. Wilhelm Hahn (mit Beifall begrüßt): Liebe Parteifreunde, mein Name ist Wilhelm Hahn, Professor an der Universität Heidelberg, seit neun Jahren Kultusminister in Baden-Württemberg und seit langer Zeit stellvertretender Vorsitzender im Evangelischen Arbeitskreis. Sie wissen, daß ich ein recht umkämpfter Mann bin, weil ich für eine realistische demokratische Bildungspolitik eintrete. Ich stehe immer wieder in starken Kämpfen mit den Radikalen.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Minister! Ich darf nun den Landesvorsitzenden von Niedersachsen aufrufen, Herrn Hasselmann.

Wilfried Hasselmann: Ich bin 49 Jahre alt, Vorsitzender der CDU im Land Niedersachsen, zur Zeit Oppositionsführer. Ich möchte gern Ihre Stimmen erbitten für meine Freunde Frau Benedix, Dr. von Bismarck und Herrn Seiters sowie für mich. Wir setzen im nächsten Jahr bei der Landtagswahl nicht auf Platz, sondern auf Sieg. Ich möchte mit meinen Freunden und sie möchten mit mir die nächste Landtagswahl gewinnen.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Hasselmann! Ich darf nun Herrn Egon Lampersbach aufrufen.

Egon Lampersbach: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bin 55 Jahre alt, Bundesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU. Ich bin gleichzeitig auf dem Vorschlag meines Landesverbandes Westfalen-Lippe. Mir kommt es darauf an, innerhalb der Vereinigung dafür zu sorgen, daß wir dem Ansturm der Sozialisten gegen die Freiheit und Selbständigkeit ein entschiedenes Halt entgegenzusetzen. Mir kommt es darauf an, die Lebensbedingungen von Millionen selbständig Schaffenden so zu gestalten, daß es für sie noch sinnvoll ist, selbständig zu sein und zu bleiben. Mir kommt es aber auch darauf an — und das ist der Hauptpunkt —, die Aufgaben der Vereinigung so einzuordnen und einzuschätzen, daß die oberste Leitlinie die Gemeinsamkeit der Partei ist. Ich darf um Ihre Unterstützung bitten.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Lampersbach! Ich darf nun Herrn Gerd Langguth aufrufen.

Gerd Langguth (mit Beifall begrüßt): Mein Name ist Gerd Langguth. Ich bin 27 Jahre alt, Bundesvorsitzender des RCDS und gehöre dem Bundesvorstand der CDU seit zwei Jahren an. Die Schwerpunkte meiner Arbeit in diesen zwei Jahren waren Jugendbildungspolitik und Grundsatzfragen. Wir vom RCDS sind der Auffassung, daß die harte Arbeit des RCDS auch auf einem Bundesparteitag der CDU Rückhalt erfahren sollte.

(Beifall)

Ich will im Falle meiner Wahl meinen Beitrag dazu leisten, daß die CDU eine Partei wird und eine Partei bleibt, für die sich auch jüngere Leute engagiert einsetzen können.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Langguth! Ich rufe nun Herrn Dr. Helmut Lemke auf.

Dr. Helmut Lemke: Meine Parteifreunde! Ich darf mich als Angehöriger der älteren Generation vorstellen, der sich seit 20 Jahren in Deutschland, vor allem im Land Schleswig-Holstein, um christlich-demokratische Politik bemüht hat. Ich nehme an, daß Sie meine Leistungen selbst beurteilen können, und ich hoffe, daß ich vor Ihrem Urteil bestehen kann. Ich darf darauf hinweisen, daß ich heute noch ebenso wie vor 20 Jahren Vorsitzender eines Kreisverbandes bin und deshalb unmittelbar und ständig mit der Basis verbunden bin. Das wird, auch wenn ich im Bundesvorstand sein werde, immer die Quelle für meine Tätigkeit sein.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Lemke!

Meine Freunde, ich darf Ihnen, die Sie wohl nicht alle Gelegenheit hatten, aktuelle Meldungen unmittelbar zu erfahren, folgende Meldung der Deutschen Presseagentur mitteilen:

1. Der Redaktionsdirektor der Illustrierten „Quick“, Heinz von Nouhuys, erklärte soeben in München, daß der frühere Bundestagsabgeordnete Julius Steiner zugegeben habe, von dem SPD-Fraktionsgeschäftsführer Karl Wienand 50 000 DM Bestechungsgeld angenommen zu haben.

(Pfui-Rufe und Pfiffe)

2. Die SPD-Bundestagsfraktion hat ein Rücktrittsangebot von Karl Wienand gegen drei Stimmen bei acht Enthaltungen nicht angenommen.

(Lebhafte Pfui-Rufe und Pfiffe)

Es muß allerdings hinzugefügt werden, daß die Meldung, die ich unter 1 verlesen habe, bei der Abstimmung in der SPD-Fraktion noch nicht bekannt war. — Dies nur zur Information.

Ich darf nun Herrn Peter Lorenz aufrufen.

Peter Lorenz: Liebe Freunde! Ich bin der Landesvorsitzende der Berliner CDU und betrachte daher als eine meiner wesentlichsten Aufgaben die Deutschland- und Berlin-Politik. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, Ihnen allen namens meiner Berliner Freunde herzlichst zu danken für die vielen Beweise der Zuneigung, der Unterstützung und Solidarität, die Sie uns in den vergangenen Jahren immer wieder erbracht haben und die wesentlich dazu beigetragen haben, daß Berlin heute und auch in der Zukunft mit dem Bund fest zusammeng gehört. Ich möchte gern als Gegenleistung dafür im Vorstand und bei der übrigen

Parteiarbeit dazu beitragen, daß die CDU im Programm und in der Praxis erneuert wird. Ich verspreche auch, mich im Bundestagswahlkampf und in den Landtagswahlkämpfen besonders einzusetzen. Wir Berliner können ja selbst nicht bei diesen Entscheidungen im Bund mitwirken. Aber wir wissen alle, daß sie auch unsere Zukunft besonders betreffen. Daher diese Verbundenheit.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Lorenz!

Ich darf nun einen technischen Hinweis geben zur Abwicklung des Tagesordnungspunktes 12, Wahl der Mitglieder des Bundesvorstands. Nach Schluß der Frist hat die Geschäftsstelle inzwischen die Stimmzettel vorbereitet. Ich bitte die Landesgeschäftsführer, diese Stimmzettel abzuholen und dafür Sorge zu tragen, daß eine ordnungsgemäße Verteilung erfolgt, damit wir nachher zügig in den Wahlgang eintreten können.

Ich darf nun Herrn Dr. Gerhard Mahler aufrufen.

Dr. Gerhard Mahler: Meine Parteifreunde! Ich bin 42 Jahre alt und gehöre zu denen, die als Lehrlinge, Schüler und Studenten zur Union gestoßen sind. Ich komme von der Basis, ich fühle mich als ein Mann der Partei. Deshalb war ich elf Jahre lang Kreisvorsitzender in Eßlingen, neun Jahre stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Union in Nord-Württemberg und bin seit 1971 Vorsitzender des Bezirksverbandes Nord-Württemberg und Mitglied des Landespräsidiums der CDU in Baden-Württemberg.

Bei den letzten Landtagswahlen, bei den Bundestagswahlen und bei den Kreistagswahlen war ich Wahlkampfleiter der baden-württembergischen Union. Wenn ich von Ihnen gewählt würde, würde ich im Bundesvorstand aktiv mitarbeiten, um dort meine Kenntnisse und Erfahrungen in der Wahlkampf vorbereitung, in der Wahlkampf führung, in der Parteiorganisation, in der Öffentlichkeitsarbeit, auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Strukturpolitik und nicht zuletzt auf den Gebieten der Forschung und der Technologie einzusetzen. Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Ich rufe nun Herrn Ernst Müller-Hermann auf.

Dr. Ernst Müller-Hermann: Liebe Parteifreunde! Vielen von Ihnen werde ich als Verkehrsexperte der Bundestagsfraktion bekannt sein.

Heute leite ich den Arbeitskreis „Wirtschaft und Ernährung“. Mein besonderes Interesse ist, daß wir als Opposition so bald wie möglich ein eigenes umfassendes, klares und auch publikumswirksames Stabilitätskonzept vorlegen.

Meine Freunde, ich komme aus Bremen, wo die Arbeit für die CDU wie trocken Brot ist. Wir haben als kleinster Landesverband mit Sicherheit keine großen Ansprüche zu stellen. Meine Parteifreunde bitten, wenn sie mich hier zur Wahl anbieten, vor allem die großen Landesverbände, entsprechend unseren föderativen Grundauffassungen auch einen kleinen Landesverband mitzutragen. In den kleinen Landesverbänden muß die geistige Auseinandersetzung mit den Sozialisten ja auf einem besonders harten und schwierigen Pflaster ausgetragen werden.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagespräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Müller-Hermann!

Ich möchte an dieser Stelle mit Ihrem Einverständnis das Ergebnis der ausstehenden Wahlgänge mitteilen. Ich möchte zunächst aus dem Protokoll über die Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden vortragen. Es sind 588 Stimmen abgegeben worden. 10 Stimmzettel sind ungültig. Demnach beträgt die Zahl der gültigen Stimmzettel 578. Die für die Wahl erforderliche Mehrheit beträgt 290 Stimmen.

Ich teile nunmehr das Ergebnis, das die einzelnen Kandidaten erreicht haben, in der Reihenfolge des Stimmenergebnisses mit.

Herr Ministerpräsident Stoltenberg erhielt 557 Stimmen.

(Lebhafter Beifall)

Heinrich Köppler erhielt 529 Stimmen.

(Beifall)

Ministerpräsident Filbinger erhielt 517 Stimmen.

(Beifall)

Für den Kollegen Katzer wurden 487 Stimmen abgegeben.

(Beifall)

Frau Dr. Wex erhielt 437 Stimmen.

(Beifall)

Damit haben alle Kandidaten die erforderliche Mehrheit erreicht. Ich darf Ihnen im Namen des Parteitages unseren Glückwunsch sagen.

(Beifall)

Meine Freunde, lassen Sie mich die Gelegenheit wahrnehmen, daran zu erinnern, daß Gerhard Schröder als langjähriges Mitglied des Präsidiums nun ausscheidet. Er hat nicht mehr kandidiert. Ich möchte ihm für eine vielfältige Mitarbeit, für große Leistungen in der Parteiarbeit unseren aufrichtigen Dank sagen. Wir rechnen weiterhin mit seinem Rat und werden nicht die vielen Impulse vergessen, die er der deutschen Außenpolitik gegeben hat. Vielen Dank, Dr. Gerhard Schröder!

(Lebhafter Beifall)

Es steht ferner noch das Ergebnis der Wahl des Bundesschatzmeisters aus. Das Ergebnis sieht folgendermaßen aus: 518 Stimmen wurden abgegeben. Eine Stimme war ungültig. Es gab 32 Stimmenthaltungen. Die erforderliche Mehrheit beträgt somit 243 Stimmen. Herr Walther Leisler Kiep erhielt 401 „Ja-Stimmen“ und ist damit erneut zum Bundesschatzmeister gewählt worden.

(Lebhafter Beifall)

Es wurden 84 „Nein-Stimmen“ abgegeben. Ich sage Herrn Leisler Kiep den herzlichen Glückwunsch des Parteitages. Wir danken ihm für die erfolgreiche Arbeit und wünschen uns in den nächsten Jahren eine gleichermaßen erfolgreiche Arbeit.

(Beifall)

Meine Freunde, damit sind die Wahlen der fünf stellvertretenden Vorsitzenden und des Bundesschatzmeisters abgeschlossen.

Wir fahren nunmehr in der Vorstellung der Kandidaten für die Ämter der weiteren Vorstandsmitglieder fort. Ich rufe nun Herrn Minister Werner Scherer auf.

Werner Scherer: Meine sehr verehrten Parteifreunde! Ich bin 45 Jahre alt, seit acht Jahren Kultusminister des Saarlandes. Von 1960 bis 1963 war ich Landesvorsitzender der Jungen Union. Seit März dieses Jahres bin ich Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Saar. Wenn ich als der einzige Kandidat des Landesverbandes Saar um Ihr Vertrauen bitte, so deshalb, um eine Gestaltungschance im Bundesvorstand wahrzunehmen und die wünschenswerte Verstärkung der Beziehungen zwischen dem Bundesvorstand und den kleineren Landesverbänden, sprich: auch der Basis, besser herstellen zu können.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Minister Scherer!

Ich rufe nunmehr Herrn Dr. Gerhard Schröder auf. Wird seine Vorstellung gewünscht?

Dr. Gerhard Schröder (mit anhaltendem lebhaftem Beifall begrüßt): Meine lieben Freunde! Ich glaube, ich kann auf eine Vorstellung verzichten. Ich möchte hier aber einen Wunsch ausdrücken: den Wunsch, daß dieser Parteitag uns ein großes, sichtbares Stück weiter aus der Opposition heraus- und wieder in die volle Verantwortung hineinbringen möge.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Gerhard Schröder!

Ich rufe nun Herrn Werner Schmöle auf.

Werner Schmöle: Liebe Freunde! Mein Name ist Hans Werner Schmöle. Ich bin 31 Jahre alt, Landesvorsitzender der Jungen Union Westfalen-Lippe und Mitglied des Deutschen Bundestages. Die Junge Union Deutschlands hat mich für eine Kandidatur zum Bundesvorstand der CDU vorgeschlagen. Ich möchte im Bundesvorstand der CDU, falls Sie mir Ihr Vertrauen schenken, die Belange junger Menschen vertreten und vor allem für die CDU bei den jungen Menschen arbeiten.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Schmöle.

Ich rufe nun Dr. Christian Schwarz-Schilling auf.

Dr. Christian Schwarz-Schilling: Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Ich bin 43 Jahre alt, Generalsekretär der hessischen CDU, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Hessischen Landtag. Wir haben, was das Wahlergebnis angeht, die SPD in Hessen am nächsten vor uns. Wir haben lange Erfahrungen in der Opposition, haben aber, so glaube ich, bei der letzten Landtagswahl im Jahre 1970 einen riesigen Schritt nach vorn getan. Meine Aufgabe wird es sein, bei der nächsten Wahl im Jahre 1974 alles daranzusetzen, um diese rote Bastion sturmreif zu machen.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Schwarz-Schilling!

Ich rufe nun Rudolf Seiters auf.

Rudolf Seiters: Meine Damen und Herren! Ich bin 35 Jahre alt, seit 1971 Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion und Stellvertretender Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen. Dem Bundesvorstand gehöre ich seit zwei Jahren an. Ich bitte erneut um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Seiters!

Ich rufe nun Herrn Josef Stingl auf.

Josef Stingl, Berlin: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bin 54 Jahre alt, im Egerland geboren. Rund 25 Jahre lang war ich Berliner, als solcher 12 Jahre stellvertretender Landesvorsitzender und 15 Jahre Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag, dort Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses. Seit 1968 bin ich in Nürnberg, bin aber noch Mitglied der Berliner CDU, weil ich meinen Koffer in Berlin gelassen habe. Ich kandidiere hier als Berliner Delegierter. Ich hoffe, daß ich meine Erfahrungen aus dem Amt in den Vorstand einbringen kann, zugleich aber zu allen politischen Entscheidungen eine Meinung beitragen kann.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Josef Stingl. Ich darf nun Friedrich Vogel aufrufen.

Friedrich Vogel, Westfalen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Vorsitzender des Bundesarbeitskreises christlich-demokratischer Juristen und Vorsitzender des Arbeitskreises I „Innen- und Rechtspolitik“ der Bundestagsfraktion. Meine besondere Aufgabe habe ich darin gesehen, in diesem Bereich, in dem es darauf ankommt, daß sich die Union als eine bewahrende Kraft in unserem Lande bewährt, dafür zu sorgen, daß die Union im Bund und in den Ländern mit einer Stimme spricht. Ich glaube, wir haben gute Erfolge zu verzeichnen; meine Aufgabe sehe ich im Bundesvorstand darin, mit dazu beizutragen, daß diese Union in allen Fragen der Politik mit einer Stimme spricht.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Friedrich Vogel. Ich darf nun Herrn Dr. von Weizsäcker aufrufen.

Dr. Richard Freiherr von Weizsäcker, Rheinland-Pfalz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin 53 Jahre alt, Mitglied des

Deutschen Bundestages. Meine besondere Aufgabe liegt einerseits in der Tätigkeit in der Grundsatzkommission der Partei, andererseits im stellvertretenden Vorsitz unserer Bundestagsfraktion. Ich bitte um Ihr Vertrauen sowohl für die Grundsatzarbeit wie für die praktische Verwirklichung in unserer Politik im Bundestag, heute in der Opposition und morgen in der Verantwortung für die Regierung.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Richard von Weizsäcker. Ich darf nun Heinrich Windelen aufrufen.

Heinrich Windelen, Westfalen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bin 52 Jahre alt, Landesvorsitzender des Landesverbandes Westfalen-Lippe, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Bundestagsfraktion. Politischer Schwerpunkt neben der Haushalts- und Finanzpolitik: die Deutschland- und Ostpolitik; politisches Ziel: Verständigung und Ausgleich mit den Völkern Europas in einer freiheitlichen Ordnung. Dafür möchte ich gern weiterarbeiten.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Heinrich Windelen. Ich darf nun Dr. Manfred Wörner aufrufen.

Dr. Manfred Wörner, Baden-Württemberg: Meine Damen und Herren! Ich bin 38 Jahre alt, bin der Vorsitzende der Landesgruppe der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten und in der CDU/CSU-Fraktion für den Bereich der Verteidigungspolitik verantwortlich. Das ist auch der erste Grund, weswegen ich mich heute hier zur Wahl stelle. Sie wissen, daß die Sicherheitspolitik national wie international eine kritische Phase durchläuft, und ich bin der Auffassung, daß die CDU diesen Bereich nicht in den Hintergrund treten lassen sollte. Ich will aber auch nicht verheimlichen, daß es mich reizen würde, in einer so entscheidenden Phase den Kurs unserer Partei an verantwortlicher Stelle mitzubestimmen. Deswegen bitte ich um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Wörner. Ich darf nun Herrn Professor Dr. Gerhard Zeitel aufrufen.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Nordbaden: Liebe Parteifreunde! Ich bin 45 Jahre alt, Bezirksvorsitzender der CDU Nordbaden, wenn ich recht

sehe, der einzige für die CDU politisch engagierte Rektor einer deutschen Universität.

(Beifall)

Ich halte nicht sehr viel davon, daß wir Hochschulpolitik mit dem Ordnungsrecht machen, sondern wir müssen die politische Diskussion gewinnen.

(Beifall)

Wir haben jedenfalls eine Zweidrittelmehrheit der CDU und haben sie bislang auch erfolgreich verteidigt. Dies ist aber nicht mein Hauptengagement. Ich bin von Hause aus Wirtschafts- und Finanzpolitiker. Hier ist heute vormittag von vielen von uns viel über die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Erneuerung gesprochen worden. Sie wissen alle, welche Aufgabe in diesem Bereich mit welcher politischen Bedeutung vor uns liegt. Ich gehöre zu jenen, die Wert darauf legen, daß wir in den Stellungnahmen, die uns als Partei und als Fraktion auszeichnen, dem Ruf nach einer nichtsozialistischen Gesellschaft für das Jahr 2000 eine deutliche Antwort geben.

(Beifall)

Heinrich Lummer, Tagungspräsidium: Meine Freunde, dies war die Vorstellung der Kandidaten von A bis Z, von Amrehn bis Zeitel. Ich darf den Kandidaten herzlich danken, daß sie sich in erfreulicher und erfrischender Kürze ihrer Aufgabe entledigt haben. Da die Vorstellung in dieser Weise erfolgt ist, bedarf es, wie ich glaube, keiner förmlichen Feststellung im einzelnen, ob die Kandidaten die Kandidatur auch annehmen. Ich darf davon ausgehen, wenn nicht jetzt ein förmlicher Widerspruch erfolgt. — Dies ist nicht der Fall.

Um nun sicherzugehen, meine Freunde, darf ich die Namen der Kandidaten noch einmal in der Reihenfolge vortragen, wie sie auf dem Stimmzettel verzeichnet sind. Es sind folgende Freunde, die sich um einen Sitz im Bundesvorstand bewerben: Herr Amrehn, Herr Badeck, Herr Dr. Barzel, Frau Benedix, Dr. von Bismarck, Dr. Blüm, Dr. Dregger, Herr Echternach, Dr. Gradl, Frau Griesinger, Professor Dr. Hahn, Herr Hasselmann, Herr Lampersbach, Herr Langguth, Dr. Lemke, Herr Lorenz, Dr. Mahler, Dr. Müller-Hermann, Herr Scherer, Herr Schmöle, Dr. Schröder, Dr. Schwarz-Schilling, Herr Seiters, Herr Stingl, Herr Vogel, Dr. von Weizsäcker, Herr Windelen, Dr. Wörner und Professor Dr. Zeitel.

Meine Damen und Herren, darf ich fragen, ob es den Landesgeschäftsführern möglich war, inzwischen alle Stimmzettel zu verteilen.

Ist jemand der Delegierten nicht im Besitz des blauen abgezogenen Stimmzettels? — Da gibt es Protest beim Landesverband Hessen. Ich bitte, dafür Sorge zu tragen, daß auch dort alle Stimmzettel verteilt werden. Gibt es weiterhin Widerspruch wegen noch nicht vorhandener Stimmzettel? — Das ist der Landesverband Baden-Württemberg. Ist alles in Ordnung? Sind alle Stimmzettel verteilt und im Besitz der Delegierten? — Ich darf dies feststellen, meine Freunde, und den Wahlgang für die Mitglieder des Bundesvorstandes eröffnen. Dabei darf ich im Hinblick auf die beschlossene Satzungsänderung mitteilen, daß es 20 Mitglieder sind, die noch zu wählen sind. Nach § 43 Abs. 2 unseres Statuts sind Stimmzettel, auf denen nicht mindestens 15 Kandidaten angekreuzt sind, ungültig. Mindestens 15 Kandidaten sind also anzukreuzen, wenn vermieden werden soll, daß die Stimme ungültig ist. Ebenfalls ungültig sind Stimmzettel, auf denen mehr als 20 Kandidaten angekreuzt sind, d. h. Stimmzettel, auf denen weitere Namen hinzugefügt und angekreuzt werden.

Ich darf nun den Wahlgang eröffnen und die Hostessen bitten, die Wahlzettel einzusammeln.

Meine Freunde, lassen Sie mich an dieser Stelle noch folgendes mitteilen. Wir haben, so glaube ich, in vielleicht sogar überraschender, aber in jedem Falle erfreulicher Zügigkeit diesen Parteitag bisher abgewickelt. Wir möchten ein übriges dazu beitragen, auch weiter so zu verfahren. Dieses könnte auf folgende Weise geschehen: Wenn Sie gestatten, wird der Bundesvorsitzende seine Ansprache halten, während die Stimmzettel zur Wahl des Bundesvorstandes ausgezählt werden.

(Zustimmung)

Dies würde bedeuten, daß Sie jetzt nach Abgabe Ihrer Stimmzettel den Raum nicht verlassen, sondern im Raume und an Ihren Plätzen bleiben, um die Ansprache des Bundesvorsitzenden zu hören. Ich darf Sie herzlich darum bitten, da ich keinen Widerspruch im Hause gehört habe.

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, sind alle Stimmzettel abgegeben? — Nein. Dann darf ich die Hostessen bitten, noch die Stimmzettel im mittleren Block, also von Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg und Hessen, einzusammeln. Ich bitte diejenigen Delegierten, die ihre Stimmzettel für die Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes noch nicht abgegeben haben, sich bemerkbar zu machen. — Offenbar sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben. Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Dann ist

die Wahlhandlung geschlossen. Ich bitte die Stimmzählkommission, die Stimmen auszuzählen.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie alle bitten, wieder Platz zu nehmen. Wir hatten verabredet, daß wir nach Schluß der Wahlhandlung die Rede unseres neugewählten Bundesvorsitzenden hören und insofern die Tagesordnung ändern wollten. In Ausführung dieser Verabredung erteile ich jetzt unserem Parteivorsitzenden Helmut Kohl das Wort.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! An diesem Tage und auch in dieser Stunde ist es, glaube ich, ganz natürlich und auch richtig, daß wir, die wir Weggenossen von über 20 Jahren Geschichte der Union in Deutschland waren und sind, zunächst auch an jene denken, die uns auf diesem Wege vorangeschritten sind, die Beispiel und Vorbild waren. Ich denke gerade in diesem Saal an jene Szene im Jahre 1966, als Konrad Adenauer, der langjährige 1. Vorsitzende der Christlichen Demokraten in Deutschland, die Führung der Partei an Ludwig Erhard abgab.

Wenn wir daran erinnern, weisen wir auch ganz einfach darauf hin, in welchem starkem Umfang dieses unser Land, die Bundesrepublik Deutschland, von dieser Christlich-Demokratischen Union in den ersten zwanzig Jahren seiner Existenz getragen, geprägt und mitbestimmt wurde, und daß viele von denen — auch in wichtigen Ämtern des Staates —, die jetzt überall in der Welt und nicht zuletzt in der freien Welt für Deutschland sprechen können, in der Kontinuität dieser großen Männer stehen, und daß es eigentlich nicht nur eine Pflicht des Anstandes, sondern auch selbstverständlich ist, gelegentlich auch im Bereich der deutschen Innenpolitik darauf hinzuweisen, wer die Wege geebnet hat in die freie Welt, nach Israel und in andere Teile dieser Erde.

(Beifall)

Ich glaube, das wohl wichtigste Erbe Konrad Adenauers steht gerade in der jetzt handelnden Generation der deutschen Politik erneut auf dem Prüfstand, nämlich die Frage, ob wir fähig sind, den Nationalstaat alter Prägung zu überwinden, ob wir fähig, bereit und willens sind, auch mit Opfern entschlossen den Weg in dieses neue Europa zu gehen. Ich meine, wir sollten heute und hier sagen, daß wir dazu bereit sind und daß die Union gerade aus dem Erbe Konrad Adenauers die Europa-Partei der Bundesrepublik bleiben wird.

(Lebhafter Beifall)

Ich nannte den Namen unseres Freundes Ludwig Erhard, der zu unserer Freude heute hier bei uns sein kann.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, es mag mir, der ich in der Kontinuität des Amtes hier sprechen darf, gerade jetzt gestattet sein, an meine erste Begegnung zu erinnern, als ich damals in der Bundestagswahl 1949 als Schüler über einen Lautsprecherwagen für den damaligen Kandidaten für das Amt des Bundeswirtschaftsministers, Ludwig Erhard, in einer deutschen Industriestadt Propaganda machen durfte. Wenn ich dies hier sage, so hat das gar nichts — ich sage es ganz salopp — mit Denkmalspflege zu tun, sondern damit, daß wir uns damals wie heute in der Kontinuität jener Politik verstehen, die Ludwig Erhard beispielhaft für dieses unser Land in der Sozialen Marktwirtschaft formuliert hat

(Beifall)

und daß er uns mit dieser menschlichsten, sozialsten und, wie der Erfolg dieses Landes zeigt, sicherlich erfolgreichsten Grundordnung einer modernen Industriegesellschaft ein wichtiges Erbe übertragen hat.

Aber auch hier gilt das, was ich vorhin von der Erbfolge Adenauers sagte, daß wir heute, wo manch einer das System als solches antasten und umfunktionieren will, aufgefordert sind, das, was vernünftig gewachsen ist, zu verteidigen und das, was weiterentwickelt werden muß — auch in den Ordnungsprinzipien dieser sozialen Marktwirtschaft —, tatsächlich weiterzuentwickeln.

(Beifall)

Und ich darf unseren Freund Kurt-Georg Kiesinger ansprechen, der damals in einer schwierigen Lage der Partei die Kanzlerschaft übernommen hat und dieses Amt zum Besten unseres Landes führte, und der in all diesen Jahren, bis zuletzt, in einer kritischen Phase unserer Bundestagsfraktion beispielhaft gelebt hat, was es heißt, Dienst an diesem Lande und Dienst auch für diese Partei zu erbringen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Meine Freunde, ich habe Rainer Barzel vorhin beim Vorschlag für den Bundesvorstand persönlich angesprochen. Ich hoffe sehr auf seine Mitarbeit, auf seinen Rat und auf seine Hilfe in diesem schweren Amte — für uns alle in dieser Christlich-Demokratischen Union Deutschlands.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Meine Freunde, ein jeder von uns spürt, daß unsere Partei vor einem wichtigen Abschnitt ihrer Geschichte steht. Wir müssen eine Wende der Politik unseres Landes einleiten, und diese Aufgabe kann von niemandem als von uns in dieser CDU/CSU erbracht werden. Wir müssen das leisten. Und wir dürfen dabei nicht nur auf die Fehler dieser Regierung setzen. Wir selbst müssen durch unsere überzeugende Politik diese Wende der deutschen Politik herbeiführen.

(Beifall)

Das heißt, vor uns liegt ein hartes Stück Arbeit, und dem, der uns bei dieser Arbeit unterstützt und hilft, können wir weder Ehrenposten noch Alterspfründe zusichern. Aber wir werden gemeinsam dieses Ziel erreichen, denn wir wissen um unsere Verantwortung gegenüber Millionen von Wählern und Mitbürgern in diesem unserem Lande.

(Vereinzelt Beifall)

Und, meine Freunde, die Erwartungen der Mitbürger sind groß. Wir dürfen die Antwort nicht schuldig bleiben. Wir haben Grund, guten Mutes an die Arbeit zu gehen. Verzagtheit und mangelndes Selbstvertrauen entsprechen nicht der Entschlossenheit und dem Angriffsgestimm unserer Mitglieder und Freunde. Ihre Bereitschaft zum Engagement und zur Mitarbeit war — dies darf man ohne Übertreibung sagen — noch nie so groß wie heute. Nutzen wir gemeinsam diese Chance, die sich ja auch eindrucksvoll zeigt in der Zunahme unserer Mitglieder, die zu uns kommen, nicht um passiv Mitglied zu sein, sondern um aktiv die deutsche Politik in dieser und durch diese Christlich-Demokratische Union zu gestalten.

(Beifall)

Wir können dabei aufbauen auf den Leistungen der Union in den ersten 20 Jahren unseres Staates. Meine Damen und Herren, diese Leistung kann sich sehen lassen. Sie ist beispielhaft, und wir dürfen stolz darauf sein. Und wir sollten das, was wir gemeinsam für unser Land leisten konnten, von niemandem, auch nicht von der amtlichen Propaganda der jetzigen Bundesregierung zerreden lassen.

(Beifall)

Daß dieses Land aus dem Nullpunkt seiner Geschichte zu einem geachteten, modernen, freien, sozialen Rechtsstaat wurde, war nicht zuletzt **unser** Beitrag zur jüngsten deutschen Geschichte. Aber, meine Freunde, es ist nicht damit getan, vergangene Erfolge zu feiern. Es ist auch nicht damit getan, einige Köpfe auszuwechseln und in der Partei

ansonsten alles beim alten zu belassen. Wer so denkt, täuscht sich über die wirkliche Lage der CDU in Deutschland hinweg.

(Beifall)

Die Veränderungen der Gesellschaft in vielen Bereichen, das Heranwachsen einer neuen, einer anderen, einer jungen Generation, die Konsequenzen aus den Bundestagswahlen in vielen Bereichen unserer Gesellschaft unseres Landes, dies alles muß wohl bedacht werden. Es darf nicht so sein, daß dieser heutige Parteitag für den einen oder anderen der Endpunkt jener Überlegungen nach der Bundestagswahl bedeutet, sondern es ist eine Zwischenstation, von der aus wir kraftvoll den Hamburger Parteitag und die anderen politischen Ereignisse dieses Landes 1974/1975 und das Ziel 1976 ansteuern.

(Beifall)

Das ist vor allem deswegen wichtig, weil wir in Opposition zu einer Partei stehen, die da weiß, die Grundlagen der seit 1945 — bei aller politischen Auseinandersetzung gemeinsam — geführten Politik zu verändern. Der Parteitag in Hannover hat gezeigt, daß die SPD dabei ist, mit sich selbst und, da sie die stärkste Partei und Regierungspartei ist, mit unserem Lande nach links abzudriften, und daß sie zunehmend beginnt — das muß mit allem Ernst gesagt werden —, eine andere Qualität unseres Staates und unserer Gesellschaft anzustreben.

Wir können diese Entwicklung nicht tatenlos hinnehmen, und wir müssen uns allen Versuchen widersetzen, unser Land und damit die Bürger der Bundesrepublik Deutschland in ein ideologisch begründetes Freund-Feind-Verhältnis zu führen; denn am Ende dieses Weges steht, daß Ideologen und Chaoten unser Land ins Unglück führen, wenn wir das tatenlos so hinnehmen.

(Beifall)

Wir werden nicht zulassen, daß ein schwärmerischer Sozialismus den Weg für Intoleranz und Mittelmäßigkeit bereitet, daß sich Staat und Gesellschaft, Autorität und Verantwortung, Recht und Gesetz im Nebel leerer Formeln und fixer Begriffe verlieren und der Mensch und seine Freiheit auf der Strecke bleiben.

(Beifall)

Der Mensch und seine Würde — dieser Auftrag unserer Verfassung bleibt Angelpunkt unserer Politik. Sie gründet auf der Freiheit aller, sie stellt niemanden ins Abseits, sie zollt allen gleiche Achtung, sie will allen gleiche Chancen schaffen.

Wir bejahen die Vielfältigkeit unserer Gesellschaft, ihrer Meinungen und Gruppen, und aus unserem Demokratieverständnis ertragen wir

natürlich auch den Anspruch auf Rechenschaft, der hieraus erwächst; ja, wir halten ihn für unverzichtbar. Wir bejahen die Chance jeder Gruppe, die die verfassungsmäßige Ordnung unseres Staates achtet und verwirklicht, an der politischen Gestaltung dieses Landes teilzuhaben. Pluralität und Chance des Wechsels sind für uns selbstverständlich Elemente demokratischer Wirklichkeit.

Eine Politik, die Gruppen unserer Gesellschaft diffamiert, die ihnen die Zugehörigkeit zum Ganzen verweigert oder sie gar zum Verstummen bringen will, eine solche Politik ist aus unserem Demokratieverständnis zutiefst reaktionär.

(Beifall)

Sie ist eine Politik des ideologischen Absolutismus im Dienste einseitiger Interessen. Ihre Zeichen sind Unduldsamkeit und die Arroganz der Ämter.

Wir stellen heute, wenige Jahre nach der Regierungsübernahme der Sozialdemokraten im Bund, fest, daß allenthalben in den sozialdemokratisch verwalteten Rathäusern, in der Kulturpolitik SPD-regierter Länder, in SPD-geführten Ministerien in der Bundesregierung und auch in manchen Bereichen der Massenmedien der Versuch der Gleichschaltung der öffentlichen Meinung läuft. Gerade weil wir 20 Jahre in diesem Land Macht ausübten, gerade weil wir auch die Versuchung der Macht verspürt und in dieser Zeit natürlich auch Fehler gemacht haben, nehmen wir für uns das Recht, jede Kritik, die wir in diesen 20 Jahren ganz selbstverständlich akzeptiert haben, heute als die Opposition und Alternative dieser Regierung auch in dieser Frage zu üben.

(Beifall)

Ich frage Sie: Was wäre beispielsweise geschehen, wenn unter den Kanzlern der CDU, Adenauer, Erhard und Kiesinger, ein ähnlicher Versuch der Gleichschaltung der Zweiten Kammer der nationalen Gesetzgebung, des Bundesrates, gelaufen wäre, wie wir ihn heute in allen Punkten der praktischen Arbeit beobachten können?!

(Beifall)

Die Achtung vor der Würde des Menschen ist das Grundgesetz unserer Politik, und unser Ziel ist eine Politik für das ganze Land. Wir sind die Partei der Mitte, die Partei der Partnerschaft. Wir erheben auch nicht den Anspruch, für alles eine endgültige Antwort zu wissen, weil für uns die Zukunft nicht festschreibbar ist, sondern offen und zu gestalten, weil wir immer neu bereit sind, Kritik zu ertragen und besserer Einsicht zu folgen: darum, meine Freunde, sind wir Volkspartei.

Wir wagen eine Politik aus christlicher Verantwortung. Wir wissen, daß Menschen in ihrem Erkennen und Handeln irren können. Wir glauben deshalb nicht an die totale Machbarkeit der Welt. Wer versucht hat, den Himmel auf Erden zu schaffen, hat noch immer in der Geschichte die Hölle aus ihr gemacht.

(Beifall)

Die Selbstbeschränkung auf das Mögliche, die Ehrlichkeit gegenüber menschlichen Grenzen, die christliche Solidarität mit den Nächsten und die Verantwortung für das Ganze sind es, die die Union vor der Versuchung diesseitiger Utopie bewahren.

Unsere Politik muß Maß und Mitte haben. Sie darf nie mittelmäßig werden. Wir wissen, daß unser Staat und unsere Gesellschaft uns nicht als Schicksal vorgegeben, sondern als Auftrag übertragen sind. Aber wir wissen als Christen auch, daß der Mensch sich nicht in Staat und Gesellschaft erschöpft. Freiheit und Bindung, der einzelne und sein Nächster, der Wille zu gestalten und das Wissen um die Vorläufigkeit der Ergebnisse, der weltliche Auftrag des Menschen und sein Schicksal: in dieser Spannung liegt unsere Kraft, in ihr gründet sich unser Wille zur Reform, und sie treibt unser politisches Handeln.

Unsere praktische Politik, die Politik der Union, orientiert sich an den Grundsätzen der Freiheit, der Solidarität und der Gleichheit, wie es die Präambel des Berliner Programms sagt: Die Freiheit des einzelnen, der sich der Gemeinschaft verpflichtet weiß, die Gerechtigkeit und die Chancengleichheit für jedermann sowie die Solidarität aller Bürger, die auf der Eigenverantwortung der Person aufbaut — die dynamische Spannung dieser Werte muß unser Handeln bestimmen. Der Prozeß ihrer Verwirklichung darf nie dazu führen, sie aufzuheben. Die unlösbare Spannung zwischen Freiheit, Gleichheit und Solidarität ist für uns aber nicht Schicksal, sondern Herausforderung. Sie ist der Motor gesellschaftlicher Entwicklungen und die Antriebskraft für politischen Fortschritt.

Unser Maßstab für diesen Fortschritt ist nicht die Verwirklichung ideologischer Utopien. Unser Maßstab ist die ständige und tatsächliche Verbesserung der konkreten Lebensbedingungen des einzelnen Menschen. Freiheitsverwirklichung wie wir sie verstehen, ist darum nie beendet. Eine Politik, die ihr dient, kann nicht statisch sein und auf der Stelle treten. Ihre Dynamik verbindet Ziel und Weg, Zweck und Mittel durch die gleichen Grundlagen. Das **Ziel** ist, erlebte und verantwortete Freiheit des Menschen zu schützen, neue Chancen der aktiven Gestaltung zu sichern und das Wohl des ganzen Landes zu wahren. Der **Weg** führt über den Abbau vieler Hindernisse, die sich auf diesem Weg selbstverständlich immer wieder entgegenstellen.

Freiheit bedeutet für uns das Recht eines jeden, sein Leben nach eigenem Willen zu gestalten. Freiheit bedeutet jedoch mehr. Sie umfaßt auch die Verantwortung für ihren Gebrauch, die Verantwortung gegenüber sich selbst und der Gemeinschaft. Zu dieser Verantwortung, meine Freunde, zählt das Recht des nächsten auf die gleiche Chance, seine Fähigkeiten zu entfalten. Freiheit für alle heißt also Gleichheit der Chance für alle. Die Freiheit verlangt aber auch, daß jeder seine Chance in unterschiedlicher Weise nutzen, daß er mehr oder weniger, als andere, leisten kann. Die Gleichheit der Chancen leugnet nicht die Ungleichheit der Menschen und ihrer Fähigkeiten. Beides sind notwendige Bedingungen von Freiheit. Wer Freiheit des Menschen will, muß für die Gleichheit der Chancen kämpfen. Und wir tun dies! Meine Damen und Herren, Gleichheit der Chancen bedeutet aber nicht Gleichheit der Resultate.

(Beifall)

Sie steht im klaren Gegensatz — wenn ich es recht sehe, ist dies in weiten Bereichen der Politik der entscheidende Unterschied zwischen den Sozialdemokraten und uns — zur sozialistischen Gleichheitsideologie. Die SPD will eine egalitäre Gleichmacherei, und diese geht notwendigerweise auf Kosten der Freiheit. Wir wollen die gleiche Freiheit aller. Damit ist und bleibt die Union die Partei der Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Meine Freunde, Solidarität bedeutet für uns mehr als nur die selbstverständliche Pflicht, für jene einzutreten, die nicht die Möglichkeit haben, so viel wie andere leisten zu können. Diese Solidarität entscheidet auch über die moralische Qualität unserer Politik. Sie verbietet es einzelnen ebenso wie Gruppen, ihre eigenen Interessen ohne Rücksicht auf das Ganze durchzusetzen. Wir müssen ganz offen sagen, daß auch wir, die Union, in den letzten 20 Jahren gelegentlich zu sehr auf jene machtvollen Gruppen gehört haben, die sich dann ihrer organisierten Interessen wegen durchsetzten, oft aber weniger wegen des wirklichen Gewichts ihrer Ansprüche und ihrer Argumente.

Für uns ist jetzt ein guter Zeitpunkt gekommen, gerade an diesem Punkte überzeugend den Auftrag dieser Christlich-Demokratischen Union nachzuweisen.

Wir haben, auch dies will ich hinzufügen, uns in den letzten 20 Jahren, wie viele in dieser Bundesrepublik, zu oft einer Entwicklung gebeugt, die die Fragen dieses Staates und dieser unserer Gesellschaft zunächst oder gar ausschließlich in Fragen nach der materiellen Qua-

lität dieses Staates und dieser Gesellschaft gesehen hat. Wir haben uns allesamt — und ich finde, hier müssen wir macht- und kraftvoll gegenwirken — in diesem unserem Lande zu sehr daran gewöhnt, zunächst die Frage zu stellen oder zuzulassen: Wir verlangen, wir fordern, wir erwarten, und wir haben zu wenig darüber gesprochen und danach gehandelt, daß wir auch sagen: Wir geben, wir sind auch bereit, für diesen unseren Staat Opfer zu bringen.

(Beifall)

Der demokratische Staat lebt mehr als jede andere Staatsform von der Überzeugungskraft seiner Idee, und gerade diese Idee dieses Staates und dieser Gesellschaft wird heute von nicht wenigen aus der jungen Generation nicht aus böser Absicht, sondern im Sinne von Fragen angesprochen wie etwa: Was ist das, euer Staat? Meine Damen und Herren, da gibt es kein Patentrezept, da gibt es auch nicht den bloßen Rückgriff in die Geschichte, da gibt es aber sehr wohl das Einstehen zur eigenen Geschichte, zur Geschichte dieses Landes, ob es uns in den guten oder schlechten Kapiteln dieser Geschichte paßt oder nicht paßt.

(Beifall)

Dazu gehört auch die Erkenntnis, daß die Fragen dieser jetzt heran-gewachsenen Generation notwendigerweise andere Fragen sein müssen, weil ihr Blick und ihr Horizont in der Welt von morgen liegen und weil sie Antworten von gestern eben nicht überzeugen können. Für uns heißt das, daß wir eine Art Überprüfung vornehmen müssen, eine Art Bilanz machen müssen, nicht um alles und jedes im Wege einer blinden Anpassung über Bord zu werfen, sondern um festzustellen: Was ist von dem, was unser Erbe ausmacht, tragfähig, und was muß verändert werden? Ich glaube, neben den ganz wichtigen Fragen — ich komme gleich noch darauf zu sprechen —, die wir in diesem Jahr etwa auf dem Hamburger Parteitag zu entscheiden haben, ist es wichtig, daß wir weit hinaushören in diesen Staat und in unsere Gesellschaft, daß wir die Veränderungen zur Kenntnis nehmen und durch unsere Politik eine verständliche Antwort darauf bieten. Wir müssen eben darüber sprechen, wie die Stellung der Familie heute in diesem Lande ist, wie wir beispielsweise als Staat die kinderreichen Familien behandeln,

(Beifall)

wie die Stellung und wie die Rolle der Frau in dieser Gesellschaft ist. Dies ist nicht nur eine Frage unter wahlstrategischen Gesichtspunkten, das ist eine Frage nach der Statur dieser Union, ob wir fähig sind, den Satz unseres Programms durchzusetzen, daß überall dort, wo wir

Einfluß haben, selbstverständlich gleicher Lohn bei gleicher Arbeit auch für Frauen gezahlt wird,

(Beifall)

ob wir die Stellung der Frau in der Familie als Mutter und am Arbeitsplatz erleichtern, ob es uns gelingt, für die steigende Zahl unserer alten Mitbürger einen neuen weiten Lebenshorizont zu eröffnen, und zwar nicht im Sinne von Caritas, sondern im Sinne eines aktiven Hineinnehmens in den Ablauf dieses Staates und dieser Gesellschaft, so wie wir sie verstehen.

(Beifall)

Dazu gehört, daß wir für die vielfältigen Gruppen der Behinderten etwas tun, daß wir das nicht als eine Abteilung „Lebenshilfe“ behandeln, sondern daß sich auch in dieser Frage, gerade weil es um eine nicht straff organisierte Minderheit geht, überzeugend erweist, daß diese Christlich-Demokratische Union auch die Partei jener Minderheiten ist, die sich selbst zunächst nicht helfen können.

(Beifall)

Meine Freunde, wir werden in dieser Legislaturperiode Gelegenheit haben, anhand des Beispiels der ausländischen Arbeitskräfte, der Gastarbeiter in unserem Lande europäische Gesinnung, soziales Verständnis und demokratischen Sinn zu beweisen, wenn wir darangehen, die notwendigen Veränderungen des Ausländerrechts, die Frage der Zahl der in diesem Lande lebenden Gastarbeiter, die Frage ihrer Integration, der Chancenöffnung für ihre Kinder in unseren Schulen und vieles andere mehr zu bedenken. Wir sollten gerade bei diesem Beispiel nicht danach schauen, ob sie wahlberechtigt sind oder nicht, sondern wir sollten kraftvoll dagegen antreten, daß mitten in der Bundesrepublik ein neues Getto für Menschen zweiten Ranges entsteht.

(Beifall)

Meine Freunde, wir sollten auch die Chance dieser Jahre nutzen, mit einer modernen Regionalpolitik jenen vielen Landschaften in der Bundesrepublik, in denen fast die Hälfte der Bürger dieses Landes leben, voranzuhelfen, Landschaften, die eben nicht länger bereit sind, wegen spektakulärer Erfolge in einigen wichtigen Ballungsbereichen der Bundesrepublik auf die Dauer hinter der Entwicklung der Bundesrepublik herzulaufen.

(Beifall)

Hier ist die Frage eingebettet, die wir nicht nur in der Entscheidung des Tages — siehe Bodenrecht; das ist wichtig und muß sein — be-

trachten dürfen, nämlich die Frage nach menschenwürdigen Städten und Dörfern und Gemeinden. Dies ist mehr als bloßer Umweltschutz nach Art der heutigen Diskussion.

(Beifall)

Meine Freunde, wir sehen, welche Dynamik in unseren Grundsätzen steckt. Wir müssen diese Dynamik fortentwickeln, und zwar mutiger und entschlossener. Wir bekennen uns in unserem Parteiprogramm zur dynamischen Demokratie, d. h. zu einer Fortentwicklung dieser Demokratie. Gerade auch aus diesem Demokratieverständnis, aus der Frage nach der demokratischen Gestaltung und Willensbildung in allen Bereichen unseres Staates und unserer Gesellschaft, müssen wir für eine Fortentwicklung sorgen. Dies gilt — das sei bei dieser Gelegenheit einmal gesagt — aber nicht nur für die Parteien und für die Verfassung unseres Staates; das Demokratiegebot gilt auch für weite Bereiche der Gesellschaft und der dort tätigen Organisationen. Mancher, der am lautesten dogmatische Demokratisierung propagiert, muß sich selbst auch einmal an den Maßstäben von mehr Demokratie messen lassen.

(Beifall)

Die Prinzipien, von denen ich sprach, sind für uns ein Kompaß zur Reform. So dient auch unsere Politik der Vermögensbildung dem Ziel, die Freiheitsrechte, die Chancen und die Leistungsgerechtigkeit für den einzelnen zu erweitern und auszudehnen. Dabei gehen wir von dem privaten Eigentum aus, vor allem deswegen, weil wir gestern, heute und morgen der Auffassung sind, daß das Prinzip und die Institution des sozial gebundenen Eigentums eine wesentliche Voraussetzung und Grundlage freiheitlicher Demokratie ist.

(Beifall)

Wir wollen, daß die Gewinne im Unternehmen partnerschaftlich-solidarisch verteilt werden. Für uns ist Vermögenspolitik nicht Ansatz zur Vergesellschaftung des Kapitals, sondern vor allem ein Mittel, um den Freiheitsspielraum des einzelnen Bürgers durch mehr Vermögen zu vergrößern. Deshalb glauben wir, daß unsere Vorstellungen freiheitlicher, gerechter und fortschrittlicher sind als die Modelle der SPD. Wir wollen den Arbeitnehmer nicht in einen anonymen Apparat eingliedern. Für die Sozialdemokraten — jedenfalls nach Hannover — sind Vermögensbildung wie Mitbestimmung nichts anderes als Vergesellschaftung des Produktivkapitals, und das, meine Freunde — das muß deutlich werden —, bedeutet Vereinigung von wirtschaftlicher und politischer Macht in **einer** Hand, und am Ende steht dann der sozialistische Staat.

(Lebhafter Beifall)

Wir wollen Vermögensbildung und Gewinnbeteiligung, weil wir die Gleichheit der Chancen für die Menschen fördern wollen. Wir erkämpfen das Mehr an Gleichheit nicht auf Kosten der Freiheit des einzelnen, wir wollen nicht die Macht Weniger erweitern, sondern wir wollen mehr Gleichheit und Freiheit für alle.

Unsere Forderung nach Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit muß sich mit großer Entschiedenheit vor allem auch im Bildungswesen durchsetzen. Denn dort können mehr als anderswo Lebens- und Erfolgchancen verteilt werden. Eine der wichtigen Aufgaben der Union in dieser Legislaturperiode muß es aus diesem Grunde sein, allen Kindern in unserem Lande ungeachtet ihrer sozialen und familiären Herkunft die Ausbildungschancen zu eröffnen, die ihrer Begabung und ihrem Willen zum Lernen entsprechen.

(Beifall)

Meine Freunde, ich glaube auch, daß wir im Bereich der Bildungspolitik gerade diesen Fragen des Durchbrechens der Milieusperrre für viele Kinder aus den sozial schwächeren Familien unseres Landes äußerste Priorität einzuräumen haben.

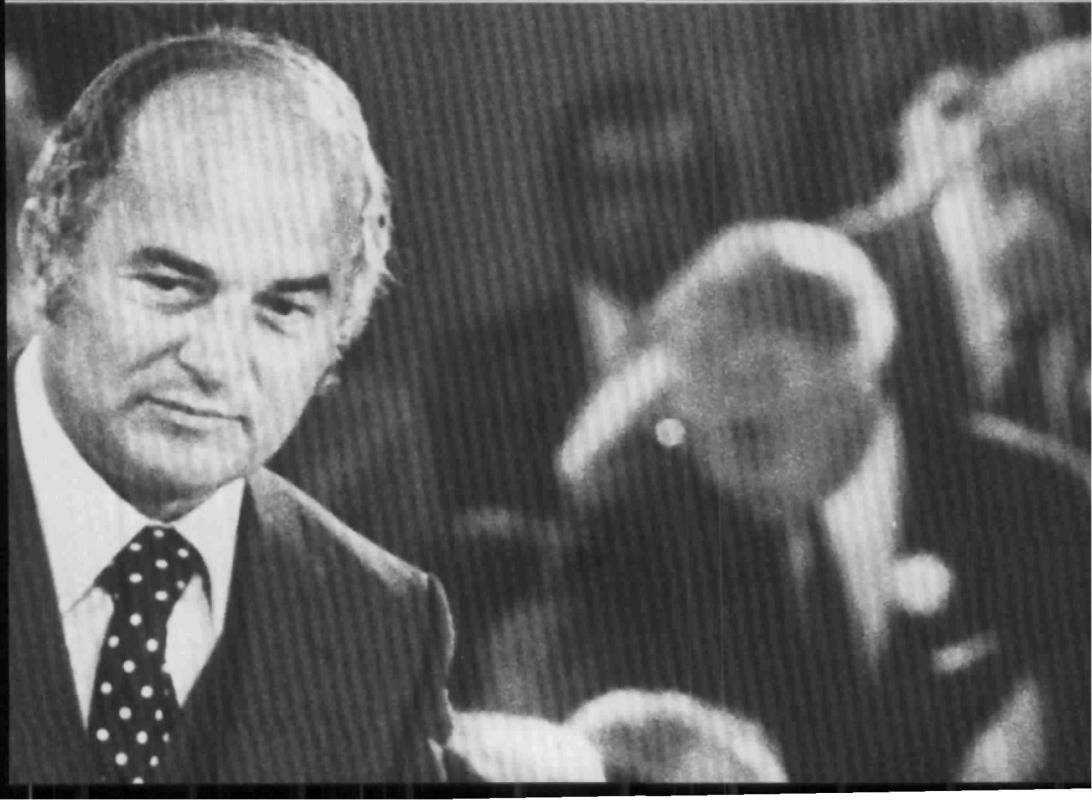
(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Reform der weiterführenden Schulen und der Universitäten hat in der Bildungspolitik zu Recht einen hohen Rang. Wir, die Union, bejahen auch die großen materiellen Opfer, die unser Land hier für die nächste Generation als eine Art Abschlagszahlung für die eigene Zukunft aufbringen muß. Gleichzeitig müssen wir aber deutlich machen — und dies ist ein wichtiger Themenbereich dieser Legislaturperiode des Bundestages —, daß die Gleichrangigkeit der fälligen Reformen der beruflichen Ausbildung ein entscheidender Kernpunkt unserer Arbeit ist, wenn wir Chancengleichheit und Solidarität ernst nehmen.

(Beifall)

Meine Freunde, ich glaube aber, an einem Tag wie heute müssen wir darauf hinweisen, daß die Frage nach einer gemeinsamen deutschen Bildungs- und Schulpolitik heute nicht mehr so ganz einfach mit einem klaren Ja beantwortet werden kann. Im Bereich der Umfunktionierung der Worte und ihrer Inhalte habe ich nicht ohne Grund den Verdacht, daß einige sozialdemokratische Bildungspolitikern, wenn sie von bestimmten Schulen sprechen, längst nicht mehr auch nur annähernd ähnliche Inhalte verstehen, wie wir sie verstehen.

(Lebhafter Beifall)

















Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, daß die Diskussion jetzt in ein besonderes Stadium getreten ist, daß die Grenze dessen, was wir noch ertragen und durchgehen lassen können, jetzt erreicht ist.

Wer die Geschichtskunderichtlinien des Bundeslandes Hessen liest und wer die Konsequenzen, die hier auf unser Land insgesamt zukommen, einmal durchdenkt, der weiß, daß jetzt in dieser Frage die Stunde der Union gekommen ist, in der wir Farbe bekennen müssen.

(Beifall)

Meine Freunde, Parlamente und Regierungen kommen und gehen, Gesetze können verändert und umformuliert werden; wenn wir aber zulassen, daß in diesem unserem Lande, dem geteilten deutschen Lande, das System der Geschichtslosigkeit ein Stück praktischer Schulpolitik wird, ist das der Anfang vom Ende dieses Landes.

(Lebhafter Beifall)

Und dies ist nicht irgendeine Frage der deutschen Bildungspolitik. Dies ist eine Frage, die die großen politischen Gruppierungen in der deutschen Politik auszutragen haben, die nicht irgendeiner diskutiert und die wir nicht irgendwo diskutieren, sondern die CDU und SPD miteinander vor dem Forum der Bürger dieses Landes auszutragen haben. Und wir werden dies tun!

(Beifall)

Meine Freunde, der Hamburger Parteitag hat wichtige Sachentscheidungen zu treffen. Die Reform der beruflichen Bildung, der Bereich der Vermögensbildung und der des Bodenrechts sowie die Entscheidung zur Mitbestimmung sind überfällig. Wir müssen unsere Freunde im Lande, nicht nur in den Parlamenten, sondern überall — denken Sie an die Betriebsräte im Betrieb, an die, die in den Gewerkschaften arbeiten —, in allen Bereichen in die Lage versetzen, daß sie sagen können: dies ist der Vorschlag, dies sind die Kriterien des Vorschlags, dies sind die Modelle der Union zu den einzelnen Fragen.

Das setzt aber voraus, daß wir vernünftig und sachlich miteinander diskutieren, daß sich die ganze Partei von Kreisverband zu Kreisverband der Mühe und der Pflicht unterzieht, in den verbleibenden Monaten bis Hamburg die hier zugrunde liegenden Sachaussagen sorgfältig zu diskutieren, denn wir müssen sorgfältig vorbereiten und dann zu ganz klaren Aussagen kommen.

Meine Freunde, ich sehe es als eine wichtige Sache an, gerade in diesen Fragen, nicht zuletzt bei der Mitbestimmung, zu breiten Mehr-

heiten durch eine offene und, wenn es sein muß, in der Sache harte Diskussion zu kommen, in der nicht Fragen unter den Tisch gekehrt werden, sondern in der das Gegeneinander ausgetragen wird. Aber — und dies ist wichtig, und dies können wir alle, nicht zuletzt ich, aus Düsseldorf lernen — wir müssen dafür Sorge tragen, daß es auf diesem Hamburger Parteitag klare Mehrheiten und natürlich auch Minderheiten, daß es aber nicht Sieger und Besiegte gibt.

(Beifall)

Meine Freunde, die Koordinaten unserer Wertordnung gelten nicht nur für den Bereich der Innenpolitik. Sie bestimmen auch unsere außenpolitische Position. Außenpolitik heißt für die Union die Förderung und Wahrung des Friedens und unserer nationalen und staatlichen Interessen in der Gemeinschaft der Nationen. Aber sie reicht darüber hinaus. Sie bedeutet auch Behauptung und Festigung einer stärkeren Gemeinschaft, die ihre Interessen und Ziele an der Würde des Menschen orientiert. Diese Wertprämissen unserer Außenpolitik müssen gerade heute deutlich hervorgehoben werden. Für die Atlantische Gemeinschaft wie für das neue Europa ist die Freiheit eine unverzichtbare Grundlage jeglicher Politik.

(Beifall)

Meine Freunde, die Atlantische Gemeinschaft entstand nach dem zweiten Weltkrieg als eine militärische Gefahrengemeinschaft, um der militanten Bedrohung durch den Kommunismus zu begegnen. Ihr liegen Werte zugrunde, die nicht zuletzt den Wiederaufbau der Deutschen Demokratie in der Bundesrepublik bestimmt haben, auf denen unsere Verfassung beruht. Man ist kein kalter Krieger, wenn man auch heute, 1973, sagt: Diese gemeinsame Wertordnung ist auch heute noch bedroht.

(Beifall)

Durch den Übergang zur friedlichen Koexistenz, zum Wettbewerb der Systeme, durch die Schwächung der moralischen Führungsposition der Vereinigten Staaten, durch die Veränderung der Gewichte in der Atlantischen Gemeinschaft, vor allem auch durch das Schwinden der Kraft einer einmal gemeinsam bejahten Wertordnung als bindende Grundlage ist der innere Zusammenhalt der Atlantischen Gemeinschaft bedroht. Der Abbau der militärischen Gefahr durch die Politik des kommunistischen Lagers hat das Ende des kalten Krieges gebracht. Er hat jedoch in nichts die Bedrohung beseitigt, diese Politik hat nur ihren Charakter verändert.

Die ideologische Aggression ist neben die Gefahr einer militärischen

getreten. Die Auseinandersetzung wird heute weniger mit Waffen als mit Worten und Ideologien geführt. Die Neuordnung der Atlantischen Gemeinschaft, zu der auch wir unseren Beitrag leisten müssen, muß dieser Veränderung Rechnung tragen.

Neben die Gemeinschaft der Waffen muß erneut die Gemeinschaft der Werte und Begriffe treten. Entscheidend ist, daß die Idee der streitbaren Demokratie Inhalt der Atlantischen Gemeinschaft und der europäischen Einigungsbewegung bleibt, eine Idee, die ganz einfach ein Großteil dieses Bündnisses ist.

(Beifall)

Für die Grundwerte einer freien Gesellschaft kann nur jener Staat kämpferisch eintreten, der auch in seiner Außenpolitik diesem großen Ziele dient. Unser Verständnis von Außen- und Innenpolitik beruht auf diesem Grundsatz. Beide müssen sich an den Zielen der freien und solidarischen Gemeinschaft orientieren. Ich sage noch einmal: Das hat in nichts mit kaltem Krieg, aber in allem mit einer Politik für die Freiheit zu tun.

Die Gemeinsamkeit von Innen- und Außenpolitik wurde in den letzten Jahren in der Bundesrepublik zunehmend gefährdet. Dazu hat das Staatsverständnis, das der Ostpolitik der Bundesregierung zugrunde liegt, ebenso beigetragen wie manche Entwicklungen auch in der westlichen Welt. Die Atlantische Allianz oder Teile derselben sind dabei, ihre Außenpolitik von der wertorientierten und moralischen Begründung zu lösen, die die Nachkriegspositionen der Welt bestimmt hat.

Es droht die Gefahr, zu einer Außenpolitik als Befolgung einzelstaatlicher Interessen zurückzukehren. Dies aber, meine Freunde, wäre nichts anders als die Rückkehr zu einer Politik des Gleichgewichts der Kräfte im nationalstaatlichen Sinne des 19. Jahrhunderts. Wir sollten das vorhin beschworene Erbe Konrad Adenauers in der Überwindung dieses Nationalstaats kraftvoll bejahen und in der Praxis unserer Politik leben.

(Beifall)

Eine solche nationalstaatliche Betrachtung von Politik erleichtert — das sei zugegeben — vordergründig die Lösung schwieriger Probleme. Aber, meine Freunde, wir alle berauben uns damit auf die Dauer der Möglichkeit, die Auseinandersetzung mit der Heilslehre des Kommunismus offensiv zu führen. Dies aber ist für ein geteiltes Land wie die Bundesrepublik Deutschland eine wesentliche Voraussetzung einer bleibenden freiheitlichen Grundordnung.

(Beifall)

Die Atlantische Gemeinschaft verliert, wenn sie ihre gemeinsame Wertorientierung aufgibt, eine wesentliche Voraussetzung für ihre Fähigkeit, Einzelprobleme auf der Grundlage großer und gemeinsamer Interessen zu lösen. Die Lösung anstehender Einzelfragen aus dem Bereich der Handels- und Währungspolitik, das Verhältnis der USA zum Europäischen Markt und zu assoziierten Staaten werden mit einer solchen Entwicklung erschwert. Aufgabe unserer Außenpolitik muß es bleiben, die gemeinsame Orientierung an den Grundwerten unserer freiheitlichen Gesellschaft immer wieder deutlich zu machen. Nur so läßt sich die Atlantische Gemeinschaft mit neuen Zielen erfüllen.

Das gilt auch für Europa. Eine Europäische Gemeinschaft, in der keine Übereinstimmung über Zielvorstellungen einer einheitlichen Gesellschaft bestünde, wäre auf die Dauer nicht lebensfähig. Administrative Zwänge und ökonomische Interessen können eine prinzipielle politische Übereinkunft in Europa in nichts ersetzen.

(Zustimmung)

Den christlich-demokratischen Parteien fällt in diesem Zusammenhang die wichtige Aufgabe zu, an der Wiederherstellung gemeinsamer Ziele und Wertvorstellungen zu arbeiten und für die Anerkennung dieser Ziele als Grundlage der Europäischen Gemeinschaft zu kämpfen. Deshalb wollen wir, die CDU, in engem Kontakt zu unseren Schwesterparteien in den europäischen Ländern diese Gemeinsamkeit weiter fördern. Auch darin liegt ein Stück neues Europa.

(Beifall)

Dies setzt aber voraus, daß wir erst unser eigenes außenpolitisches Verständnis auf der Grundlage der heute gegebenen Situation bestimmen. Ob es uns gefällt oder nicht — 1973 ist nicht mehr 1969. Wenn ich dazu auffordere, daß wir uns auf die neue Lage einstellen müssen, heißt das nicht, sie einfach hinzunehmen. Denn die Teilung unseres Landes können und werden wir nicht akzeptieren.

(Beifall)

Aber, meine Freunde, das heißt auch, daß wir uns kämpferisch jener jetzt zu erwartenden geistigen Herausforderung der DDR stellen, daß wir ihren Anspruch, die Identität der deutschen Geschichte, der deutschen Nation zu verkörpern, daß wir ihrer Behauptung, in der DDR sei der Geist der deutschen Geschichte vor allem dargestellt, in der Form kraftvoll widersprechen, daß wir den freien Teil unseres Vaterlandes, diese Bundesrepublik, zu dem Staat und zu der Gesellschaft mit dem Modellcharakter eines freien Landes für freie Bürger heranbilden.

(Beifall)

Gerade weil dies so ist, darf sich unsere außenpolitische Diskussion nicht mehr oder minder darauf beschränken, daß wir uns innenpolitisch nur noch mit den Ostverträgen auseinandersetzen. Rechtskräftig abgeschlossene Verträge binden auch uns, denn wir sind eine Verfassungspartei. Das Grundgesetz und die gemeinsame EntschlieÙung des Bundestages und des Bundesrates vom 17. Mai 1972 geben uns die Chance, die Verträge auch im Sinne unserer außenpolitischen Zielvorstellungen zu nutzen.

Unsere außenpolitische Überzeugungskraft wird künftig nicht zuletzt auch davon abhängig sein, inwieweit wir fähig sind, der Entwicklungshilfepolitik in unserem Land den Rang zuzuleiten, den sie ihrer moralischen Qualität nach haben muß. Wir müssen begreifen, daß es in der Überflußgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland trotz der vielen noch zu lösenden Probleme in unserem eigenen Lande unsere Pflicht ist, Hilfe an Ideen und Leistungen für die Länder der Dritten Welt aufzubringen. Hier besteht für uns, für die CDU, eine großartige Chance als Christlich-Demokratische Union, ein Beispiel internationaler Solidarität zu setzen. Wir sollten nirgendwo in diesem Lande — auch nicht in der eigenen Partei — die gelegentlich anzutreffende provinzielle Engstirnigkeit in der Behandlung dieser Frage zulassen. Hier geht es um unsere moralische Statur!

(Lebhafter Beifall)

Meine Freunde, damit komme ich zu unseren eigenen Problemen zurück. Die Union verstand sich und versteht sich nicht als ein Verein zur Durchsetzung der privaten Interessen ihrer Mitglieder. Wir sind auch kein ideologisch verfaßter Kampfverband zur Eroberung von Machtposition. Wir sind eine Volkspartei, in der alle, die sich zu unserem Programm bekennen, ihre politische Heimat finden. Wir dulden nicht, daß einzelne oder Gruppen in unserem Lande ins Abseits gestellt werden. Wir brauchen als Volkspartei in einem pluralistisch verfaßten Staat und in einer pluralistischen Gesellschaft die ständige offene Diskussion mit den einzelnen und den Gruppen dieser Bundesrepublik Deutschland. Meine Damen und Herren, wenn wir aber sagen, die Diskussion müsse zum festen Bestandteil der Politik auf allen Ebenen unserer Partei werden, so hat dies auch etwas damit zu tun, wie wir miteinander umgehen. Ich halte es für eine wichtige Sache, daß wir begreifen, daß wir niemals in diesem Lande wiederum die regierungsfähige Mehrheit erringen werden, wenn wir nicht zuvor begreifen, daß der Umgangston und die Umgangsformen untereinander in dieser Partei den Prinzipien der Christlich-Demokratischen Union angemessen sein müssen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Diskussion, wie ich sie verstehe, heißt, daß in dieser Partei jeder in einem fairen Rahmen seine Meinung und seine Vorstellungen von Politik vortragen und entwickeln kann und daß wir nicht zulassen, daß in der Partei oder von draußen in die Partei hinein Etikettierungen bis hin zu persönlichen Diffamierungen von einzelnen oder ganzen Gruppen geduldet werden.

(Beifall)

Wenn wir auf diese Weise offen diskutieren, sind wir überzeugend die Volkspartei „Christlich-Demokratische Union“.

Meine Freunde, ich finde, es ist Zeit, daß wir uns wieder mehr mit den Problemen unseres Landes und weniger mit uns selbst beschäftigen.

(Beifall)

Wir brauchen mehr Sensibilität für das, was den Menschen wichtig ist, was sie erstreben und was sie zu vermeiden trachten. Politische Sensibilität, wie ich sie verstehe, heißt überhaupt nicht unkritische Anpassung an methodische Zeitströmungen. Demoskopie — dies wissen wir — ist ein wichtiges Mittel der Politik. Meine Freunde, sie kann Politik aber nicht ersetzen.

(Beifall)

Den Vereinigungen fällt hier eine wichtige Aufgabe zu. Sie haben die Fragestellungen aufzuspüren und für die Union zu artikulieren. Damit tragen sie zur Pluralität und zur unterschiedlichen Zielsetzung der Gesellschaft bei. Es ist die Aufgabe der Partei, in einem gemeinsamen Willensbildungsprozeß Konzepte zu erarbeiten, die es allen ermöglichen, die Politik der Partei zu tragen, und zwar auch dann, wenn sie in einer konkreten Abstimmung unterlegen sind.

So verstanden — und dies ist wichtig zu notieren — sind wir selbstverständlich zuerst Mitglieder dieser Christlich-Demokratischen Union und dann Mitglieder der einzelnen Vereinigungen dieser Partei.

(Lebhafter Beifall)

Der Offenheit der Diskussion unserer Willensbildung muß die Geschlossenheit bei der Durchsetzung unseres Handlungskonzepts entsprechen. Dies verlangt auch die parteipolitische Solidarität. Ich will Ihnen schon heute versprechen, meine Freunde, daß Führungsstil und Führungsrolle der Parteiführung diesem Ziel der kraftvollen Durchsetzung gemeinsam gefundener Konzeptionen in besonderem Maße verpflichtet sein werden.

(Beifall)

Es ist nicht mein Parteiverständnis, und es entspricht auch nicht meinem Arbeitsstil, die Partei sozusagen von oben mit Festlegungen einzuengen. Wir haben unter unseren Mitgliedern und Freunden viel Sachverstand und viel guten Willen zur Hilfe in der Diskussion. Beides, dieser Sachverstand und diese Hilfe, muß lebendig bleiben. Dies heißt aber auch, daß die Beschlüsse, die wir dann gemeinsam gefaßt haben, von uns kraftvoll und, wenn es sein muß, mit Härte durchgesetzt werden.

(Beifall)

Meine Freunde, ich glaube, daß die Vielfalt der Fragen und die Differenzierung der Antworten ein Mehr an analytischem Arbeitsvermögen und ein Mehr an Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden bedeutet. Wir wollen die Ergebnisse, die uns zur Verfügung stehen, nicht als Geheimsache behandeln. Sie gehören in die Hände all derjenigen, die im Namen der CDU politisch handeln. Ich glaube aber, dazu gehört auch, daß wir mehr Arbeit und mehr Bereitschaft in die Diskussion unserer theoretischen Grundlagen investieren müssen. Ich glaube nicht, daß eine Partei auf die Dauer überzeugende Aussagen in der Politik machen kann, wenn sie nicht fortlaufend die theoretischen Grundlagen ihrer Politik durcharbeitet und der Diskussion stellt.

(Beifall)

Willensbildung und Analyse müssen in längerfristige programmatische Ziele, in ein Zukunftsbild, ich gehe weiter, in eine Zukunftsvision unseres Staates und unserer Gesellschaft münden. Ich glaube, hier hat unsere Grundsatzkommission eine wichtige Aufgabe, die wir gemeinsam unterstützen wollen.

Meine Damen und Herren, unsere Überzeugungskraft wird entscheidend davon abhängen, wie wir unsere gemeinsame Politik im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden durchsetzen. Die föderative Struktur der Union erweist sich gerade in diesem Zusammenhang als ein großer Vorteil. Sie bedeutet doch nichts anderes als Verbreiterung von politischer Erfahrung. Aus dieser Erfahrung erwachsen der Gesamtpartei ein neues Problembewußtsein und auch neue politische Lösungsansätze.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß wir unter den vielen Bereichen, die wir in Vorbereitung der Bundestagswahl angehen müssen, den Sektor der Kommunalpolitik besonders intensiv angehen müssen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß dies nicht nur eine Frage lokaler Bedeutung und lokaler Mehrheiten im Rathaus ist. Wer in den deutschen Städten bei der Wahl in die Rathäuser nicht mehr

auf Sieg, sondern nur noch auf Platz setzt, der kann auch in Bonn auf die Dauer nicht auf Sieg setzen.

(Lebhafter Beifall)

Wir sollten uns heute vornehmen, dieses veraltete Denken, dieses In-Schubladen-Ablegen, das da heißt: Kommunalpolitik, Landespolitik, Bundespolitik, überhaupt aufzugeben. Der Bürger in diesem Lande fragt: Was will die CDU? Er meint damit das Rathaus, er meint den Landtag, und er meint selbstverständlich den Bundestag. Er macht jene Unterscheidung überhaupt nicht.

(Beifall)

Bei der Verwirklichung der Politik der Union sind das Zusammenwirken und die Aufgabenverteilung zwischen Partei und Fraktionen — dies gilt für alle Ebenen, aber es gilt natürlich vor allem für die Bundespolitik — von zentraler Bedeutung. Meine Freunde, hier geht es überhaupt nicht um Prestigedenken, Gleichschaltung oder Bevormundung, sondern um Arbeitsteilung im Dienste des gemeinsamen Zieles. Dieses Ziel werden wir mit gemeinsamem guten Willen ohne Prestigedenken und im Geiste einer Mannschaft, die auf Sieg setzt, gemeinsam erreichen.

(Beifall)

Dies alles ist notwendig, denn es geht heute um eine grundsätzliche Weichenstellung in unserem Lande. Sie ist ohne Übertreibung nur mit den Richtungskämpfen in den ersten Jahren unserer Republik zu vergleichen. Was die SPD will, wissen wir spätestens seit ihrem Parteitag in Hannover: sie will die Bundesrepublik in ein sozialdemokratisch-sozialistisches Land umfunktionieren. Seit Hannover wissen wir: demokratischer Sozialismus heißt Dogmatisierung und Ideologisierung der Politik, heißt Einschränkung des Pluralismus, heißt klarer Monopolanspruch einer Partei. Die Pluralität des Godesberger Programms, von der Brandt so gern spricht, ist eine durch Sozialismus amputierte Pluralität. Seit Hannover sind die antiliberalen Züge der SPD für jeden, der sehen kann, offenkundig. Auch demokratischer Sozialismus, wie ihn die SPD versteht, heißt immer mehr Kontrolle des Staates über die Gesellschaft und immer mehr Kontrolle der Gesellschaft über den einzelnen. Dieser demokratische Sozialismus bedeutet immer mehr Macht in den Händen weniger und immer größere Abhängigkeit für immer mehr Menschen. Wer, meine Freunde, Strukturprobleme eines Landes etwa durch die Abschaffung eines Berufsstandes lösen will, der begibt sich auf einen Weg — denken Sie an das Verbot der Makler, das dort gefordert wurde —, der den Rahmen unserer Verfassung sprengt.

(Beifall)

Der Beschluß des SPD-Parteitages zum Radikalen-Erlaß zeigt, daß die Hoffnung auf eine gemeinsame Abwehrfront der Demokraten gegen die Gegner der demokratischen Ordnung verblaßt. Wir bedauern dies, meine Damen und Herren, weil wir glauben, daß niemand von uns das Recht hat, davon auszugehen, daß dies ein SPD-, ein CDU- oder ein FDP-Staat ist. Wir gehen davon aus: Dies ist unser gemeinsamer Staat Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Um so mehr beharren wir auf unserer Haltung, daß die Feinde der Demokratie, ob sie von rechts oder von links kommen, in diesem Lande nicht die Chance erhalten dürfen, an die Machthebel des Staates und der Politik zu gelangen.

(Beifall)

Meine Freunde, wir haben uns im Grundgesetz die freiheitlichste Verfassung gegeben, die die deutsche Geschichte je kannte. Und in diesem freien Lande kann ein jeder seine politische Überzeugung haben. Aber wir wünschen nicht, daß im Namen der Freiheit die Freiheit dieses Landes abgeschafft wird.

(Lebhafter Beifall)

Wir wünschen nicht, daß Kinder in unseren Schulen von gewissen Lehrern (für die diese Verfassung nur noch ein verbales Zusammentragen von Worten ist) umfunktioniert werden.

(Beifall)

Wir wünschen, daß der Radikalen-Erlaß individuell, auf den Einzelfall bezogen, und liberal, wie wir diesen Staat verstehen, gehandhabt wird. Aber, meine Damen und Herren, wir sehen neben dem Recht eines jungen Lehrers auf den Eintritt in den Staatsdienst auch das Recht der Eltern in diesem Lande, ihre Kinder in unseren Schulen im Rahmen der freiheitlichen Grundordnung unterrichtet zu sehen.

(Lebhafter Beifall)

Wir wünschen nicht, daß diese Bundesrepublik eine andere Republik wird. Aber wir wollen, daß sie ein Staat und eine Gesellschaft ist, die ständig weiterentwickelt wird.

Meine Damen und Herren, deswegen sind wir für die notwendigen Reformen auch in diesem Bereich: Reform der öffentlichen Verwaltung — unser Freund Carstens sprach heute davon. — Wir sind als CDU — und so haben wir uns immer verstanden — die klassische antiautoritäre Partei, weil wir ein freies Land für freie Bürger wollen. Wir wollen

nicht obrigkeitsstaatliche Bevormundung, aber, meine Freunde, als Demokraten wissen wir um die unlösbare Verbindung zwischen Freiheit und Autorität auch im demokratischen Staat. Das muß hinzugefügt werden.

(Beifall)

Das ist die politische Herausforderung, vor der wir stehen. Die Union hat seit Gründung der Bundesrepublik, ja schon vorher, für die politische Ordnung gekämpft, die der Freiheit der Bürger, dem sozialen Ausgleich und der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet ist. Wir haben für dieses Land Maßstäbe gesetzt, und der Erfolg dieses Landes hat unsere Politik bestätigt. Je größer die Herausforderung, um so größer ist unser politischer Wille, in diesem unserem Lande für ein Leben in Freiheit zu kämpfen. Und jeder soll wissen: Die CDU Deutschlands läßt sich von niemandem in ihrem Willen zur Reform, in ihrem Engagement für eine menschlichere Gesellschaft übertreffen. Die CDU ist und bleibt die Partei der Freiheit!

(Lebhafter Beifall)

Die CDU bleibt die Partei der vernünftigen Reformen, der gesellschaftlichen Evolution.

Wir haben gestern in diesem Lande Verhältnisse geschaffen, die es in vielen Bereichen auch heute zu bewahren lohnt. Wir müssen heute Veränderungen bewirken, die morgen als Leistungen für alle gelten können. Dies ist unser Verständnis von dynamischer Politik.

Ich sagte: Die Union trägt die Hoffnungen vieler Menschen, die Hoffnungen darauf, daß auch in einer modernen Welt Freiheit weder in Systemzwängen ersticken noch in den Händen von Bürokraten jeglicher Art verkümmern muß. Das Maß des Fortschritts ist für uns auch das Maß der Freiheit. Den Fortschritt der Gesellschaft in Freiheit zu sichern, dies ist unser christliches und liberales Erbe; die Freiheit der Menschen zu schützen und zu wahren, dies ist unsere konservative Aufgabe; die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Verwirklichung immer weiter zu entwickeln: dies ist unsere soziale Pflicht.

In diesem dreifachen Engagement, meine Freunde, gründen die Kraft und der Wille einer Politik für die Freiheit der Menschen in dieser Bundesrepublik Deutschland.

Ein Leben in Freiheit ist das kostbarste Gut für Menschen und für Völker, ein Leben in Freiheit, das wir als CDU nie als ererbten Besitz verwalten dürfen, sondern immer als Chance und Aufgabe erkämpfen und verwirklichen müssen, als Chance für uns und für andere, als Chance, die wir als Erbe aus Geschichte und Tradition übernehmen,

um sie zu erhalten und an die nächste Generation weiterzureichen. Denn dieser unser Staat, meine Freunde, ist mehr als eine Produktionsgenossenschaft für materiellen Wohlstand. Er ist eine Gemeinschaft freier Bürger, eine Gemeinschaft der Lebenden, der Toten und der nach uns Kommenden.

Dieser Gemeinschaft sind wir als Union verpflichtet. Ihr Wohl, ihre Freiheit, ihre Solidarität zu wahren und zu mehren, dies ist unser politischer und geschichtlicher Auftrag.

(Anhaltender starker Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Lieber Dr. Helmut Kohl, der Parteitag hat Ihnen bereits für Ihre Rede gedankt. Ich glaube, dieser Parteitag hat Sie verstanden, und der Beifall hat gezeigt, daß wir alle — nicht nur wir als Delegierte hier, sondern wir stellvertretend für alle Mitglieder dieser Christlich-Demokratischen Union — bereit sind, Ihnen auf diesem Wege zu folgen und Ihnen bei der Aufgabe zu helfen, in die wir Sie heute gewählt haben.

(Beifall)

Wir wünschen Ihnen Glück für die Zukunft. Wir wünschen es Ihnen, und wir wünschen es uns allen, nicht nur dieser Christlich-Demokratischen Union, sondern unserem Volk und unserem Land.

(Erneuter Beifall)

Meine Damen und Herren! Das Ergebnis der Auszählung der Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes liegt noch nicht vor; wir erwarten es in aller Kürze.

Wir haben heute noch die Wahl der Rechnungsprüfer vorzunehmen. Darf ich Ihnen vorschlagen, den betreffenden Tagesordnungspunkt jetzt zu erledigen? — Ich sehe keinen Widerspruch; ich rufe also Punkt 13 der Tagesordnung auf:

Wahl der Rechnungsprüfer.

Herr Dr. van Hooven, Landesverband Hessen, hat die Wiederwahl unserer Parteifreunde Erik Blumenfeld und Alfons Horten zu Rechnungsprüfern vorgeschlagen. Ich darf fragen, ob weitere Vorschläge gemacht werden. —

Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann bitte ich diejenigen Delegierten, die den vorgeschlagenen Parteifreunden Erik Blumenfeld und Alfons Horten das Amt der Rechnungsprüfer für eine weitere Amtsperiode übertragen wollen, um ihr Zeichen mit der Stimmkarte. — Ich danke Ihnen. Wer ist dagegen? —

Wer enthält sich der Stimme? — Dann sind die beiden Vorgeschlagenen einstimmig gewählt. Herzlichen Glückwunsch, Herr Horten, herzlichen Glückwunsch, Herr Blumenfeld.

Meine Damen und Herren, ich mache darauf aufmerksam, daß die Dauer der Auszählung der Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes darauf schließen lassen könnte, daß wir — anders als beim Parteitag in Saarbrücken — mit einer Stichwahl zu rechnen haben. Ich möchte Sie also bitten, alle hierzubleiben.

Ich rechne damit, daß wir das Ergebnis der Auszählung der Stimmzählkommission in wenigen Minuten erhalten. Bis dahin darf ich den Parteitag unterbrechen.

Geben Sie mir zuvor aber noch die Gelegenheit, zwei Delegierten des 21. Bundesparteitages im Namen des Parteitages sehr herzlich zu ihrem heutigen Geburtstag zu gratulieren. Es sind dies unsere Parteifreundin Frau Margarete Versteegen, Landesverband Rheinland,

(Beifall)

und unser Freund Dr. Manfred Luda, Landesverband Westfalen-Lippe.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich unterbreche unsere Verhandlungen bis zum Eintreffen des Ergebnisses der Wahl der Mitglieder zum Bundesvorstand.

Meine Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder und teile Ihnen das Ergebnis des Wahlganges zur Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes mit. Abgegebene Stimmen: 612. Davon sind zwei Stimmen ungültig. Gültige Stimmen: 610. Mithin beträgt die zur Wahl in den Vorstand erforderliche Mehrheit 306 Stimmen.

Gewählt wurden — ich lese die Namen in der Reihenfolge der erhaltenen Stimmen vor —:

Dr. Richard von Weizsäcker mit 564 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Rainer Barzel mit 552 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Gerhard Schröder mit 522 Stimmen,

(Beifall)

Herr Langguth mit 463 Stimmen,
(Beifall)

Herr Professor Zeitel mit 449 Stimmen,
(Beifall)

Herr Hasselmann mit 437 Stimmen,
(vereinzelt Beifall)

Frau Griesinger mit 426 Stimmen,
(Beifall)

Herr Scherer mit 426 Stimmen,
(vereinzelt Beifall)

Herr Windelen mit 420 Stimmen,
(vereinzelt Beifall)

Herr Dr. Dregger mit 391 Stimmen,
(vereinzelt Beifall)

Herr Dr. Blüm mit 383 Stimmen,
(Heiterkeit und Beifall)

Herr Lorenz mit 381 Stimmen,
Herr von Bismarck mit 367 Stimmen,
Herr Dr. Schwarz-Schilling mit 361 Stimmen,
Herr Professor Hahn mit 358 Stimmen,
(vereinzelt Beifall)

Herr Schmöle mit 358 Stimmen,
(Bravo-Rufe und vereinzelt Beifall)

Herr Echternach mit 350 Stimmen,
(vereinzelt Beifall)

Herr Dr. Wörner mit 339 Stimmen,
(vereinzelt Beifall)

Frau Benedix mit 335 Stimmen,
(vereinzelt Beifall)

Herr Friedrich Vogel mit 319 Stimmen.

Dies sind die Namen der gewählten weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes. Da eine Stichwahl nicht erforderlich ist, ist Punkt 12 der Tagesordnung hiermit erledigt.

Wir kommen dann zu Punkt 14 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Hierzu liegen Anträge und Vorschläge nicht vor. Ich frage, ob zu

diesem Punkt der Tagesordnung das Wort gewünscht wird. — Das ist nicht der Fall.

Ich erteile jetzt unserem Parteivorsitzenden noch einmal das Wort.

Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Ich bitte noch einen Augenblick um Geduld, weil ich selbstverständlich unseren Freunden, die heute aus dem Präsidium oder aus dem Bundesvorstand ausgeschieden sind, ein herzliches Wort des Dankes sagen möchte.

(Beifall)

Nicht wieder für das Präsidium der Bundespartei haben kandidiert unsere Freunde Dr. Konrad Kraske und Dr. Gerhard Schröder. Meine Damen und Herren, ich darf zunächst Konrad Kraske sehr herzlich für die Arbeit danken — man muß bei ihm schon sagen —, die er in Jahrzehnten in der Bundesgeschäftsstelle, sei es als Bundesgeschäftsführer, sei es in den letzten Jahren als Generalsekretär der CDU, geleistet hat.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich muß Ihnen ganz offen gestehen, wenn wir in diesem Lande wieder an die Macht kommen wollen, müssen wir mindestens so viel Disziplin haben, wie sie die Sozialdemokraten auf ihrem Parteitag in Hannover gerühmt bekamen.

(Beifall)

Aus diesem Grunde schlage ich vor, daß ich erst weiterspreche, wenn sich alle wieder hingesetzt haben für diese fünf Minuten.

(Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, der Aufforderung unseres Parteivorsitzenden zu folgen und Ihre Plätze wieder einzunehmen und auch die Gespräche in den Gängen einzustellen.

Das Wort hat unser Parteivorsitzender.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Sie sehen mir bitte nach, wenn ich das eben so deutlich sagte.

(Lebhafter Beifall)

Ich kann mich eigentlich nur bedanken, was ich hiermit tue.

Meine Damen und Herren, unser Freund Konrad Kraske hat in Jahrzehnten in wichtigen Funktionen in der Bundesgeschäftsstelle als

Bundesgeschäftsführer und später als Generalsekretär seinen Dienst an unserer Partei getan. Er hat es in seiner Art getan, unauffällig und unpräntiös, immer seine Sache der Sache der Partei unterordnend. Dafür haben wir ihm zu danken; er hat ein großartiges Beispiel gegeben, und ich hoffe, daß wir uns an diesem Beispiel messen können.

(Beifall)

Unser Freund Gerhard Schröder ist ebenfalls nach vielen, vielen Jahren nach seinem Willen aus der engsten Parteiführung ausgeschieden. Er ist in den Vorstand wiedergewählt worden. Wer Gerhard Schröder kennt, wer ihn in vielen Jahren erlebt hat, weiß, daß er ein Mann ist, der sich Emotionen verschließt und der sich nicht leicht auf tut. Dennoch — und dies sage ich als meinen Eindruck ganz offen — war vorhin doch spürbar, als er hier seine Wünsche für unsere Partei aussprach, daß hier ein langes, leidenschaftliches und erfolgreiches Leben für die deutsche Politik und für diese Partei aus ihm sprach. Dafür wollen wir ihm schlicht und einfach „Dankeschön“ sagen.

(Anhaltender Beifall)

Lieber Herr Schröder, wir setzen auf Ihren Rat und Ihre tätige Mit Hilfe auch im Bereich des Bundesvorstandes.

Durch das Wahlergebnis bzw. weil sie nicht wieder kandidiert haben, sind ausgeschieden: Aenne Brauksiepe, Helmut Lemke, unser Freund Stingl, Lampersbach, Amrehn, Seiters, Manfred Schäfer und Herr Müller-Hermann. Ich darf allen Kollegen, die im Bundesvorstand in einer kritischen Zeit die Geschäfte der Partei mitgeführt haben, sehr herzlich für ihre Arbeit danken, und ich hoffe, daß alle, die ich eben nannte, in anderer Weise im Rahmen dessen, was bei uns möglich ist, auch in Zukunft unserer Arbeit auf das engste verbunden bleiben.

(Beifall)

Meine Freunde, damit darf ich, was den Parteivorsitzenden und den Parteivorstand betrifft, mich für jetzt und für heute von Ihnen mit der herzlichen Bitte verabschieden, daß wir, wenn Sie aus den wohlverdienten Ferien zurückkehren, diese Monate vor dem Parteitag in Hamburg nützen, um diesem Lande, unserer Bundesrepublik und unseren Mitbürgern, aber auch allen, die uns kritisch beobachtend begleiten, deutlich zu machen: Die Union tritt an, ihre Position wiederzugewinnen, die stärkste, die bestimmende politische Kraft in Deutschland zu sein.

(Anhaltender Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Mir bleibt zum Schluß dieses 21. Bundesparteitages nur die Pflicht zu danken, namens des Tagungspräsidiums zunächst Ihnen allen zu danken, die Sie — ich sagte es vorhin schon — unter nicht gerade idealen Arbeitsbedingungen bis zum Schluß mitgearbeitet und mitberaten haben. Ich habe allen denen zu danken, die uns bei diesem Parteitag, bei seiner Vorbereitung und seiner Abwicklung, geholfen haben: den Ordnern im Saal und vor den Türen, den Beamten der Polizei und der Post, dem Arzt und den Mitarbeitern des Deutschen Roten Kreuzes,

(vereinzelter Beifall)

der Stadt Bonn und den Mitarbeitern der Stadt hier in der Beethovenhalle. Nicht zuletzt gilt unser aufrichtiger Dank allen, die von Funk und Presse hier waren, um über diesen Parteitag draußen zu berichten.

(Beifall)

Unser Dank gilt unseren Hostessen

(Beifall)

und allen Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle, die heute hier zum Teil noch mehr als wir hinter und unter der Bühne dieser Beethovenhalle für das Gelingen dieses Parteitages geschwitzt haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, vor uns liegt der Bundesparteitag im Herbst in Hamburg. Vor uns liegen arbeitsreiche Wochen, nicht nur Ferien, arbeitsreiche Wochen in der Vorbereitung des 22. Bundesparteitages mit seinen Entscheidungen für unsere Partei im Herbst in Hamburg. Jetzt gilt es — lassen Sie mich diesen Satz an den Schluß dieses Parteitages stellen —, miteinander zu arbeiten, miteinander und füreinander zu kämpfen, damit diese Partei wieder die bestimmende Kraft in der Bundesrepublik Deutschland wird. Laßt uns an die Arbeit gehen!

Der 21. Bundesparteitag ist geschlossen.

(Beifall)

(Schluß: 17 Uhr)

